

NEUE ZEIT

JUNI 1980

23

West- u. Reichsbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Berliner Str. 10/11
Formal 22.005

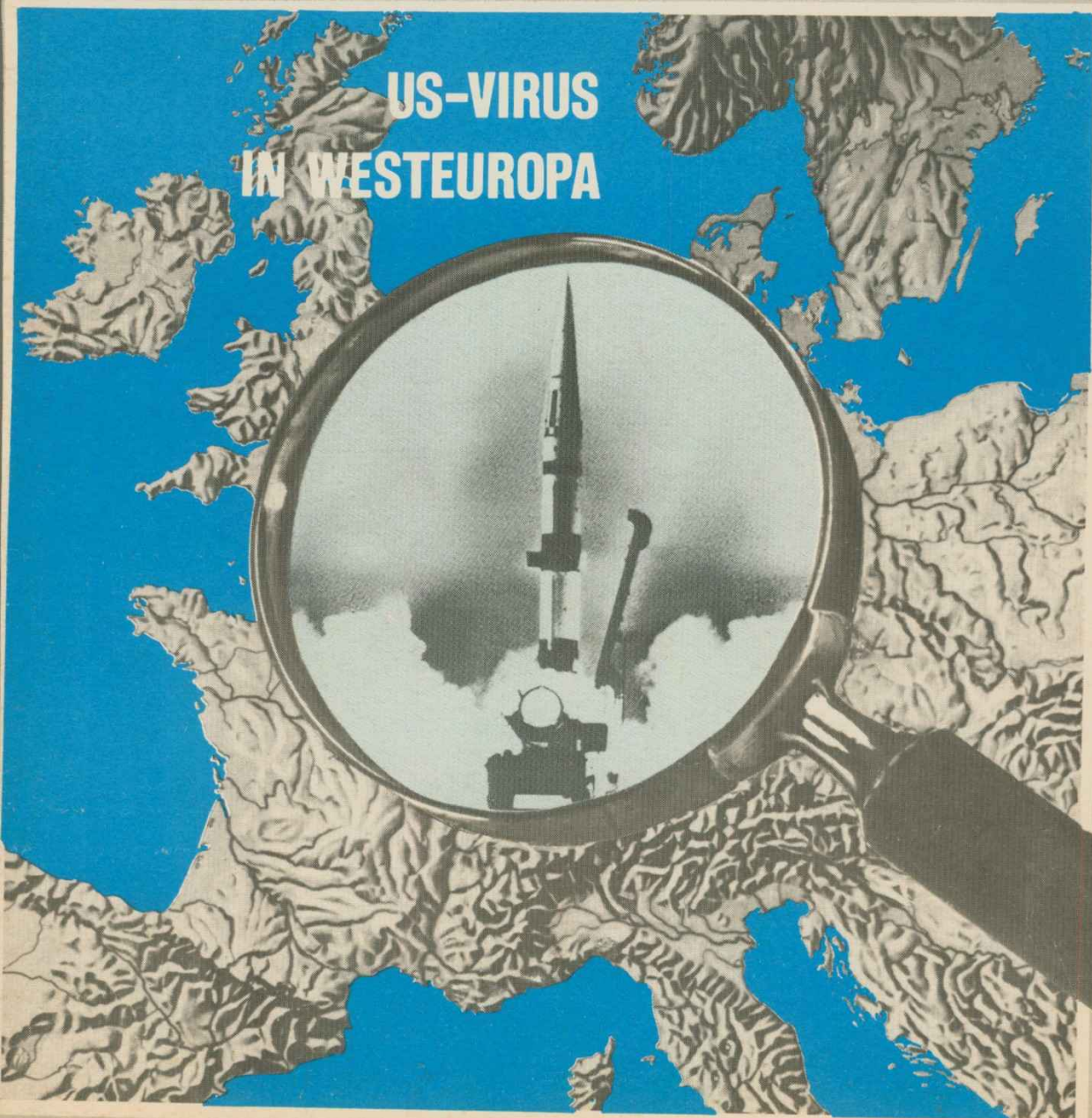
Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

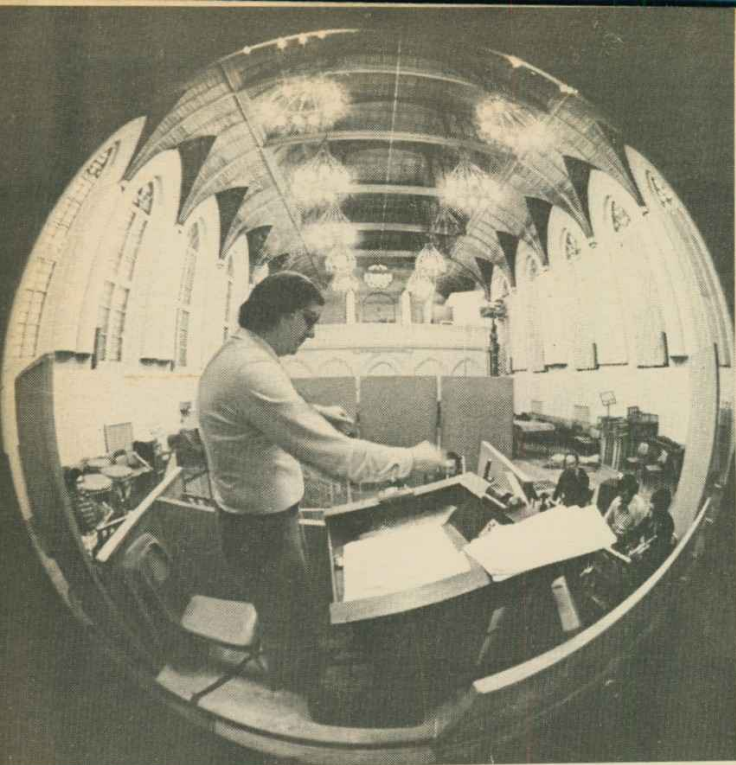
WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Datum

Unterschrift des Leiters

US-VIRUS IN WESTEUROPA





Aufnahmen mit dem Ensemble
„Melodija“ unter Georgi Garanjan



Geräteraum

Hier entstehen die
Plattentaschen



Fotos: J. Injakir

Was meint
die Kundin?

Arbeiterinnen im
Aprelewski-Werk,
dem führenden der
Schallplattenfirma

SOWJETUNION IM BILD

Über 205 Mio Schallplatten — das Beste an nationalen und internationalen sinfonischen Werken, Kammer- und Opernmusik, Welttheaterkunst, Volks- und Gegenwartsmusik — hat die sowjetische Schallplattenfirma „Melodija“ allein 1979 herausgegeben. Ihre Erzeugnisse sind im In- und Ausland gefragt.

Diese heute größte Schallplattenfirma der Welt wurde 1964 gegründet. Zu ihrem Bestand gehören Schallplatten mit Reden Lenins, dokumentarische und literarische Aufzeichnungen, Platten für Bildungszwecke u. a. Ihre über das ganze Land verteilten Betriebe, Studios und Geschäfte produzieren bzw. vertreiben Schallplatten und Kassetten aller Art.

„Melodija“ exportiert ihre Erzeugnisse in mehr als 80 Länder und hat für viele Platten im Ausland nationale und internationale Preise erhalten. Unter den Ausgezeichneten sind Emil Gilels Swjatoslaw Richter, Ljudmila Sykina, das Orchester des Bolschoi-Theaters, das Gesangs- und Tanzensemble der Sowjetarmee „Alexandrow“ und andere Interpreten und Kollektive. Mehr-

mals erhielten Schallplatten von ihr den „Grand Prix“ der Französischen Akademie für Schallplattenaufnahmen „Charles Cros“. Anlässlich des Verkaufs ihrer 250 000. Platte wurde sie in den USA mit der „Goldenen Schallplatte“ der Firma „Capitol“ ausgezeichnet.

Die Zusammenarbeit mit der ausländischen Partnern CBS (USA) „Polydor“ (BRD), CNR (Niederlande) u. a. entwickelt sich gut. Diese Kontakte helfen den Hörern in anderen Ländern, die besten Interpreten und Werke kennenzulernen. Austausch gehört zur internationalen kulturellen Zusammenarbeit.



INS RECHTE GLEIS

Kein anderes Gebiet der Welt kann dem Nahen Osten wohl die zweifelhafte Ehre streitig machen, am längsten ein neuralgischer Punkt gewesen zu sein. Schuld daran, daß er es ist, sind Washington und seine Protegés Tel Aviv und letztthin Kairo.

Der 26. Mai ist vorüber, der Tag, bis zu dem sich die Partner der ägyptisch-israelischen Separatabmachung von Camp David feierlich verpflichtet hatten, sich auf eine „palästinensische Autonomie“ zu einigen. Und was ist erreicht? Null Komma nichts. Selbst die Verhandlungen zwischen Tel Aviv und Kairo sind unterbrochen. Solche Verhandlungen konnten ja auch nur in eine Sackgasse führen: Verhandlungen ohne und hinter dem Rücken der Palästinenser, gegen die Palästinenser, die, geführt von der PLO, um ihr Recht kämpfen, in einem selbständigen Staat zu leben.

Jetzt leuchtet das auch Politikern Westeuropas ein, die sich vor anderthalb oder zwei Jahren vom Trugbild eines „Friedens à la Camp David“ verblenden ließen und dem kapitulantenhaften „Mut“ Sadats sogar Beifall zollten. Washington konnte kein einziges arabisches Land außer Sadats Ägypten für die Separatabmachungen gewinnen. Die meisten durchschauten sofort die imperialistisch-zionistische Absicht. Sie bissen nicht auf den amerikanischen Köder an, ja sie unternahmen sogar Schritte, um das Szenario von Camp David ungültig zu machen. Am aktivsten und patriotischsten ist der Standpunkt, den die Teilnehmer der Nationalen Front der Standhaftigkeit und des Widerstandes gegen die Umtriebe des Imperialismus bezogen haben. Die Bevölkerung des westlichen Jordanufers und des Gazastreifens ist selbst zu einem umfassenden Widerstand gegen den Plan angetreten, die israelische Besatzung dieser Gebiete zur bleibenden Erscheinung zu machen.

Man darf aber nicht übersehen, daß Israel, gedeckt durch die Abmachung von Camp David, bei den endlosen Gesprächen und Verhandlungen mit dem Regime Sadats immer unverschämter auftritt. Mit Rückendeckung aus Übersee baut es immer neue Wehrdörfer in den

besetzten Gebieten, vertreibt Palästinenser und setzt sie einer brutalen Unterdrückung aus. Die Okkupanten vertrieben gewaltsam maßgebliche, legitim gewählte arabische Beamte, versuchen, mit anderen überhaupt aufzuräumen, und die Knesset hat ganz Jerusalem, einschließlich des den Arabern entrissenen Stadtostens, zur Hauptstadt des Staates Israel erklärt. Die Banditenüberfälle auf den Libanon jagen einander.

Und die USA? Sind sie es nicht, die die ohnehin explosive Atmosphäre dadurch aufheizen, daß sie Tel Aviv begünstigen und zugleich Ägypten zu ihrem Bereitstellungsraum machen, daß sie ihre direkte militärische Präsenz in und um den Nahen Osten aufstocken?

Und das ist noch nicht alles. Kaum war die Nachricht von der Absicht der Länder Westeuropas in die Presse durchgesickert, eine Initiative zur Behebung der Nahostkrise zu ergreifen, da ließ sich in gereiztem Ton der Herr vom Weißen Haus vernehmen, der glaubt, allmächtig zu sein: Am „Camp-Davidschen Prozeß“ sei nicht zu rütteln!

Dabei hat dieser Prozeß die Gefahr eines Ausbruchs im Nahen Osten bereits erhöht. Darüber können sich alle, die ernsthaft einen festen und gerechten Frieden in diesem Raum wollen und die Rechte der Völker respektieren, nur Sorgen machen.

Deshalb kamen folgende Worte so rechtzeitig, die Leonid Breshnew am 27. Mai bei der Zusammenkunft mit dem nach Moskau gekommenen Führer der VDR Jemen, Ali Nasser Mohammed, sprach:

„Ist es nicht schon Zeit, das langwierige Treiben mit der antiarabischen Politik der Separatabmachungen einzustellen? Ist es nicht schon Zeit, die Nahostregelung in das rechte Gleis zurückzubringen: auf den Weg gemeinsamer Bemühungen aller interessierten Seiten, natürlich einschließlich der Befreiungsorganisation Palästinas?“

Es sei übrigens daran erinnert, daß die sowjetisch-amerikanische Nahosterklärung vom 1. Oktober 1977 diesen Weg vorsah. Sie entsprach wichtigen Regelungsprinzipien wie „die Zurücknahme der Truppen Israels aus den während des Konflikts von 1967 besetzten Gebieten“, „eine Garantie für die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes“, „die Einstellung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler, friedlicher Beziehungen zwischen den Nahoststaaten“. Sehr bald rückte die Regierung Carter von diesem Dokument ab und orientierte sich auf das Kapitulantentum Kairos. Aber immer weitere Kreise der Weltöffentlichkeit kommen zu dem Schluß, daß nur bei zielbewußten gemeinsamen Bemühungen die nahöstliche Zeitbombe entschärft werden kann, was im Interesse der dortigen Völker und des Weltfriedens liegt.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 23 MAI 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Ins rechte Gleis	1
V. Krawzow — Die Antwort darf nicht ausbleiben	5
A. Uswatow — UdSSR—VDR Jemen. Engere Freundschaftsbande	6
J. Kusnezow — Aufruf aus Helsinki	6
G. Rjabow — Interkosmosflug erfolgreich abgeschlossen	8
F. Mesenzew — UdSSR—Türkei. Positive Bilanz	9
S. Tarow — Vor dem Treffen in Genf	10
Biographisches: Mohamed Mzali	10
W. Kusnezow — Europa: Dialog geht weiter	11
D. Wolski — Mittlerer Osten. Kabuls Initiative und ihre Gegner	12
I. Chusemi — Gefestigte Einheit	13
L. Charkow — Ein Neuanfang	14
USA. Der Anschlag in Fort Wayne	14
L. Mleischin — Raketen und Verhandlungen	15
Notizen ♦ Glossen	16
W. Nekrassow — Lenins Analyse des Imperialismus und die heutige Weltlage	18
J. Gudkow — USA—Iran. „Über den Rubikon“	20
V. Sidenko — Von der Geschichte getragen	22
UdSSR—Österreich: Von Dokumenten belegt	23
R. Andreassian — Wer hat den Erdöl-Trumpf!	24
W. Scheljag — Wollen Sie einen neuen Krieg!	26
I. Koslow — In Kanada unvergessen (Interview)	26
A. Kruschinski — Bulgarien. Gas für Stara Sagora	28
A. Wolodin — Filmfestival Taschkent	30
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die Stationierung amerikanischer Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles in Westeuropa leitet eine weitere Runde des Wettrüstens ein, stellt eine neue Bedrohung für die Sicherheit des Kontinents dar.

Titelbild: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Leonid Breshnew und János Kádár richteten an die internationale Besatzung des wissenschaftlichen Orbitalkomplexes Salut 6—Sojus 35—Sojus 36 eine Grußbotschaft: „Dadurch, daß Ihr im Orbitallabor Schulter an Schulter arbeitet, sammelt ihr sehr wertvolle Erfahrungen bei der brüderlichen Zusammenarbeit im Weltraum, bei deren Organisation die sozialistischen Länder vorangehen. Euer Raumflug ist ein markantes Beispiel für Internationalismus in Aktion.“ Am 3. Juni landete das Raumschiff Sojus 35, nachdem es sich vom Orbitalkomplex gelöst hatte, mit dem Fliegerkosmonauten der UdSSR, Waleri Kubassow, und dem Forschungskosmonauten Bertalan Farkas, Bürger der Ungarischen Volksrepublik, auf sowjetischem Territorium (siehe S. 8).

Am 2. Juni sind 60 Jahre seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen UdSSR—Türkei vergangen. Leonid Breshnew richtete einen Glückwunsch an den amtierenden Präsidenten der Republik Türkei, İhsan Sabri Çaglayangil. Alexej Kossygin sandte einen Glückwunsch an den Ministerpräsidenten der Türkei, Suleiman Demirel. Andrej Gromyko gratulierte dem Außenminister Hayrettin Erkmen (siehe S. 9).

Am 29. und 30. Mai weilte der Außenminister Schwedens, Ola Ullsten, zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion. Alexej Kossygin empfing Ola Ullsten und hatte mit ihm ein Gespräch. Andrej Gromyko und Ola Ullsten führten Verhandlungen (siehe S. 11).

Am 27. Mai traf Andrej Kirilenko mit einer Delegation der Mongolischen Revolutionären Volkspartei unter dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der MRVP, Demchigiyn Molomshamz, zusammen. Die Delegation hielt sich auf Einladung des ZK der KPdSU in der Sowjetunion auf.

Das ZK der KPdSU richtete eine Grußbotschaft an den XXIII. Parteitag der KP Luxemburgs.

Das ZK der KPdSU richtete eine Grußbotschaft an den V. Parteitag der Syrischen KP.

Am 29. und 30. Mai fand in Bonn die 9. Tagung der sowjetisch-bundesdeutschen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit statt. Die sowjetische Delegation wurde von Nikolai Tichonow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR geleitet, die bundesdeutsche Delegation von Bundeswirtschaftsminister Otto



Vom 27. bis zum 29. Mai hielt sich Ali Nasser Mohammed, Generalsekretär des ZK der Jemenitischen Sozialistischen Partei, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Volksrates und Ministerpräsident der VDR Jemen, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der UdSSR auf. Leonid Breschnew, Alexej Kossygin, Andrej Gromyko und Boris Ponomarew führten mit Ali Nasser Mohammed und anderen führenden Politikern der VDRJ Gespräche. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verlieh Ali Nasser Mohammed den Orden der Völkerfreundschaft. TASS-Foto: Bei der Überreichung des Ordens

Graf Lambsdorff. Die Kommission billigte den Plan für das Langzeitprogramm für die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit in Wirtschaft und Industrie, dessen Ausarbeitung das Abkommen vom 6. Mai 1978 zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik vorsieht. Am 30. Mai führte Nikolai Tichonow in Bonn ein Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Schmidt. Am gleichen Tag traf Nikolai Tichonow mit dem DKP-Vorsitzenden Herbert Mies zusammen.

Vom 23. bis 30. Mai hielt sich eine Delegation der Regierungspartei von Grenada, Neue Jewel-Bewegung, unter dem ersten stellvertretenden Parteiführer und stellvertretenden Ministerpräsidenten der Revolutionären Volksregierung von Grenada, Bernard Coard, in der UdSSR auf. Im ZK der KPdSU traf die Delegation mit Boris Ponomarew und Anatoli Tschernjajew, Mitglied der Zentralen Revisionskommission der KPdSU und stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, zusammen.

Vom 26. bis 28. Mai fand in Cotonou die 22. Bürotagung des Weltgewerkschaftsbundes statt. Die sowjetische Delegation wurde vom Vorsitzenden des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften, Alexej Schibajew, geleitet. Die Tagung verabschiedete einen Appell an die Werktätigen und die Gewerkschaften der Welt. In dem Dokument kommt große Besorgnis über den verantwort-

ungslosen und gefährlichen Kurs der imperialistischen Reaktion zum Ausdruck, die die internationale Spannung verschärfen und die Entspannung untergraben will.

Am 3. Juni traf der Außenminister der Republik Indien, P. V. Narasimha Rao, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Moskau ein.

Vom 27. Mai bis 1. Juni weilte eine Partei- und Regierungsdelegation der DDR unter Leitung von Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch auf Kuba. Der Delegation gehörten ferner Willi Stoph, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Vorsitzender des Ministerrats der DDR, und andere offizielle Persönlichkeiten an. Als Ergebnis der Gespräche zwischen den Delegationen der DDR und Kubas unter Erich Honecker und Fidel Castro wurden ein Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit Kuba-DDR, ein Abkommen über das langfristige Programm für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in den Jahren 1981 bis 1985 und ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich des Gesundheitswesens unterzeichnet (siehe S. 13).

Das Außenministerium der ČSSR verurteilte entschieden die provokatorische Zusammenrottung aus Anlaß des „Tags der Sudetendeutschen“ am

24. und 25. Mai in Stuttgart. Bei dieser gegen die Tschechoslowakei gerichteten Aktion heißt es in einer in Prag verbreiteten Erklärung des ČSSR-Außenministeriums, wurden erneut die abgedroschenen revanchistischen Forderungen laut. Die BRD-Regierung hielt es nicht für nötig, sich von dieser Veranstaltung zu distanzieren, vielmehr richtete sie eine Grußbotschaft an ihre Teilnehmer. Eine solche Haltung steht in direktem Widerspruch zu Erklärungen der Bundesregierung, sie wolle die Beziehungen zur Tschechoslowakei entwickeln.

Vom 30. Mai bis 1. Juni fand in Helsinki eine Internationale Parlamentarierkonferenz für Frieden, Abrüstung und internationale Sicherheit statt (siehe S. 6).

Das Ministerium für nationale Verteidigung der DR Afghanistan verbreitete eine Erklärung, in der entschieden die Versuche verurteilt werden, in den USA hergestellte chemische Waffen auf dem Territorium Afghanistans einzusetzen. Ein solcher Versuch wurde am 25. März unterbunden, ein anderer im April unternommen. Armee-Einheiten entdeckten an der pakistanischen Grenze geheime, von Diversantenbanden angelegte Waffenlager, die Granaten mit chemischen Giftstoffen made in USA enthielten.

Am 2. Juni traf der Präsident der Französischen Republik, Valéry Giscard d'Estaing, zu einem offiziellen Besuch in Helsinki ein.

Vom 27. Mai bis 1. Juni hielt sich Hua Guofeng, Premier des Staatsrates der VR China, zu einem Besuch in Japan auf. Vom 25. Mai bis 3. Juni weilte eine chinesische Militärdelegation unter dem

Vizepremier des Staatsrates, Geng Biao, zu einem Besuch in den USA (siehe S. 15).

In N'Djamena, der Hauptstadt des Tschad, sind nach einwöchiger Ruhe die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Einheiten des Ex-Verteidigungsministers Hissène Habré wieder aufgeflammt.

Am 31. Mai übernahm eine bewaffnete Gruppe von Putschisten proamerikanischer Orientierung gewaltsam die Kontrolle über die Insel Espiritu Santo (Neue Hebriden). Die Putschisten unter Plantagenbesitzer Jimmy Stevenson treten für eine Lostrennung dieser Insel von den Neuen Hebriden ein, die am 30. Mai die Unabhängigkeit erlangen sollen.

Südkoreanische Truppen und Polizeieinheiten gehen brutal gegen die Führer und Teilnehmer des zehntägigen Aufstandes von Kwangju vor. Doch in ganz Südkorea halten die Protestaktionen der Bevölkerung gegen die Diktatur von Chon Du-Hwan an, die von den USA unterstützt wird.



Unser Bild: Auf den Straßen von Kwangju Foto: UPI-TASS

Am 2. Juni nahm die internationale Konferenz zur Untersuchung der Aggressionsakte der USA gegen den Iran ihre Arbeit in Teheran auf. An ihr beteiligten sich mehr als 100 Delegierte aus 50 Ländern, Vertreter nationaler Befreiungsbewegungen, regionaler und internationaler Organisationen.

Am 28. Mai wurde in Teheran die erste Tagung des iranischen Parlaments eröffnet. Hodjatol-eslam Ahmad Chomeini verlas vor den Abgeordneten eine Botschaft seines Vaters, des Führers des Landes, Ajatollah Chomeini. Dort heißt es, daß die Überwindung der Folgen der langjährigen Diktatur der Pehlewi-Dynastie, die dem Iran Ketten der Abhängigkeit von anderen Ländern, vor allem den USA, angelegt hat, die Hauptaufgabe des neuen Parlaments sein wird.

In der Republik Südafrika ist es zu

neuen Massenaktionen gegen die Apartheid, für die Rechte der 20 Millionen schwarzen und farbigen Einwohner des Landes gekommen. Die Rassistenbehörden reagierten darauf mit verschärften polizeilichen Repressalien. Am 28. Mai eröffnete die Polizei in Kapstadt das Feuer auf eine Demonstration von Studenten und Schülern. Drei Demonstranten wurden getötet, zwei verletzt. Allein in den letzten Maitagen wurden Tausende Bürgerrechtler verhaftet.

Vom 28. Mai bis 1. Juni fand eine Generaldebatte der Tagung des UNO-Rates für Namibia in Algier statt, der die Übergabe der Macht an das Volk dieses Landes fördern soll. In der von der Tagung verabschiedeten Deklaration von Algier und in einem Aktionsprogramm verurteilte der Rat entschieden das Rassistenregime von Pretoria wegen seiner Versuche, die Okkupation zu verewigen, rassistische Verhältnisse und eine Politik des Genozids aufzuoktroieren. Der Rat bekräftigte seine volle Unterstützung für die SWAPO. Im Aktionsprogramm sprach sich der Rat für die unverzügliche Einberufung des Sicherheitsrats aus, um die Anwendung umfassender und verbindlicher Sanktionen gegen die RSA zu erörtern.

Am 29. Mai wurde in Fort Wayne (US-Staat Indiana) ein Attentat auf Vernon Jordan, einen Führer der Bürgerrechtsbewegung der Afroamerikaner und Präsident der Nationalen Städteliga, verübt (siehe S. 14).

Am 28. Mai nahm in Damaskus eine Konferenz der Verteidigungsminister der Teilnehmerländer der Panarabischen Front der Standhaftigkeit und des Widerstandes ihre Arbeit auf. An ihr nahmen Delegationen Algeriens, Libyens, der VDRJ und Syriens teil. Die PLO wird von Yasser Arafat vertreten.

Am 28. und 31. Mai fanden in Indien Wahlen zu den Parlamenten von neun Bundesstaaten statt. In acht von ihnen sprach sich die Mehrheit der Wähler für die Kandidaten des regierenden Indischen Nationalkongresses aus. Im Bundesstaat Tamil Nadu kehrte die bürgerlich-nationalistische ADMK an die Macht zurück. Die KP Indiens und die KPI(M) werden jetzt durch mehr Abgeordnete vertreten sein.

Vom 26. bis 28. Mai fand in Wien ein Dialog für Abrüstung und Entspannung statt. In einem Appell wurden die Parteien aller Länder aufgefordert, sich an der Vorbereitung des Welttreffens für Abrüstung und Entspannung im Jahre 1981 zu beteiligen.

NZ POST

Meiner Meinung nach führt sich US-Präsident Carter auf wie jemand, der rein zufällig in die Politik gekommen ist. Er hört nicht auf, die Welt durch seine Ausfälle zu schocken. Es sei da nur erinnert an die schmachliche Provokation Washingtons im Iran, bei der amerikanische Soldaten umkamen. In letzter Zeit hat das Weiße Haus überhaupt einen überaus aggressiven Kurs eingeschlagen. Aufmerksam verfolge ich die Aktionen der USA im Nahen und Mittleren Osten. Die US-Kriegsschiffe im Persischen Golf verfügen über Atomraketen. Auf den dort kreuzenden Flugzeugträgern sind ca. 400 Flugzeuge startklar. Gegen wen kann dieses Drohpotential eingesetzt werden? Nur zur Befreiung der US-Diplomaten? Wer soll das glauben? Ist doch bekannt, daß es bereits einige Jahre einen Pentagon-Plan für die Besetzung ausgedehnter Nahostregionen gibt, wo 40% des Öls der OPEC-Länder gefördert werden.

K. BILMANOW

Gebiet Tschimkent, Kasachische SSR

Vor etwa 20 Jahren mußte ich mein Heimatland Spanien verlassen und begab mich auf Arbeitssuche in die BRD. Einige Worte zu den Verhältnissen dort. An Ihre Zeitschrift wende ich mich, weil die BRD-Monopolpresse vieles verschweigt. In der Bundesrepublik werden die Arbeitenden in allen Lebensbereichen mit Polizeistaatmethoden bespitzelt. Über die Arbeitenden — ob Deutsche oder „Gastarbeiter“ — hat man Geheimakten angelegt — insbesondere über jene, die progressive Ansichten vertreten. Zur Vervollständigung ihrer Karteien fotografiert die Polizei Demonstranten.

Roque MORILIA
Hamburg, BRD

Vor kurzem habe ich Ihre Zeitschrift erstmals in die Hand genommen. Während der Inhalt Ihrer Publikation ausgezeichnet ist, läßt die Gestaltung einstweilen zu wünschen übrig. Sie bringen wenig Illustrationen. Gern würde ich in Ihrer Zeitschrift auch Farbfotos sehen.

Fidel CARMELINO
Lubango, Angola

DIE ANTWORT DARF NICHT AUSBLEIBEN

Valentin KRAWZOW

Es gab wohl noch nie eine ungeklärte Weltlage, aber jetzt ist sie besonders bewölkt. Darüber sind sich alle einig.

Die Welt steht gleichsam an einer Weggabelung. Es wird, es muß über Fragen entschieden werden, die die Entwicklung auf Jahre hinaus bestimmen können, darüber, ob es zum weiteren Aufbau eines festeren und gerechteren Friedens geht oder aber zur Wiederaufnahme des kalten Krieges, zu Antagonismus und Konfrontation. Hielte man ein weltweites Referendum darüber ab, so würde sich die überwiegende Mehrheit der Erdbevölkerung zweifellos für die Entspannung aussprechen. Die Völker haben viele Stadien der Spannungen durchgemacht — einige dieser Strähnen dauerten Jahre — und wissen, was solche Zeiten kennzeichnet und was sie nach sich ziehen könnten. Wer würde schon auf Vorzüge verzichten, die sich allen bieten, wenn sich die zwischenstaatlichen Beziehungen auf der stabilen, festen Grundlage des Vertrauens und gegenseitigen Verständens entwickeln.

Und doch werden in einigen westlichen Staaten, vor allem in den USA, militante chauvinistische Stimmungen geschürt, und Kräfte aktivieren sich, deren politisches Blickfeld durch eigennützige, häufig durch und durch konjunkturelle Interessen und Berechnungen beschränkt ist. All das steigert die Spannungen, peitscht das Wettrennen an, schürt die bestehenden Konfliktherde und schafft neue. Wie Leonid Breschnew unlängst betonte, besteht die tiefere Ursache dessen, daß sich die Situation in der Welt bedeutend kompliziert hat, im militaristischen Kurs der USA.

Einige Politiker und Massenmedien im Westen verbreiten pessimistische, ja fatalistische Stimmungen. Die Entspannung wird zu Grabe geläutet, der kalte Krieg scheint fröhliche Urständ zu feiern. Aber der Kampf für die Entspannung ist bei weitem nicht zu Ende, und daß ihn die Gegner der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern gewinnen, ist erst recht zweifelhaft. Man darf nicht übersehen, daß die reaktionären Kreise zwar Morgenluft wittern, daß sich aber auch die Kräfte, die das Lager des Friedens und der

internationalen Zusammenarbeit bilden, stark aktivieren. Was gewisse Politiker im Westen auch sagen, um die sowjetische Außenpolitik zu schmähern, führend im Kampf für den Frieden sind die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten. Ihr außenpolitisches, ihr Verteidigungs- und Wirtschaftspotential ist Unterpfand dafür, daß die internationale Entspannung gesichert werden kann. Die bedeutenden Initiativen, mit denen die Teilnehmer des Warschauer Vertrages auf der jüngsten Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Warschau hervorgetreten sind, und die konkreten Schritte der Bruderstaaten (betont sei das kürzliche Treffen Breschnew — Giscard d'Estaing) sind ein beider Beweis für den friedliebenden, konstruktiven Kurs der sozialistischen Länder.

In den Zeiten der Zuspitzung wird — neben allem anderen — das Verständnis zwischen Ost und West, die Klarheit über die gegenseitigen Absichten gestört und getrübt. Das bezieht sich auch auf die Analyse der Ursachen für die Verschlechterung der Weltlage. Doch zugleich setzt sich auch im Westen ein vernünftiger Standpunkt dazu durch, wenn die Verantwortung für die Abkehr von der Entspannungspolitik trifft.

Von welch fundamentaler Bedeutung das Prinzip von Gleichheit und gleicher Sicherheit, der Unzulässigkeit des Strebens nach militärischer Überlegenheit ist, braucht nicht gesagt zu werden. Wenn alle sich darüber einig sind, daß die materielle Basis der Entspannung vor allem die Begrenzung und Einschränkung der Rüstungen ist, so muß im internationalen Leben angestrebt werden, daß das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit nicht angetastet wird. In hohem Maße darauf basiert die Entspannung, an der in den letzten Jahren soviel gearbeitet wird. Heute sieht man auch in den westlichen Ländern allmählich ein, daß die Schwierigkeiten, auf die die Entspannung gestoßen ist, hauptsächlich auf die Versuche der USA und der NATO zurückzuführen sind, die verschiedenen strategischen und geographischen Komponenten des Gleichgewichts, die strategische Parität zwischen UdSSR und USA,

dem Warschauer Vertrag und der NATO zu eigenen Gunsten zu verändern. Davon zeugen die Erhöhung der Truppenstärke, der Rüstungen und Militärbudgets der NATO, der Beschluß, die amerikanischen Kernraketenwaffen mittlerer Reichweite in einigen westeuropäischen Ländern zu stationieren und die Schaffung einer neuen Machtballung im Indischen Ozean, im Persischen Golf, in einigen nah- und mittelöstlichen Ländern, d. h. in unmittelbarer Nähe der südlichen Grenze der UdSSR. Davon zeugen auch die Bestrebungen, die antisolowjetische Allianz Washington—Peking—Tokio—NATO zusammenzuzimmern.

Die Staaten des Warschauer Vertrages fordern auf, das annähernde Kräftegleichgewicht, das auch die NATO-Länder erst vor kurzem anerkannten, nicht zu stören, mit dem Wettrennen Schluß zu machen und die Lage wiederherzustellen in der Differenzen nicht durch Gewalt, Drohungen und Waffenkürren, sondern mit friedlichen politischen Mitteln am Verhandlungstisch bereinigt werden. Was die Abrüstung angeht, erklären die sozialistischen Länder klipp und klar: Sie sind bereit, auf gegenseitiger Grundlage jede beliebige Art von Waffen zu begrenzen oder zu reduzieren. Über Konfliktsituationen wurde ausdrücklich gesagt: Es gibt keine globalen oder regionalen Probleme, die sich nicht auf politischem Wege lösen ließen.

Der Appell der Warschauer Vertragsstaaten findet Anklang. Realistische Politiker des Westens sprechen sich mit hinreichender Klarheit für die Entspannung aus und setzen sich dafür ein, die gegenwärtigen Spannungen zu dämpfen und die internationalen Angelegenheiten in ruhigere Bahnen zu lenken. Auch praktische Schritte westeuropäischer Staaten zeugen davon. Hervorzuheben wären zwei Momente.

Das erste sind Äußerungen für die Erhaltung des Kräftegleichgewichts als Basis für die Sicherheit der Staaten. Vor kurzem sagte der Präsident Frankreichs in einem Interview für die Wochenschrift „L'Express“, die Sicherheit ergebe sich aus dem Kräftegleichgewicht, und schon der Gedanke, eine ausgesprochene Überlegenheit über die UdSSR zu erreichen, sei unrealistisch. Das Gleichgewicht lasse

sich schwer ermassen, doch wenn man alle militärischen Mittel aller Typen in Betracht ziehe, so bleibe das Gleichgewicht erhalten. Solche und ähnliche Meinungen klingen an den Standpunkt der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder an. In ihrer Deklaration brachten die Warschauer Vertragsstaaten ihre Überzeugung zum Ausdruck: Wenn sich alle Staaten von den Interessen des Friedens und der Sicherheit der europäischen Völker leiten lassen und den nötigen politischen Willen an den Tag legen, wird die Erhaltung der bestehenden annähernden Kräftebalance nicht nur die weitere gefährliche Verstärkung des nuklearen Wettrüstens in Europa verhindern, sondern es ermöglichen, dieses Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau aufrechtzuerhalten. Hinzufügen wäre, daß die UdSSR weder in Europa noch in größeren Ausmaßen Überlegenheit im Rüstungsbereich anstrebt.

Das zweite Moment sind die vernünftigen Stimmen in den USA selbst. Heute werden sie zwar vom lauten Chor derjenigen übertönt, die mit der UdSSR „von der Position der Stärke aus“ zu sprechen versuchen. Aber solche vernünftigen Stimmen bestehen, und sie spiegeln, wie man annehmen kann, die Meinung einflußreicher Kreise wider. In diesen Kreisen will man die derzeitige Administration davor warnen, an alle Fragen des internationalen Lebens nur vom Standpunkt der sowjetisch-amerikanischen Rivalität heranzugehen.

Beachtenswert ist ein Beitrag des USA-Senators McGovern in der Zeitschrift „The Atlantic“ (Boston). Darin wird u. a. betont, daß die USA-Interessen darin bestehen, einen Kernkrieg zu verhüten. Das liege im Interesse der USA, der UdSSR und aller anderen Nationen. Der Verfasser ruft dazu auf, sich die gemeinsame Verantwortung der USA und der UdSSR bei der Verhütung eines Kernkrieges, bei der Fortsetzung der Entspannungspolitik zu vergegenwärtigen. Auf solche Stimmen sollte das Weiße Haus hören.

Viele weitere Äußerungen für die Aufrechterhaltung der Entspannung bezeugen ebenfalls: Auch im Westen besteht noch eine hinreichend feste politische Basis dafür, die friedliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern — die dominierende Tendenz der 70er Jahre — auszubauen. Das läßt hoffen, daß die heutige Stockung im Entspannungsprozeß letztlich doch überwunden wird. Doch bedarf es dazu nicht nur guten Willens. Not-

wendig ist auch die Bereitschaft zu ernstesten politischen Entscheidungen, deren Annahme und Realisierung erlauben würden, den Ausbruch eines neuen Krieges unmöglich zu machen. Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder haben nicht nur eine solche Bereitschaft, sondern auch ein konkretes Programm.

Zu ihm gehört u. a. eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa. Während diese Idee immer neue Anhänger gewinnt, könnte unverzüglich die Vereinbarung getroffen werden, daß kein Staat, keine Staatengruppe in Europa ihre Streitkräfte in der von der Helsinki-Schlußakte bestimmten Region zahlenmäßig verstärken. Das Um-sich-Greifen der Kriegsgefahr könnte z. B. verhindert werden, wenn in der UNO die Frage der Begrenzung und Senkung des Niveaus der militärischen Präsenz und der militärischen Aktivitäten im Atlantik, Indik und Pazifik, im Mittelmeer und im Persischen Golf erörtert wird. Die UdSSR und ihre Bündnispartner brachten auch viele andere Vorschläge ein, um die Verhandlungen über verschiedene Aspekte der Abrüstung zu aktivieren (bzw. wiederaufzunehmen, wenn sie abgebrochen wurden). Ein Fortschritt in diesen Richtungen könnte eine neue Runde im Wett-rüsten verhindern.

Die Vorschläge der Warschauer Vertragsstaaten erfassen alle kardinalen Fragen unserer Zeit, die ihrer Lösung harren, und sind darauf gerichtet, die Weltlage zu sanieren und all das zu beseitigen, was Mißtrauen, Reibungen und Spannungen verursacht. Zugleich sind die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder bereit, aufmerksam und konstruktiv Vorschläge der anderen Staaten über die Festigung von Frieden und Entspannung zu prüfen. Doch muß festgestellt werden: Einige führende Politiker des Westens unterbreiten keine eigenen Ideen, schweigen sich aber über die Initiativen der anderen Seite aus oder versuchen, sie durch gekünstelte Argumente wie etwa die Berufung auf die afghanischen Ereignisse in Mißkredit zu bringen.

Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder machen ihre Vorschläge in der Hoffnung, daß sie mit gebührendem Ernst und verantwortungsvoll aufgenommen und studiert werden. Diese Vorschläge erfordern eine Antwort, guten Willen, ein sachliches Herantreten.

Die Sowjetunion und die Volksdemokratische Republik Jemen vereinen nicht nur gemeinsame Interessen im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, für Frieden und Sicherheit, sondern auch die Ideale des sozialen Fortschritts. Der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VDRJ vom Oktober 1979 hat die freundschaftlichen sowjetisch-südjemenitischen Beziehungen auf eine höhere Stufe gehoben und ihnen ein festes juristisches Fundament gegeben.

Der offizielle Freundschaftsbesuch Ali Nasser Mohammeds in der UdSSR, der kürzlich zum Generalsekretär des ZK der Jemenitischen Sozialistischen Partei und zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Volksrates der VDRJ gewählt wurde, wobei er Ministerpräsident der Republik blieb, wird der weiteren Entwicklung der allseitigen Verbindungen und Kontakte zwischen unseren Ländern einen neuen Impuls geben. In einer Atmosphäre der Herzlichkeit und des gegenseitigen Verständnisses verliefen seine Gespräche mit der sowjetischen Führung.

„Unsere im Freundschaftsvertrag verankerte Zusammenarbeit“, sagte Leonid Breschnew bei einem Empfang im Kreml für den Gast aus der VDRJ, „ist nicht gegen irgend-

Am 30. Mai und 1. Juni konferierten in der finnischen Hauptstadt auf Initiative des Weltfriedensrates Parlamentarier aus 40 Ländern, um höchst aktuelle Probleme der Gegenwart zu erörtern. An der Konferenz „Für Frieden, Abrüstung und internationale Sicherheit“ beteiligte sich eine UdSSR-Delegation unter Akademiemitglied Jewgeni Fjodorow, Vorsitzender des Sowjetischen Friedenskomitees.

In seiner Eröffnungsansprache betonte der Vorsitzende des finnischen Parlaments Johannes Virolainen: Die Entspannung, ihre weitere Entwicklung und Festigung entsprächen den Lebensinteressen aller Völker. In letzter Zeit habe sich die internationale Situation verschlechtert. Deshalb brauche es unermüdliche Bemühungen, um das Vertrauen wiederherzustellen; das sei nicht leicht. Doch seien sich alle einig, daß es zur Entspannung keine vernünftige Alternative gebe. Finnland trete stets für die Konsolidierung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit ein. Davon zeugten die bekannten Vorschläge Präsident Kekkonens über die Begrenzung der Rüstungen und die

ENGERE FREUNDSCHAFTSBANDE

Welche anderen Länder ob nah oder fern gerichtet und droht nicht mit Einmischung in deren innere Angelegenheiten. Möge niemand diesbezüglich Zweifel hegen...

Die Sowjetunion unterstützt den demokratischen Jemen bei der Verwirklichung von fast 50 Volkswirtschaftsobjekten.

Die Teilnehmer der Moskauer Verhandlungen schätzten den erreichten Stand der sowjetisch-jemenitischen Zusammenarbeit hoch ein und bekundeten ihr Streben, sie auch weiterhin in allen Bereichen zu vervollkommen und wirksamer zu gestalten.

Eine Reihe neuer Dokumente zum weiteren Ausbau der bilateralen wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit wurde in Moskau unterzeichnet.

Im Namen des Volkes des demokratischen Jemen sprach Ali Nasser Mohammed der Sowjetunion aufrichtigen Dank „für die unverbrüchliche Solidarität und die internationalistische Unterstützung der arabischen Völker, für die ständige Hilfe der UdSSR an das Volk der VDRJ bei der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und des

sozialen Fortschritts unseres Landes“ aus.

Die Moskauer Gespräche bekräftigten, daß die Sowjetunion und der demokratische Jemen gemeinsame Positionen im Kampf für die Entspannung, für die Beendigung des Wettrüstens, für die Festigung von Frieden und Sicherheit der Völker einnehmen. Ebendeshalb haben die Sowjetunion und die VDRJ, wie es im Schlußkommuniqué heißt, die Versuche imperialistischer und hegemonistischer Kräfte entschieden verurteilt, die Entspannung zu unterminieren eine neue Runde des Wettrüstens aufzuzwingen sowie Krisen- und Spannungsherde in verschiedenen Regionen der Welt zu schaffen. Besonders wurde der gefährliche Charakter des jetzigen aggressiven US-Kurses im Nahen und Mittleren Osten konstatiert.

Die Seiten bekräftigten, daß sie kategorisch die Politik der Separat-Abmachungen im Nahen Osten ablehnen, eine Politik, die zur Fortdauer der israelischen Aggression gegen die arabischen Länder und zur Verwirklichung der imperialistischen Pläne der USA beiträgt.

Zu den Ereignissen in Afghanistan bekundete Ali Nasser Mohammed, daß der demokratische Jemen die

selbstlose internationalistische Hilfe der Sowjetunion für die Revolutionsregierung in der DR Afghanistan hoch einschätzt.

Die VDRJ liegt am Roten Meer und am Indischen Ozean, in unmittelbarer Nähe des Persischen Golfs. Gerade hier wollen die US-Imperialisten besonders aktiv militärisch-politische Blöcke und ein Netz von Militärstützpunkten schaffen, verstärken sie ihre militärische Präsenz, um sich skrupellos in die inneren Angelegenheiten der Staaten dieser Region einzumischen, um deren Souveränität und Unabhängigkeit zu bedrohen. Die Sowjetunion und der demokratische Jemen verurteilten derartige Versuche und wandten sich entschieden gegen die militärischen Provokationen, gegen den politischen und wirtschaftlichen Druck der USA auf den Iran. Sie sprachen sich für die Freiheit der Schifffahrt im Persischen Golf aus, dafür, den Indischen Ozean und das Rote Meer in eine Zone des Friedens zu verwandeln.

Die Zeitung „Arba a taschar oktobr“ (Aden) charakterisierte die Ergebnisse der Moskauer Gipfgespräche als einen weiteren Schritt für die Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen der VDRJ und der UdSSR. Unsere Freundschaftsbände sind noch enger geworden.

A. USWATOW

AUFRUF AUS HELSINKI

Schaffung einer kernwaffenfreien Zone im Nordeuropa sowie die finnische Initiative zur Formulierung eines Abrüstungsprogramms für unseren Kontinent. Der jüngste Vorschlag der Warschauer Vertragsstaaten, demnächst ein Treffen aller Staatsoberhäupter der Welt einzuberufen, finde in Finnland Anklang.

Der sowjetische Delegationsleiter hob hervor, daß die heutige Verschlechterung der internationalen Beziehungen lange vor den Ereignissen in Afghanistan begann, die die westliche Propaganda als die eigentliche Ursache der Krise hinstellt. Diesem gefährlichen NATO-Kurs sei ein umfassendes Aktionsprogramm gegenüberzustellen, um die Wiederbelebung des kalten Krieges zu verhindern, das Vertrauen in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu festigen und die gesamte Entwicklung in friedliche Bahnen zu lenken.

Viele Diskussionsredner betonten die Notwendigkeit, den Ost-West-Dialog wiederaufzunehmen und konstruktive Schritte zu tun, um die Entspannung und Zusammenarbeit zu begünstigen. In den

Wandelgängen unterhielt ich mich mit dem französischen Abgeordneten Pierre Godefroy. Er sagte:

„Ich möchte unterstreichen, daß Europa im Grunde nur einen einzigen Weg — Minderung der internationalen Spannungen — hat. Entspannung und nicht Rüstungswettrüsten. Verhandlungen und nicht die gefährliche Konfrontation. Frankreich ist dazu bereit. Das jüngste Warschauer Treffen Giscard d'Estaing-Breshnew hat das anschaulich gezeigt. Die Franzosen setzen sich für solche Dialoge ein.“

Auf der Schlußsitzung nahmen die Delegierten einen Aufruf an die Parlamentarier der Welt an. Er enthält konkrete Vorschläge, die zur Einstellung des Wettrüstens, zur Fortsetzung der Entspannungspolitik, zur Festigung des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern beitragen müssen, und ruft dazu auf, alle Staatsmänner, die sich für die Fortsetzung des konstruktiven zwischenstaatlichen Dialogs, für die Wiederherstellung des Vertrauens und für die Herbeiführung

günstiger internationaler Bedingungen dafür einsetzen, zu unterstützen.

Das Dokument fordert die Parlamentarier auf, ihren Beitrag zur Vorbereitung und erfolgreicher Abhaltung des Madrider Treffens der KSZE-Staaten zu leisten sowie den Vorschlag über die Einberufung einer Konferenz zu Fragen der Entspannung und Abrüstung in Europa zu unterstützen. Es gilt, auf die Aufhebung des NATO-Beschlusses über Kernraketen in Westeuropa hinzuwirken, um den Verhandlungen den Weg zu ebnen. Die Konferenzteilnehmer verurteilen alle Versuche, Gewalt oder Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen anzuwenden. An alle Parlamentarier und Vertreter der örtlichen Machtorgane erging der Aufruf, aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des Weltparlaments der Völker für den Frieden teilzunehmen, das im September d. J. nach Sofia einberufen wird.

Die Parlamentarierkonferenz gestaltete sich zu einem wichtigen Ereignis im Kampf gegen das Wettrüsten, für eine Zukunft ohne Kriegsjangst.

J. KUSNEZOW

INTERKOSMOSFLUG ERFOLGREICH ABGESCHLOSSEN

Der internationale Raumflug, an dem sowjetische Kosmonauten und als Vertreter des brüderlichen Ungarn der Forschungskosmonaut Bertalan Farkas teilnahmen, zeigt ein weiteres Mal die immer intensivere Zusammenarbeit der sozialistischen Länder im Rahmen des Interkosmosprogramms.

Dieses Programm, das schon über 13 Jahre besteht, wird von 10 sozialistischen Staaten erfolgreich verwirklicht: UdSSR, Bulgarien, CSSR, DDR, Kuba, Mongolei, Polen, Rumänien, Ungarn und Vietnam. 20 Satelliten der Interkosmos-Serie, 8 geophysikalische Raketen und viele meteorologische Raketen wurden gestartet, komplexe Experimente unter Einsatz von Bodenobservatorien durchgeführt.

Jedes Teilnehmerland des Interkosmos-Programms, darunter Ungarn, hat einen bedeutenden Beitrag zu den gemeinsamen Arbeiten geleistet. In Ungarn entwickelte Geräte und Anlagen wurden in 8 Satelliten der Interkosmos-Serie und in 4 geophysikalischen Raketen angebracht.

Die immer größeren Dimensionen der gemeinsamen Vorhaben und die immer komplizierteren Experimente, die den Einsatz vielfältiger Raketen- und Raumtechnik verlangen, haben gesetzmäßig dazu geführt, daß Bürger sozialistischer Länder an Forschungsarbeiten in sowjetischen Raumschiffen und Orbitalstationen teilnahmen.

Die Station Salut 6 war das erste Orbitallabor in der Geschichte der Raumfahrt, in dem 1978 Forschungskosmonauten der CSSR, der VR Polen und der DDR tätig waren.

Die hervorragende Arbeit der dritten Stammbesatzung — Wladimir Ljachow und Waleri Rjumin — und der vierten Stammbesatzung — Leonid Popow und Waleri Rjumin — in Salut 6 ermöglichte es, die Starts internationaler Teams zuversichtlich fortzusetzen. Sieben Tage arbeiteten Leonid Popow und Waleri Rjumin, Waleri Kubassow und Bertalan Farkas gemeinsam im wissenschaftlichen Orbitalkomplex Salut 6—Sojus 35—Sojus 36.

Nachdem Sojus 36 an Salut 6—Sojus 35 angekoppelt hatte und beide Kosmonauten in die Salut-Station umgestiegen waren, nahmen Farkas und die sowjetischen Kosmonauten ein von Wis-

senschaftlern der UdSSR und der Ungarischen Volksrepublik gemeinsam erarbeitetes Forschungsprogramm in Angriff.

Das internationale Team hatte ein angespanntes, vielseitiges Programm zu erfüllen. Es umfaßte die wichtigsten Richtungen der Raumforschung: das Studium der oberen Schichten der Erdatmosphäre, Meteorologie, Physik, medizinisch-biologische Fragen, die Untersuchung der Naturressourcen der Erde und des Weltmeeres, Beobachtungen der Umwelt, technische und technologische Experimente. Bei der Aufstellung des Programms wurden die Möglichkeiten und die Spezifik der wissenschaftlichen Interessen Ungarns berücksichtigt.

Programmgemäß nahmen die Kosmonauten visuelle Beobachtungen vor, fotografierten Erdoberfläche und Weltmeer, Staub- und Schmutzschichten in der Atmosphäre sowie meteorologische Erscheinungen. Von besonderer großer Bedeutung für das Studium der Naturressourcen der Erde im Interesse vieler Wirtschaftszweige und der Entwicklung wirksamer Methoden für eine Kontrolle der Umweltverschmutzung sind die Experimente „Biosphäre M“ und „MKF 6M“.

Mit Material von diesen Experimenten werden ungarische und sowjetische Fachleute weiter die Möglichkeiten für die Auswertung kosmischer Informationen in der Kartographie und der Melioration, bei geologischen Arbeiten, in der Land- und Forstwirtschaft, bei der Planung von Maßnahmen zur Nutzung der Naturressourcen untersuchen. Insbesondere soll die Möglichkeit geprüft werden, kosmische Informationen zu nutzen, um Meliorationssysteme an der Theiß zu projektieren und die Einwirkung des Menschen auf die Dynamik ökologischer Prozesse im Raum des Balatonsees zu studieren.

Das internationale Team führte medizinisch-biologische Experimente aus, die nicht nur für kosmische, sondern auch für irdische Verhältnisse relevant sind.

Sehr wichtig ist es, nicht nur den Gesundheitszustand der Besatzungsmit-

glieder zu kennen, sondern auch deren Arbeitsfähigkeit prognostizieren zu können. Hierfür haben ungarische Spezialisten ein Gerät namens Balaton entwickelt.

Von großem Interesse für die Ärzte werden auch die Ergebnisse des medizinisch-biologischen Interferon-Experiments sein. Das Interferon bildet sich bekanntlich bei einer Virusinfektion im menschlichen Organismus. Interferon verhindert, daß der Virus sich vermehrt und stärkt die Widerstandsfähigkeit des Organismus. Dieses Experiment soll zeigen, wie sich die Flugbedingungen auf die Produktion dieses Eiweißkörpers im menschlichen Organismus sowie auf das für medizinische Zwecke hergestellte Interferonpräparat auswirken.

Ferner wurden bei einem Experiment Veränderungen im Stoffwechsel der Kosmonauten untersucht. Ein anderes Experiment sieht eine weitere Verbesserung der Geräte zur dosimetrischen Kontrolle kosmischer Strahlen vor, die für die Besatzung gefährlich werden können.

Die Experimente „Opros“ („Umfra-



Die internationale Besatzung — Waleri Kubassow, Waleri Rjumin, Leonid Popow und Bertalan Farkas — im wissenschaftlichen Orbitalkomplex Salut 6—Sojus 35—Sojus 36

Telefoto: T.A.

ge“), „Audio“ und „Dossug“ („Freizeit“), die die Kosmonauten der CSSR, der VR Polen und der DDR durchführten, wurden fortgesetzt.

Die internationale Besatzung hat einige technologische Experimente mit den kosmischen Anlagen „Splaw“ („Legung“) und „Kristal“ ausgeführt.

Das Experiment „Otvös“ sah die Möglichkeit vor, aus Schmelze und Lösungen Halbleitermaterialien mit besseren elektro-physikalischen und strukturellen Parametern unter den Bedingungen der Mikrogravitation zu erhalten. Bei einem Experiment wurden M-

POSITIVE BILANZ

okristalle des Arsenids Gallium, von legiertem Chrom, von den Antimoniden Indium und Gallium gezüchtet.

Bei einem anderen Experiment mit der Bezeichnung „Bealutsa“ wurden die Diffusion, das Schmelzen und die Kristallbildung in der Schwerelosigkeit am Beispiel eines Aluminium-Kupfer-Systems untersucht. Die so gewonnenen Ergebnisse sollen helfen, die Technologie der Serienproduktion zu verbessern.

Die technologischen Experimente im Orbit können es bereits in naher Zukunft ermöglichen, die Produktion neuer Stoffe mit besseren Eigenschaften als auf der Erde aufzunehmen.

Einige Worte zum technischen Experiment „Deformazija“. Der Orbitalkomplex wird während des Fluges ungleichmäßig von der Sonne erwärmt und infolgedessen deformiert. Diese Deformationen sind sehr unbedeutend und sind keine Gefahr für die Station selbst. Doch hierbei können sich die Achsen verschiedener optischer Geräte verschieben und so zu Fehlern in den Navigationsmessungen führen. Das Experiment „Deformazija“ soll nun diese Verschiebungen untersuchen.

Wichtige Aufschlüsse kann das Sonnenlicht geben, das von der Erdatmosphäre beim Sonnenaufgang oder Untergang diffundiert wird. Derartige Beobachtungen erfolgten bereits von kosmischen Sonden aus. Das wird neue Erkenntnisse für die Atmosphärenoptik und die Entfernungssondierung, das Studium der Erde und der Erdatmosphäre aus dem Weltraum bringen. Beobachtungen des Auf- und Untergangs der Sonne von Salut 6 aus wurden auch von dem sowjetisch-ungarischen Team mit Hilfe des in Bulgarien projektierten und hergestellten Spektrometers „Spektrometr 15“ ausgeführt. Dieses Gerät wurde von der internationalen Besatzung bei den Experimenten „Horizont“, „Kontrast“, „Illuminator“ und „Atmosfera“ eingesetzt.

Der Interkosmosflug wurde erfolgreich abgeschlossen. Wertvolles Material mit Ergebnissen der Forschungen und Experimente gelangte zur Erde.

G. RJABOW

Am 2. Juni jährt sich die Herstellung sowjetisch-türkischer diplomatischer Beziehungen zum 60. Male. Die Freundschaft und gute Nachbarschaft zwischen der UdSSR und der Türkei wurde vom Begründer des ersten sozialistischen Staates Lenin und vom Begründer der Republik Türkei Atatürk initiiert.

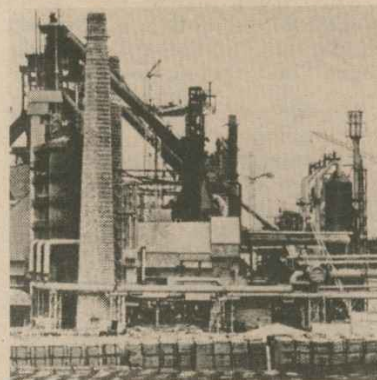
Im März 1921 schlossen Sowjetrußland und die Türkei einen Vertrag über Freundschaft und Brüderlichkeit. Diese erste gleichberechtigte außenpolitische Akte der Republik Türkei konstatierte „die zwischen ihnen bestehende Solidarität im Kampf gegen den Imperialismus sowie die Tatsache, daß jede Schwierigkeit für eines beider Völker auch die Lage des anderen verschlechtert“. In einem Vertrag fixiert, war diese Feststellung von größter Bedeutung für den Kampf der Türken um ihr souveränes, unabhängiges Bestehen.

In der Geschichte der sowjetisch-türkischen Beziehungen gab es wiederholt ein Hoch und ein Tief, aber getreu den Leninschen Prinzipien der friedlichen Außenpolitik, unterstützt die UdSSR seit jeher das Streben der Türkei nach Selbständigkeit und nach Festigung ihrer nationalen Souveränität. Man braucht nur zu sagen, daß die UdSSR in den 20er und 30er Jahren trotz der eigenen Schwierigkeiten dem türkischen Volk eine nichtrückzahlbare finanzielle Hilfe erwies und einen langfristigen zinsfreien Kredit gewährte. Dieser machte ein Drittel aller in den nachfolgenden fünf Jahren in der türkischen Industrie vorgenommenen Investitionen aus.

Gegenwärtig ist die sowjetisch-türkische Zusammenarbeit umfangreich. Gemäß dem Wirtschaftsabkommen vom 25. März 1967 wurden in der Türkei mit sowjetischem Beistand große Industrieobjekte gebaut: das erste Hüttenkombinat des Landes in Iskanderun, die Erdölraffinerie in Aliaga, die Aluminiumfabrik in Seydişehir u. a.

Man stellt in der UdSSR mit Genugtuung fest, daß sich die Türkei in diesen 60 Jahren aus einem zurückgebliebenen, von den Sultans und ausländischen Kolonialherren unterdrückten Land zu einem Agrar- und Industriestadt entwickelt hat.

Die imperialistischen Staaten, vor allem die USA, versuchen, die heuti-



In den letzten Jahren hat sich die sowjetisch-türkische Zusammenarbeit merklich erweitert. Das größte Objekt, das mit technischem Beistand der UdSSR errichtet wurde, ist das Hüttenkombinat Iskanderun. TASS-Photo: Blick auf das Hüttenkombinat.

gen Wirtschaftsschwierigkeiten der Türkei auszunutzen, um ihr bei Gewährung der Wirtschaftshilfe politische Bedingungen zu diktieren. Viel Schaden bringen dem türkischen Volk die Mitgliedschaft in der NATO und die Bekenntnis zur „atlantischen Solidarität“. Doch sollte nicht übersehen werden, daß sich Ankara kategorisch weigerte, den groben USA-Druck auf das Nachbarland Iran mitzumachen. In Brüssel sagte der türkische Außenminister Erkmen vor kurzem, daß die Türkei gegen Wirtschaftssanktionen sei. Differenzen bestehen zwischen der Türkei und ihren NATO-Bündnispartnern im Hinblick auf die 3%ige Erhöhung der „Verteidigungsausgaben“ im Rahmen dieses aggressiven Blocks.

Die sowjetisch-türkische Zusammenarbeit hat sich in der Zeit bewährt, sie bringt beiden Völkern Nutzen und entspricht ihren Interessen.

In einem Telegramm an den amtierenden Präsidenten der Republik Türkei, Çaglayangil, brachte Leonid Bresnnew die Überzeugung zum Ausdruck, daß „sich die Beziehungen von Freundschaft und guter Nachbarschaft zwischen der UdSSR und der Türkei auch weiterhin zum Wohle des sowjetischen und des türkischen Volkes festigen werden“.

P. MESENZEW

VOR DEM TREFFEN IN GENF

Sergej TAROW

Am 12. Juni nimmt der Abrüstungsausschuß in Genf seine Arbeit wieder auf. Welche Fragen stehen diesmal auf der Tagesordnung?

Die wichtigste ist die nukleare Abrüstung. Mit jedem Jahr nehmen die Menge, Vernichtungskraft und die Transportmethoden von Kernladungen ans Ziel zu. Infolgedessen wird die Aufgabe der nuklearen Abrüstung immer schwieriger. Aber nach tiefer Überzeugung der sozialistischen Länder ist sie lösbar. Die Warschauer Vertragsstaaten setzen sich im Ausschuß das Ziel, zu erreichen, daß alle Staaten die Produktion der Kernwaffen einstellen und deren Vorräte allmählich reduzieren, bis sie völlig liquidiert sind. Dies ist zu erreichen, wenn alle fünf Kernmächte das Prinzip befolgen, das Kräftegleichgewicht bei ständiger Senkung des nuklearen Rüstungsniveaus zu erhalten und dabei die Sicherheit keines einzigen Staates zu beeinträchtigen.

Die USA, einige Westmächte sowie China verhehlen nicht, daß ihnen diese Prinzipien nicht passen. Einige NATO-Länder zögern eindeutig die Lösung des Abrüstungsproblems hinaus und sind auf einseitige Vorteile bedacht. Andere steuern einen unrealistischen Kurs darauf, quantitativ und qualitativ die eigene Kernmacht auf den Stand jener der Großmächte zu bringen.

In den Abrüstungsfragen zeigen die USA, wie sehr sie die internationalen Verpflichtungen und Vereinbarungen, darunter solche, die sie beim Gipfel in Wien im Juni v. J. übernahmen, mißachten. Zu gleicher Zeit lasten sie die Zuspitzung der Weltlage der UdSSR an. Dabei lautet die Direktive Nr. 50 des USA-Präsidenten vom vorigen Jahr: Kein einziger Vorschlag zur Rüstungskontrolle dürfe den militärischen Plänen und außenpolitischen Interessen des Westens widersprechen. Die Pläne und Interessen sind bekannt: das Wettrüsten zu beschleunigen, die strategische Kräftebalance zu stören und der NATO eine militärische Überlegenheit über die Länder des Warschauer Vertrags zu sichern. Selbst viele westliche Delegationen sind über die Auswirkung eines solchen Kurses auf die Weltlage beunruhigt. Ihre Besorgnis darüber äußern auch viele Entwicklungsländer.

Die konkreten Vorschläge der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten über Verhandlungen zu Fragen der Kernabrüstung, die dem Ausschuß im Februar 1979 vorgelegt wurden, sind eine gute Grundlage dafür, demnächst mit solchen Verhandlungen zu beginnen.

Der Vertrag über das Verbot der Kernteste in drei Medien war von großer politischer Bedeutung und ergab einen merklichen ökologischen Effekt, hat aber leider die Perfektionierung der Kernwaffen nicht verhindern können. Nur das vollständige Verbot ihrer Versuche wird die Entwicklung immer neuer Kernwaffen, die Ausdehnung der nuklearen Gefahr unterbinden, was besonders wichtig ist, da die Zahl der subnuklearen Staaten mit jedem Jahr zunimmt.

In den Verhandlungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien über dieses Problem wurden

bestimmte Resultate erzielt, u. a. über den Charakter des Vertrages und eines Ad-hoc-Protokolls über Explosionen zu friedlichen Zwecken. Es besteht ferner eine Übereinkunft darüber, wie das Abkommen mit Hilfe nationaler technischer Mittel zu überprüfen ist, wie Inspektionen an Ort und Stelle durchzuführen und seismische Angaben auszutauschen sind.

Und doch äußern die kleinen und die nichtpaktgebundenen Länder durchaus begründet ihre Unzufriedenheit damit, daß die Verhandlungen der UdSSR, der USA und Großbritanniens gegenwärtig aus Verschulden der westlichen Staaten faktisch eingefroren sind. Deshalb wird vorgeschlagen, die Verhandlungen dem Ausschuß zu übertragen. Das würde den Teilnehmerkreis erweitern und den Staaten, die keine Kernwaffen besitzen, einen günstigen Einfluß auf die Ausarbeitung des Vertrages ermöglichen. Hoffnungen auf einen Fortschritt in dieser Angelegenheit werden auch an die im August zusammentretende Konferenz zur Erörterung der Wirksamkeit des Atomsperrvertrages geknüpft.

BIOGRAPHISCHES



MINISTERPRÄSIDENT VON TUNESIEN
MOHAMED MZALI

Mohamed Mzali (geb. am 25. Dezember 1925 in Monastir, Tunesien) absolvierte 1950 die philologisch-philosophische Fakultät der Sorbonne und war nach seiner Heimkehr als Lehrer tätig.

1956 wurde er zum Kanzleichef des Ministers für Volksbildung, 1959 zum Direktor der Verwaltung für Angelegenheiten der Jugend und des Sports, 1964 zum Ge-

neraldirektor von Funk und Fernsehen ernannt.

Ab 1968 bekleidet er Ministerposten (für nationale Verteidigung, für Angelegenheiten der Jugend und des Sports, für Gesundheitswesen und dreimal für Volksbildung).

Am 1. März 1980 wurde M. Mzali im Zusammenhang mit der Erkrankung Ministerpräsident Nouris „Koordinator der Regierungstätigkeit beim Präsidenten der Republik“, am 23. April, nach Nouris Rücktritt, Ministerpräsident und laut Verfassung offizieller Nachfolger Bourguibas als Staatsoberhaupt.

1964 wurde Mzali ins ZK der die Regierung bil-

denden Sozialistischen Destour-Partei (PSD) gewählt, ab 1974 gehört er zum Politbüro der PSD. Am 23. April wurde er gleichzeitig mit seiner Nominierung zum Ministerpräsidenten auch PSD Generalsekretär. Seit 195 wird er in die Nationalversammlung gewählt.

M. Mzali ist Vorsitzender des Schriftstellerverbandes und Verfasser von Studien über arabische Literatur. Mehrmals wurde er zum Präsidenten des tunesischen NOK gewählt; ab 1958 vertritt er Tunesien im IOC; ab 1974 gehört er zum Exekutivkomitee des IOC, seit Juli 1976 ist er IOC-Vizepräsident.

Die Öffentlichkeit beachtet stark die sowjetische Initiative, eine internationale Konvention, die die Sicherheitsgarantien für die nicht-nuklearen Staaten festigen muß. Viele Ausschußmitglieder sind der Meinung, daß die Annahme dieses Vorschlags den kernwaffenfreien Status solcher Länder festigen, den Ausdehnungsbereich der Massenvernichtungswaffen einengen und folglich die Kernkriegsgefahr mindern würde. Jetzt gilt es, diese Arbeit zu beschleunigen und keine Verschleppungen zuzulassen, zu denen die westlichen Vertreter so gern greifen.

Einen wichtigen Platz nimmt auf der Tagesordnung des Abrüstungsausschusses die Frage über das Verbot der Entwicklung, Produktion, Hortung und Anwendung neuer todbringender Massenvernichtungswaffen und -systeme ein. Dieses Problem wird mit jedem Jahr akuter, u. a. deshalb, weil immer mehr Länder nukleare Energetik und Technologie anwenden. Die Möglichkeiten mehren sich, radioaktive Stoffe zur Produktion radiologischer Waffen zu nutzen.

Die biegsame und konstruktive Politik der UdSSR bei den Verhandlungen mit den USA erlaubte es, die Grundthesen eines Vertrages über das Verbot der Entwicklung, Produktion, Hortung und Anwendung der radiologischen Waffen auszuarbeiten. Dieses Dokument wurde dem Ausschuß im Juli v. J. vorgelegt. Noch auf der Frühjahrstagung des Ausschusses hätte der Vertrag vorbereitet werden können, doch die westlichen Vertreter bremsen seine Erörterung. Gegenwärtig befaßt sich eine Arbeitsgruppe mit seiner Ausarbeitung; sie besteht allerdings erst kurzem und hat die Arbeit eben erst begonnen.

Seit mehr als acht Jahren untersucht der Abrüstungsausschuß das Problem einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Hortung aller Art der chemischen Waffen und über deren Vernichtung. Parallel dazu wird diese Frage bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen erörtert, die seit 1976 im Gange sind. Mit welchen Ergebnissen?

1972 wurde die Konvention über das Verbot der bakteriologischen (biologischen) und toxischen Waffen — das erste Abkommen über praktische Abrüstungsmaßnahmen — geschlossen. Diese Erfahrung sollte der Menschheit helfen, sich auch von den chemischen Waffen zu befreien. Zuerst kamen die sowjetisch-amerikanischen Gespräche langsam, aber gut auf dem Wege zu einem Vertrag voran. Im Januar 1978 vereinbarten die Verhandlungspartner den Umfang des Verbotes und einigten

sich darüber, daß Chemiestoffe, die sich für zivile Zwecke nicht eignen, verboten werden sollen. Ferner vereinbarten sie das Verfahren zum Deklarieren der C-Waffen-Vorräte und kamen überein, daß die Kontrolle auf der Verbindung nationaler und internationaler Maßnahmen, einschließlich der Schaffung eines beratenden Organs, beruhen soll. Im vorigen August verpflichteten sich beide Delegationen in einer gemeinsamen Erklärung an den Ausschuß, sich um baldigsten Abschluß der Verhandlungen und die Erarbeitung einer gemeinsamen Initiative zu diesem wichtigen und komplizierten Problem zu bemühen.

Sehr intensiv wurde das Problem des C-Waffen-Verbots auch im Abrüstungsausschuß selbst untersucht. Von UNO-Beschlüssen ausgehend, schlugen die Delegationen nichtpaktgebundener Länder 1979 vor, gleichzeitig den Wortlaut der Konvention auch im Ausschuß auszuarbeiten.

Die sozialistischen Länder bestehen darauf, daß die wichtigsten Momente der künftigen Konvention unverzüglich erörtert und möglichst bald abgefaßt werden. Die USA und einige westliche Länder weichen neuerdings einer sachlichen Erörterung aus. Ihre Vertreter im Ausschuß machten gemeinsam mit den chinesischen Delegierten verleumderische Erklärungen des Sinnes, in Afghanistan und Kampuchea seien sowjetische C-Waffen zum Einsatz gekommen. Die Wirklichkeit lehrt jedoch etwas anderes. Auf einer Sitzung mußte der USA-Vertreter, von unwiderlegbaren Tatsachen überführt, eingestehen: Die von den USA gestützten afghanischen Konterrevolutionäre könnten über chemische Waffen amerikanischer Produktion verfügen. Wie bereits erwähnt, ließen die sowjetisch-amerikanischen Gespräche noch vor kurzem auf einen Erfolg hoffen. Ob zu Recht? Das fragt man sich angesichts des jetzigen Herangehens der USA.

Der Abrüstungsausschuß wird in einer komplizierten Situation arbeiten. Die Manöver des Westens hemmen natürlich seine Arbeit. Doch brechen sich auch die Stimmungen zugunsten der Entspannung und Abrüstung Bahn. Die Position der sozialistischen Länder ist nicht konjunkturbedingt, sie ergibt sich aus ihrem tiefen und unwandelbaren Streben nach dauerhaftem Frieden und garantierter Sicherheit aller Völker. In einem Schreiben des sowjetischen Außenministers Gromyko an UNO-Generalsekretär Waldheim heißt es absolut klar, daß die UdSSR zusammen mit allen anderen friedliebenden Staaten entschieden dafür eintreten wird, die 80er Jahre zur zweiten Dekade einer wahren Abrüstung zu gestalten. ■

EUROPA: DIALOG GEHT WEITER

„Die militärische Macht liegt in den USA, die Staatsmänner sitzen in Europa“, äußerte jüngst der ehemalige französische Minister Michel Poniatowski. Vielleicht trifft das nicht ganz zu, aber Scharfsinn und Beobachtungsgabe sprechen jedenfalls daraus. Noch scheint Washington Europa einzig durch den Pentagon-Feldstecher betrachten zu wollen. Für manche hochgestellten Amerikaner ist es der Kriegsschauplatz, auf dem sie einen „begrenzten“, nicht auf die USA übergreifenden nuklearen „Einakter“ spielen wollen, ein Umschlagplatz für Operationen im Nahen und Mittleren Osten. Für die Europäer aber ist Europa Wiege und Garant der Entspannung. Der Alten Welt ist alles gegeben, um die Entspannung vor Anschlägen zu schützen. Manche Staatsmänner sind fest entschlossen, den Kontinent nicht zum Kriegsschauplatz des Pentagon werden zu lassen.

Über das sowjetisch-französische Gipfeltreffen besteht in Europa eine hohe Meinung. Als positiv und nützlich beurteilte es u. a. Finnlands Präsident Urho Kekkonen, der soeben in Helsinki eine Zusammenkunft mit dem französischen Präsidenten hatte. Die europäischen Kontakte gehen weiter. Ein Gipfelgespräch UdSSR—BRD steht bevor. In diese Reihe gehören auch die Ergebnisse des offiziellen UdSSR-Besuchs des schwedischen Außenministers Ola Ullsten am 29.—30. Mai. Er wurde von Kossygin empfangen und verhandelte mit Andrej Gromyko.

In der Aussprache über internationale Probleme hat sich gezeigt, daß sich die große und die kleine Macht darin einig sind: Gesundung der Weltlage, Festigung der Entspannung in Europa und reale Abrüstungsmaßnahmen sind vordringlich. „Verschärfte Spannungen würden allen nur schaden“, erklärte Ullsten in Moskau. Diese Ansicht vertritt auch die UdSSR.

Als Wichtigstes in den sowjetisch-schwedischen Beziehungen hoben beide Seiten die Stabilität hervor. Sie ermöglicht es, die Beziehungen auf stabiler Grundlage, selbst beim Auf und Ab in der Weltpolitik, im Geiste gegenseitigen Vertrauens zu pflegen.

W. KUSNEZOW

KABULS INITIATIVE UND IHRE GEGNER

Dmitri WOLSKI

Wirklich konstruktive und aktuelle Initiativen sind immer lebensfähig, sie lassen sich weder torpedieren noch vereiteln. Das Leben selbst trägt sie an die politische Oberfläche. Zu solchen Initiativen gehört zweifellos das Programm für die politische Regelung der Lage um Afghanistan, das die Regierung Babrak Karmals Mitte Mai unterbreitet hat.

Das USA-Staatsdepartement hat es gleich abgelehnt, ohne richtig Einblick darin genommen zu haben. In Peking fand es eine geharnischte Aufnahme, und gewisse mittelöstliche Hauptstädte haben es „übersehen“. Trotzdem gelingt es nicht, die afghanischen Vorschläge totzuschweigen oder mit einer Handbewegung abzutun. Sie stehen jetzt international im Gespräch, und das ist verständlich.

Die Welt ist der Spannungen müde und sucht nach einem Ausweg aus der gefährlichen Sackgasse in den internationalen Beziehungen, besonders im Mittleren Osten. In dieser Region gibt es alles, was die Gefahr steigert: verbissenen Widerstand gegen die unausbleiblichen sozialen Wandlungen; die strategischen Pläne des Pentagon; die Leidenschaften und Ängste um das Erdöl, die sehr alten, aber wieder entfachten örtlichen Konflikte usw. Das eine jagt das andere, und es scheint, sich demnächst jeder Kontrolle zu entziehen. Im Westen vergleicht man schon den Mittleren Osten mit dem Balkan vom Anfang unseres Jahrhunderts.

Historische Parallelen sind gewiß bedingt, aber auch lehrreich. Je schneller die Spannungen zunehmen, um so notwendiger sind Initiativen, die zunächst einmal diesen Prozeß unterbrechen und dann die ganze Entwicklung im Mittleren Osten beeinflussen und in normale, friedliche Bahnen lenken könnten. Wer daran wirklich interessiert ist, hat das afghanische Programm begrüßt.

Die „NZ“ 21/80 hat das Programm schon dargelegt. Wir wollen hier nur auf Punkte eingehen, die besonders großes Interesse hervorrufen. Afghanistan schlägt Pakistan und Iran zweiseitige Verhandlungen vor, um Abkommen über die Normalisierung der Beziehungen auszuarbeiten. Die Unterzeichnerstaaten würden sich u. a. verpflichten, gegeneinander keine Feindseligkeiten, vor allem keine militärischen Invasionen, von ihrem Territorium aus zuzulassen. Diese Abkommen würden von der

UdSSR und den USA garantiert werden. Nachdem die Einfälle in Afghanistan von außen aufgehört haben werden und das Land eine zuverlässige Garantie hat, daß sie sich nicht erneuern, könnte auch über den Abzug der sowjetischen Truppen entschieden werden.

Die UdSSR verpflichtete dem Programm Kabuls bei. Am 27. Mai nannte Leonid Breschnew es im Kreml solide Vorschläge, die ernst genommen werden und zu sachlichen Verhandlungen führen sollten.

Wenn solche Verhandlungen auf offizieller Ebene auch noch nicht begonnen haben, so prüfen Öffentlichkeit und Presse sowohl in den benachbarten als auch von Afghanistan weit entfernten Ländern die afghanischen Vorschläge sehr aufmerksam. Selbst Widersacher des revolutionären Afghanistan geben (wie die „Frankfurter Rundschau“, BRD) zu, daß sie ernst geprüft werden müssen. Kabuls Initiative hat auch schon eine praktische Folge gehabt, nämlich gewissermaßen viele Teilnehmer der Mai-Tagung der „Islamischen Konferenz“ beschwichtigt. Die Presse hob hervor, daß sie mehr „Elastizität“ und „Zurückhaltung“ an den Tag legten als auf der vorigen Tagung im Januar.

Viele Hoffnungen setzt Indien auf die afghanischen Vorschläge, ist es doch daran interessiert, daß in der so nahen Region dauerhafter Frieden einzieht. R. Sathe, Auslandssekretär im indischen Außenministerium, der im Mai in Kabul war, sagte: „Die Regelung hat begonnen und nähert sich ihrem Abschluß.“ Das ist wohl eher Wunsch als sachliche Feststellung, denn das Wort haben jetzt die Nachbarn Afghanistans, vor allem Pakistan, welches die internationale Reaktion als Aufmarschgebiet zum Einschleusen konterrevolutionärer Banden nach Afghanistan benutzt. Wird Islamabad

all das auch weiter hinnehmen? Oder wird es die Initiative des Nachbarlandes benutzen, um friedliche Beziehungen zu ihm herzustellen und so zur generellen Beruhigung im Mittleren Osten beizutragen? Von der Antwort auf diese Frage hängt vieles ab.

Die pakistanische Öffentlichkeit hat schon eine eindeutige Antwort gegeben. So schrieb die Zeitung „Muslim“ am 18. Mai: „Zwischen Afghanistan und Pakistan bestanden immer freundschaftliche Beziehungen. Auch gegenwärtig gibt es keine Widersprüche zwischen ihnen, die nicht friedlich behoben werden könnten.“ Für eine Regelung setzen sich auch andere Presseorgane und namhafte Politiker ein. So sagte der Fliegermarschall a. D. Asghar Khan, der Vorsitzende der Tehrik-Istiqal, einer der führenden Oppositionsparteien, noch vor der Unterbreitung von Kabuls Vorschlägen: „Es war dumm, Pakistan zur Basis für antiafghanische Operationen zu machen.“ Für Verhandlungen mit der Regierung Karmal tritt seit langem die Pakistanische Volkspartei, die einflußreichste im Lande, ein. Menschen verschiedener Ansichten, Vertreter verschiedener sozialer Schichten sehen jetzt, daß sich ihrem Land in der Tat eine friedliche Perspektive bieten könnte. Dazu muß allerdings ihre Regierung den Vorschlägen des Nachbarlandes entgegenkommen.

Vorläufig hat sie keinen einzigen Schritt in dieser Richtung getan. Man kann doch nicht die Position als konstruktiv bezeichnen, die Präsident Zia-ul-Haq in einem Gespräch mit dem USA-Fernsehjournalisten Cronkite darlegte. Sie läuft praktisch auf eine „Vorbedingung“ hinaus: Die pakistanische Regierung verhandele nicht mit Afghanistan, solange sowjetische Truppen dort stünden.

Dieser Standpunkt ist unrealistisch, mehr noch, unlogisch, denn man kann nicht die Folgen beseitigen, solange die Ursachen nicht beseitigt sind. Man darf Afghanistan nicht den rechtmäßigen Schutz vor Einfällen nehmen, ohne zuverlässig garantiert zu haben, daß sie eingestellt und niemals wieder unternommen werden. Das ist das Kern-

Babrack Karmal (links) mit dem indischen Diplomaten R. D. Sathe.

Aus: „Kabul New Times“



stück der Regelung, und wer diese Verpflichtung nicht übernehmen will, verrät dadurch seine eigenen aggressiven Bestrebungen.

Ein solcher Standpunkt hat mit den nationalen Interessen der an Afghanistan grenzenden Länder nichts zu tun, wurde Zia-ul-Haq vielmehr von seinen Auslandspartnern vorgesagt. Im Mai war er in Peking und in derselben Zeit sprach Deng Xiaoping in einem Interview für das Fernsehen Luxemburg von jener „Vorbedingung“, die sein Gast im Interview für das USA-Fernsehen fast wortwörtlich wiederholte.

Was Washington betrifft, so haben die „USA-Diplomaten in Islamabad und anderen islamischen Hauptstädten“, wie u. a. indische Zeitungen schrieben, eine große Aktivität entwickelt, um die „diplomatische Offensive“ Kabuls zu durchkreuzen. Die „Indian Express“ hebt hervor: „Die USA weisen jeden Gedanken an Verhandlungen mit der Regierung Karmal zurück.“

Es dürfte somit klar sein, wer die politische Regelung der Lage um Afghanistan hintertreiben will. Viele verstehen auch, wozu. Die pakistanische „Taamir“: „Ein Land, das viele Tausende Meilen von Afghanistan entfernt liegt und das mit seiner Feindseligkeit gegenüber der UdSSR die eigene Politik überspielen und die islamischen Staaten beschwichtigen will; ein Land, das die Militärmacht in der Region aufstockt und dazu rüstet, dort wichtige strategische Positionen zu erobern — einem solchen Land liegt es an einer Afghanistan-Regelung nicht.“

Wir wollen hinzufügen, daß Washington die antiafghanische Hysterie benutzt, um die „islamische Revolution“ in Iran zu beeinflussen. In Pakistan wird indessen das Militärregime immer härter. Auch das ist ein indirektes Resultat der aggressiven Politik der USA und Chinas: Beide brauchen an der afghanischen Grenze nicht einen demokratischen Staat, dessen Volk schon jetzt immer aktiver gegen eine solche Politik auftritt, sondern einen ohne weiteres kontrollierbaren strategischen Stützpunkt.

Doch in einem Punkt müssen wir der pakistanischen Zeitung widersprechen: Die „Feindseligkeit gegenüber der UdSSR“ dient den USA nicht nur dazu, ihre militärischen Vorbereitungen im Mittleren Osten zu „überspielen“, sie ist etwas weit

Gefährlicheres. Eher werden die Ereignisse im Mittleren Osten als Vorwand benutzt, um diese Feindseligkeit und die Spannungen global anzuheizen.

Nicht von ungefähr wurde Afghanistan, wie die westliche Presse bezeugt, auf der NATO-Ratstagung im Mai so viel Beachtung gewidmet, daß „im Vergleich mit diesem Thema alle anderen Fragen zweit-rangig erschienen“. Washington bauscht die afghanischen Ereignisse auf, um zwei Ziele auf einmal zu erreichen: einmal die westeuropäischen Länder in seine abenteuerliche Mittelostpolitik einzubeziehen und zum anderen ihnen einen größeren „Beitrag“ zu den NATO-Plänen in Europa abzuverlangen. Da ist die „sowjetische Bedrohung“ natürlich unbezahlbar, auch für die Peking-Politiker. Erst Ende Mai redete Hua Guofeng dem Ex-Premier Großbritanniens Callaghan, der Peking besuchte, ein, die Entwicklung in Afghanistan zeuge von dem Wunsch Moskaus, „das letzte Ziel — Westeuropa — von den Flanken her einzuschließen“, und warnte vor Verhandlungen über eine Normalisierung der Lage: Das sei ein „nutzloses Unterfangen“.

Schließlich folgendes. Die Peking- und Washingtoner Militaristen testen bei ihrem parallelen Vorgehen gegen die afghanische Revolution die entstehende amerikanisch-chinesische Allianz. Auch dieser Grund läßt sie nicht zuletzt eine politische Regelung im voraus aufgeben und eine „Entscheidung auf dem Schlachtfeld“ anstreben, wie es die „Washington Post“ vor kurzem unvorsichtig ausdrückte.

Kurz, gerade die Kräfte, die gegen die Entspannung sind, treten auch gegen die afghanische Friedensinitiative auf. Sie tun das, weil sie dort einen Herd haben wollen, um die Spannungen möglichst weit auszu-dehnen. Dabei wollen die friedliebenden Menschen alle Konfliktherde, darunter in der explosiven Mittelostregion, austreten.

Für die Länder des Mittleren Ostens ist es lebenswichtig, nicht zuzulassen, daß Imperialismus und internationale Reaktion sie zu einem „Schlachtfeld“ machen. Sie müssen diese Entwicklung durch Verhandlungen durchkreuzen. Eine Möglichkeit dafür bietet die afghanische Friedensinitiative, die die UdSSR unterstützt. Jetzt muß die Möglichkeit Wirklichkeit werden. ■

NZ

KOMMENTAR

GEFESTIGTE EINHEIT

Kuba steht nicht allein. Wiederholt hat die Erinnerung daran zusammen mit den entschiedenen Aktionen der Weltöffentlichkeit zur Verteidigung Kubas den US-Imperialismus gezwungen, wesentliche Abstriche von seinen provokatorischen Plänen vorzunehmen. Das letzte Beispiel dafür ist die Absetzung des Landemanövers beim US-Militärstützpunkt Guantánamo.

Die Insel der Freiheit hat bei der Verteidigung ihrer revolutionären Errungenschaften die Unterstützung der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, aller Fortschrittskräfte. Das zeigt auch der Besuch der Partei- und Regierungsdelegation der DDR unter Leitung Erich Honeckers auf Kuba sowie die Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit Kuba-DDR. Zugleich wurden Abkommen über ein Langzeitprogramm für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen signiert.

Die Völker unserer Länder haben gemeinsame Ziele — den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, sagte Fidel Castro auf einer Kundgebung in Cienfuegos. Er bezeichnete die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern, Parteien und Regierungen Kubas und der DDR als fürwahr brüderlich und aufrichtig. Indem wir die allseitige Zusammenarbeit mit der DDR, mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern entwickeln, betonte Fidel Castro, werden wir immer unabhängiger von westlichen Märkten, von den für sie typischen schweren Flauten und Krisen, die die Wirtschaft der Entwicklungsländer schwer schädigen.

Bei den Gesprächen verurteilten beide Seiten entschieden die imperialistische Politik zur Verschärfung der internationalen Spannung und hoben die große Rolle der Bewegung der Nichtpaktgebundenen im internationalen Leben, im Kampf für Frieden und Abrüstung, für sozialen Fortschritt hervor. Ferner wurde konstatiert, daß die Beschlüsse der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten eine wichtige Initiative zur Festigung des Weltfriedens sind.

Die Festigung der Einheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, ihre friedliebende Außenpolitik geben dem Glauben an einen Erfolg des Kampfes der Völker für Frieden und Entspannung neue Nahrung. Der Besuch der Partei- und Regierungsdelegation der DDR und die in Havanna unterzeichneten Dokumente tragen hierzu bei.

I. CHUSEMI

EIN NEUANFANG

Allmählich wird in der VR Kampuchea die wirtschaftliche Zerrüttung beseitigt und die Volkswirtschaft wiederaufgebaut. Die Menschen fühlen sich sicher.

Doch geblieben sind die schrecklichen Wunden, die das Pol-Pot-Regime dem Land beigebracht hat. Stand ja Kampuchea in den vier Jahren, in denen die von Peking an die Macht gebrachten Marionetten herrschten, am Rande des Abgrunds. Wie das Revolutionäre Volkstribunal (15.—19. August 1979, Phnom Penh), das den Völkermord durch die Clique Pol Pot — Ieng Sary untersuchte, ermittelte, wurden an die 3 Millionen Unschuldige umgebracht, die mehr als 4 Millionen Überlebenden nahmen schweren körperlichen und seelischen Schaden. Die Volkswirtschaft war verheert, die Einrichtungen des Bildungs- und des Gesundheitswesens zerstört und die nationale Kultur vernichtet. Unter dem Mordregime litten alle Bevölkerungsschichten.

Der Wiederaufbau des Landes ist noch nicht vollständig abgeschlossen.

Er vollzieht sich unter schweren Bedingungen, woran vor allem die Weltreaktion schuld ist, die sich massiv in die inneren Angelegenheiten Kampuchreas einmischt.

Die VR Kampuchea braucht heute Hilfe und Unterstützung. Darum ging es auf der internationalen Konferenz zur verstärkten Solidarität mit dem kampucheanischen Volk, die am 20. Mai in Phnom Penh auf Initiative des Weltfriedensrates stattfand. An dem Forum nahmen ca. 50 Delegationen aus vielen Ländern teil.

Die Konferenzteilnehmer haben befriedigt die Erfolge der VR Kampuchea beim Aufbau eines neuen Lebens konstatiert, betonte Romesh Chandra, Präsident des Weltfriedensrates, in seiner Rede. Fortschritte wurden in allen Bereichen — in Wirtschaft, Politik, Kultur und im öffentlichen Leben — erzielt. Kampuchea erlebt einen Neuanfang.

Zuversicht, daß das Volk Kampuchreas mit Unterstützung der Sowjetunion und der anderen Länder der

sozialistischen Gemeinschaft, der gesamten progressiven Menschheit alles Schwere überwinden und eine neue Gesellschaft errichten wird, bekundete Fliegerkosmonaut Georgi Gretschko, der sowjetische Delegationsleiter und stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums des Sowjetischen Friedenskomitees. Die Sowjetunion versteht die Probleme Kampuchreas. Unser Land leistete der VR Kampuchea durch Lieferungen von Konsumgütern, Medikamenten und Transportmitteln uneigennützig Hilfe. Abkommen über wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, über den Handel wurden paraphiert.

Die Forumsteilnehmer nahmen eine Erklärung der Solidarität mit dem Volk Kampuchreas an. Sie verliehen ihrer starken Empörung über die barbarischen Verbrechen der Clique Pol Pot — Ieng Sary Ausdruck. In einem langen und schweren Kampf, heißt es in dem Dokument, hat das Volk Kampuchreas das Recht auf ein menschenwürdiges Leben und auf demokratische Freiheiten, deren wichtigste es ist, Herr im eigenen Land zu sein, wiedererlangt. Die Anschläge des US-Imperialismus, Pekings und anderer reaktio-

USA

DER ANSCHLAG IN FORT WAYNE

Das blutige Drama von Miami fand seine Fortsetzung — diesmal im Norden, in der Kleinstadt Fort Wayne, US-Staat Indiana. Amerika wurde jetzt erneut schwer geschockt. Ein Aufschrei der Empörung ging durchs Land. Man ist fassungslos. Erstmals seit dem Mord an Martin Luther King vor 12 Jahren in Memphis wurde ein Attentat auf einen namhaften Führer der Afroamerikaner verübt. Den Schuß (oder die Schüsse — das FBI und die Polizei sind wie stets erstaunlich schlecht informiert) vor dem Motel Marriott hat Vernon Jordan, Präsident der Nationalen Städteliga, nur wie durch ein Wunder überlebt. Explosivkugeln rissen, wie der Chirurg sagte, „ein faustgroßes Loch“ in Jordans Rücken. Er hätte „keinerlei Überlebenschancen“ gehabt, wenn die Kugel 1 cm näher an die Wirbelsäule geraten wäre.

Die Behörden gestehen ein, was auch ohnehin klar ist: Der Anschlag war von langer Hand vorbereitet und wurde „profimäßig“ ausgeführt, wie sich der Bürgermeister von Fort Wayne ausdrückte. Doch vier Tage nach dem Attentat ist nicht mehr bekannt als am ersten Tag. Geschossen wurde aus einer Entfernung von etwa 40 Metern, von einem Grundstück an der Ausfahrt beim Motelparkplatz. Dort wurde eine Patronenhülse vom Kaliber 30-06 gefunden. An manchen Stellen ist das Gras stark

zerdrückt. Gegenüber arbeitende Telefonistinnen sahen in der Nacht einen Wagen an der Ausfahrt. Und das sind alle Fakten. Die lokale Polizei und zwanzig FBI-Agenten, die mit der Untersuchung beauftragt sind, verfügen nach wie vor nicht über Angaben, die es ermöglichen würden, dem Täter oder der Bande auf die Spur zu kommen.

Statt dessen bemüht man sich offensichtlich, die politische Bedeutung des Anschlags herunterzuspielen. Bereits wenige Stunden später erklärte Justizminister Civiletti auf einer Pressekonferenz, er sähe keinen Zusammenhang zwischen dem Attentat und Jordans Tätigkeit. Ein Sprecher der Stadtverwaltung stimmte sofort zu: „Das war kein rassistisch motivierter Vorfall.“ Derartige Versicherungen sind nicht nur vorschnell angesichts der bescheidenen Angaben, die die Untersuchung bisher erbracht hat, sondern stehen auch im Widerspruch zu Fakten der letzten Zeit als auch zur Lage im Lande.

Viele Jahre agierte Jordan als Prediger des „Klassenfriedens“ und als „Verbindungsmann“ zwischen dem Amerika der Afroamerikaner und dem der Monopole. Der „New York Daily News“ zufolge repräsentiert er die afroamerikanische Minderheit in Monopolen wie American Express, Bunkers Trust, Rank Xerox, Reynolds u. a., wo er Mitglied des Direktorenrats ist. Stets glaubte er an Reformen und allmähliche Veränderungen, die die Lage der Afroamerikaner verbessern würden. Illusionen, hervorgerufen durch Verspre-

Wer auf Vernon Jordan geschossen hat, ist noch unbekannt. Die Polizei hatte den Verbrecher nicht gefunden. Dafür ist sehr wohl bekannt, wer auf die Neger von Miami geschossen hat — Polizei und Nationalgarde...

Foto: „Daily World“ (USA)





Phnom Penh. Aus der Sowjetunion ist Hilfe für das Volk Kampuchea eingetroffen.

Foto: TASS

närer Kräfte auf diese Rechte und Freiheiten, die Versuche, die „Kampuchea-Frage“ künstlich hochzuspielen und die VR Kampuchea zu ignorieren sowie immer neue konterrevolutionäre Anschläge gegen die Republik zu inszenieren, müssen angeprangert werden. Die fortschrittliche Weltöffentlichkeit verlangt entschieden, daß die Einmischung der Reaktion in die

Angelegenheiten Kampuchea beendet wird.

Die Konferenz appellierte an die Länder, die immer noch nicht ihre Beziehungen zur VR Kampuchea normalisiert haben, Volkskampuchea anzuerkennen. Sie rief die UNO auf, die Pol Pot-Anhänger aus der Weltorganisation und aus den anderen internationalen Organisationen zu vertreiben. Die VR Kampuchea muß die Möglichkeit haben, ihren rechtmäßigen Platz in der UNO einzunehmen, da der Revolutionäre Volksrat Kampuchea die einzig rechtmäßige Regierung des kampucheanischen Volkes ist.

Das Volk von Kampuchea hat sein Schicksal fest in die Hand genommen. Die Feinde der Revolution werden das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen können. Die brüderliche Freundschaft mit den Völkern von Vietnam und Laos, die starke Unterstützung durch die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder sowie die Solidarität der ganzen progressiven Menschheit mit dem Volk von Kampuchea sind die Gewähr für die Erfolge Volkskampuchea beim Aufbau eines neuen Lebens.

L. CHARKOW

chungen und den Glauben an die Wirksamkeit der nach den stürmischen Ereignissen der 60er Jahre angenommenen Gesetze, sind auch heute noch lebendig.

Doch allmählich tritt Ernüchterung ein, wovon der Proteststurm in Miami zeugt. Jesse Jackson, Führer einer bedeutenden afroamerikanischen Organisation von Chicago, rief zu einem erneuten Wirtschaftsboykott gegen rassistische Unternehmer und zu neuen Massendemonstrationen wie in den 60er Jahren auf. Es sei sinnlos, sagt er, „darauf zu warten, daß der Präsident die Initiative ergreift und die Möglichkeiten für Schwarze, Fabrike und Arme erweitert“. Auch Jordan, ein persönlicher Freund von Präsident Carter, hat inzwischen seine Ansichten revidiert. Washington war verblüfft über seine scharfe Kritik am Weißen Haus. Die Ernennungen der Administration und deren Sozialpolitik, erklärte er, sind eine schwerwiegende Verletzung der Verpflichtungen, die der Präsident gegenüber den Afroamerikanern übernommen hat, deren Stimmen er für seine Wahl brauchte. In dem Bericht der Nationalen Städteliga „der Zustand des schwarzen Amerika“ vom Januar ist die Rede von einer neuen Welle des Rassismus, von einer Verschlechterung der Lage der nationalen Minderheiten und von einem politischen Rechtsruck, was dazu führt, daß die versprochenen Sozialprogramme gekürzt werden oder ganz verschwinden.

In Fort Wayne, wo Jordan vor den Mitgliedern der dortigen Sektion der Liga sprechen wollte, erklärte er: „Der Haushaltsausgleich“ (den die Regierung angeblich zur Inflationsbekämpfung anstrebt — Red.) „ist nur ein Feigenblatt, das die Großoffensive gegen die Armen und gegen die arbeitende Bevölkerung zudecken soll. Die Politik des Abbaus der Sozialprogramme verstärkt die Ungleichheit.“

Jordan war an dem Tag des Attentats in Fort Wayne zweimal von Rassisten beleidigt worden — unmittelbar im Motel und bei seiner Rückkehr von der Versammlung. Eine weiße Mitarbeiterin der Liga brachte ihn im Wagen zum Motel. Eine Zeitlang wurde ihr Auto von einem Chevrolet mit drei Männern verfolgt, die Jordan beschimpften.

Der Versuch, den Anschlag in Fort Wayne nicht im Kontext mit den Geschehnissen im Lande zu sehen, ruft starke Einwände hervor. Mit diesen Manövern sollen die gesellschaftlichen Realitäten verzerrt dargestellt und eine Sozialpolitik gerechtfertigt werden, die direkt eine Verschlechterung der Lage der Arbeitenden herbeiführt.

Der Schuß (oder die Schüsse) von Fort Wayne erinnern heute ebenso wie die blutigen Exzesse von Miami ein weiteres Mal daran, daß die USA eine Gesellschaft der Segregation sind.

New York, den 3. Juni Eigenbericht

RAKETEN UND VERHANDLUNGEN

Die Besuche des Premiers des Staates der VR China, Hua Guofeng, in Japan sowie des stellvertretenden Premiers und Chefs des Sekretariats des Militärrats des ZK der KP Chinas, Geng Biao, in den USA waren ein weiterer Schritt zur Schaffung der Achse Peking—Washington—Tokio. Kurz zuvor hatte China eine ballistische Interkontinentalrakete im Pazifikraum gestartet.

In Tokio ließ sich Hua Guofeng keine Möglichkeit für antisowjetische Auslassungen entgehen. Sowohl während der offiziellen Gespräche mit Ministerpräsident Ohira als auch in seiner Fernsehsprache suchte der chinesische Gast die Japaner mit der „Bedrohung aus dem Norden“ einzuschüchtern und verlangte „gemeinsame Aktionen“.

All das wurde mit Hinblick auf das „Wohlwollen“ des japanischen Kapitals gesagt, um antisowjetische Demagogie in klingende Münze und andere materielle Vorteile zu verwandeln. Japan exportiere keine Waffen! Nun denn, soll es doch für den Nachbarn eine Ausnahme machen und ihm bei den „vier Modernisierungen“, darunter der militärischen, helfen...

Geng Biao kam, um Rüstungsgüter zu kaufen, die man China schon seit langem als Belohnung für dessen Antisowjetismus versprochen hat. Nach den Gesprächen mit dem Abgesandten Pekings konstatierte US-Verteidigungsminister Brown befriedigt: „Wir teilen auch heute die gleiche strategische Einschätzung.“

Es wurde ein Abkommen über die Lieferung von US-Rüstungsgütern — komplizierte elektronische Ausrüstungen, Radaranlagen und Nachrichtentechnik — an China geschlossen. Doch das ist nur der erste Schritt. Die „Washington Post“ schrieb: „Obgleich offizielle Mitarbeiter des Pentagons weiterhin versichern, sie würden China keine Offensivwaffen verkaufen, gestehen sie die Tatsache ein, daß neue Beziehungen im militärischen Bereich zwischen beiden Ländern hergestellt werden.“

Der Handel von Washington und die Versprechungen von Tokio tragen erheblich zur Militarisierung Chinas bei. Die USA und Japan kamen der Hegemoniepolitik der chinesischen Führung entgegen, die den nationalen Interessen der Völker ihrer Länder zuwiderläuft. Können ja die Raketen, mit denen Peking seine diplomatischen Bemühungen zu untermauern sucht, in jede Richtung fliegen.

L. MLETSCHEIN

DIE PSEUDOKRISE

Der US-Press zufolge sind die amerikanischen Streitkräfte in einem desolaten Zustand. Ihnen mangelt es an Soldaten und Kriegsschiffen, ja auch an Panzern. Doch vor allem braucht das Pentagon Geld.

„Unsere perfekten Jagdflugzeuge können nicht starten, da wir zuwenig Geld für Ersatzteile haben“, klagte die „Washington Post“. Und das Nachrichtenmagazin „U.S. News & World Report“ behauptete sogar, „einige Angehörige der Airforce für ihr eigenes Geld in hiesigen Elektronikläden fehlende Ersatzteile kaufen müssen“.

Noch schwerer soll es die NATO haben. „Wir stehen Herausforderungen in allen Bereichen gegenüber“, erklärte NATO-Oberbefehlshaber Bernard Rogers. Um „dem abzuwehren“, suggeriert der US-General den Verbündeten, die Rüstungsetats anzuheben.

Der Beschluß der NATO-Staaten, die Rüstungsausgaben alljährlich um 3% zu steigern, reicht Rodgers noch nicht... 6% seien erforderlich.

Auch Pentagonchef Harold Brown wollte zu einem so wichtigen Thema nicht schweigen. „Anfang der 60er Jahre“, erklärte er, „gaben wir für die Verteidigung 30% mehr als die Russen aus, doch jetzt sind es ... 30% weniger als bei den Sowjets.“

Kampagnen wegen eines „militärischen Rückstandes“ der USA und der „Schutzlosigkeit“ der NATO sind nichts Neues. Jedesmal, wenn die USA eine neue Runde des Wettrüstens begannen, behaupteten sie, so solle die „sowjetische Überlegenheit“ abgebaut werden. Später gestand man dann jeweils ein, daß es keinen solchen Rückstand gegeben hatte — doch erst nachdem das Pentagon bereits sein Geld erhalten hatte.

Die jetzige „Diskrepanz in den Rüstungsausgaben“ kommt ebenfalls nicht von ungefähr. Die USA planen zur Zeit eine noch nicht gekannte Verstärkung ihres Militärpotentials. In den kommenden fünf Jahren wird das Pentagon mehr als eine Billion Dollar „benötigen“.

Die Behauptungen, die USA hinkten wieder einmal nach, wurden auch von Cyrus Vance zurückgewiesen. Noch im Amt des Außenministers er-

klärte er Ende 1979: Die USA und ihre NATO-Verbündeten „geben für militärische Zwecke 25% mehr aus als die Sowjetunion und die anderen Länder des Warschauer Paktes“. Sehr deutlich hat sich auch der BRD-Bundesverteidigungsminister geäußert. Auf eine Frage des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ nach „Mängeln“ der westlichen „Verteidigung“ erklärte Apel: „Wir sind jetzt 25 Jahre in der NATO, und in diesen 25 Jahren hat es immer wieder sogenannte NATO-Krisen gegeben, die keine waren.“

W. BOIKOW



Zeichnung: W. Tschakiridis

JAPANISCHE BESTSELLER

Die Japaner fragen sich besorgt, ob etwa wieder eine Ära des militärischen Wahns anbricht. Immer wieder wird in der Presse und im Fernsehen die „militärische Bedrohung“ durch die UdSSR beschworen. Hysterische Redner hetzen auf Kundgebungen rechtsradikaler nationalistischer Gruppierungen. Mit der verstärkten Militarisierung des Landes geht die psychologische Bearbeitung der Menschen einher. Erneut wird ein schwunghafter Handel mit Revanchistenblättern und NS-Broschüren getrieben. Als „Schlager der Saison“ gilt eine von geschäftstüchtigen Verlegern herausgegebene 12bändige Bücherreihe im Genre der „Science“ fiction.



Und so rollt die Fiktion ab: Krieg und greift Japan an. Die Verbündeten seinem Schicksal. Nach „Selbstverteidigungskräfte“ sind besetzt. Die Pamphlete strotzen von „Greuelthaten“ der sowjetischen „schutzlosen“ japanischen Inseln, derkehrende triviale Schablone.

Man spürt die erfahrene Hand der Mitarbeiter des Verteidigungs-

Jetzt sind die Offizierskreise allein gestellt. Japan tut alles, um herzustellen. Wie die Agentur meldete, wurde Japan eingeladen, die Jahrestagung der Nordatlantischen „Vertragsorganisation“ der NATO, zu entsenden. sionspaktes und ihre japanische seit langem von der Möglichkeit Waffen zu liefern und Erfahrung bei der Formulierung antisowjetischer Erfahrungen sind ja seit „Der dritte Weltkrieg“, das NATO-Generals Hackett, in alle setzt und dort in Riesenauf-

Eine Anzeige in der Zeitung, die wie „Der Dritte Weltkrieg“ den in Japan...

KINDER ZWEITER KLASSE

„Sie leben, ohne zu wissen, was ihnen das Morgen bringt. Jeden Augenblick können sie ohne eine Erklärung von der Polizei abgeholt und in ihre Heimat abgeschoben werden — nach Marokko, Tunesien, Senegal, Portugal...“, schreibt die italienische Zeitschrift „Successo“.

Offiziellen Angaben

zufolge gibt es in Westeuropa ca. 14 Millionen ausländische Arbeiter — in Frankreich und der BRD je 4 Millionen, in Belgien und in der Schweiz je 900 000, in Holland und in Schweden je 450 000 und in Italien eine halbe Million. Doch was wird aus den Kindern der Gastarbeiter?

In Frankreich gibt es mehr als eine Million Ausländer unter 19 Jahren, die Hälfte der Marokkaner in Belgien sind jünger als 14, in der Bundesrepublik werden jährlich 75 000 Kinder in Fremdarbeiterfamilien geboren und in Frankreich erblicken jedes Jahr 80 000 Ausländerkinder das Licht der Welt.

Die Kinder der „Gast-

R OHNE PESCHAWARER

Zentrum der westgrenzproben, sterben Die US-Presch sofort den ischer afgha- Tatsächlich anische Presen Anschläge Konterrevo- eingegraben

d Peking die Pakistans zu rung Brett ge- gemacht ha- awarer keine

on erklärt den en ihren Ver- erstand — die —, ist Japan lichen Dingen, en auf den mer die wie- dschriften aus. le Bücher von worden.

mehr auf sich kte zur NATO aus Brüssel eobachter zur dem „Parla- lieses Aggres- brechen schon eitig neueste hen — darun- hmschriften. n. So wurde ehemaligen anische über-

LEONIDOW

bt für Buchti- Truppen lan-

n in der Allernot- e Hoch- en ihnen d so be- e Kinder ache des och ihre Die Aus- dürfen Arbeit die Bür- stlandes“ en wol-

IRNOWA

Ruhe mehr. Banden, die zu Diver- sionsakten und Gewalttaten gegen die Anhänger der Volksmacht nach Afghanistan eingeschleust werden, haben von der Provinzhauptstadt Besitz ergriffen. Wie die pakistani- sche Presse schreibt, erinnert Peschawar an ein aufgeschrecktes Wespennest: Die Banden bekriegen sich bisweilen untereinander.

Die afghanischen „Freiheitskämp- fer“ terrorisieren mit Waffen aus dem Ausland die Einheimischen und zwingen diese, ihre Heimatstadt zu verlassen. „In Peschawar kann man heute alle nur möglichen Leute tref- fen, nur nicht Peschawarer selbst“, konstatierte die „Pakistan Times“.

Die führenden Politiker der bür- gerlichen Oppositionsparteien Paki- stans fordern, die ungebetenen Gä- ste hinauszusetzen. Marschall der Luftwaffe a. D. Asghar Khan, Füh- rer der zentristischen Tehrik-i-Isti- glal-Partei, und Begum Nusrat Bhutto, Vorsitzende der Pakistani- schen Volkspartei, kritisierten das Militärregime wegen seiner Begün- stigung der afghanischen Konterre- volutionäre und weil es ihnen den bewaffneten Kampf von pakistani- schem Territorium aus gegen das afghanische Volk ermöglicht.

L. CHROMOW

„AUF GESETZLICHER GRUNDLAGE“

„Zu wenige Menschen lernen russisch“, klagte kürzlich der Londoner „Observer“. Man soll aber russisch lernen an- sichts der großen Bedeutung der Sowjet- union in der Welt von heute als auch mit Hinblick auf die humanitären Empfehlungen von Helsinki.

In einem Brief an die Redaktion wußte A. Nolan aus Swansea folgendes zu berichten: Als Student des Universitätskolleges von Swansea spezialisierte er sich auf russische Sprache und Literatur. „Ich hatte das Glück, mit einem Stipendium für ein zehnmonatiges Praktikum in der Sowjetunion ausgezeichnet zu werden“, schrieb Nolan. „Rückblickend aber wäre es vielleicht richtiger, zu sagen, ich habe Pech gehabt.“ Doch urteilen sie selbst. Nolan bewarb sich auf eine Stellenanzeige des Vereinigten Technischen Sprachendien- stes, einer staatlichen Einrichtung, wo ein Übersetzer gesucht wurde. Doch seine Kan- didatur wurde schon vor der Aufnahmeprü- fung abgelehnt, „auf gesetzlicher Grundlage“. Es soll also eine Anweisung der Behörden ge- ben, Personen, die sich mehr als zwei Mo- nate in der UdSSR aufgehalten haben, nicht in den Staatsdienst einzustellen.

Soll das vielleicht britischerseits eine Art „Vorbereitung“ auf das Madrider KSZE- Nachfolgetreffen sein?

W. KSENIN

AUSGEHEN GEFÄHRLICH

Signora Romilda Villani, die Mutter der italieni- schen Filmschauspielerin Sophia Loren, beschloß, sich zu Hause einzuschlie- ßen. Die Welt sei nur in der eigenen Wohnung erträg- lich und auch nur dann, wenn diese ein gutes Schloß hat, erklärte sie.

Viele meinten damals, Sophia Lorens Mutter lei- de an Verfolgungswahn. Auf Drängen von Freun- den wurde Signora Villani



Foto: „Stern“ (BRD)

sogar ärztlich untersucht. Doch die Psychiater kamen dabei zu dem unerwarteten Ergebnis, daß es keinen Anlaß gibt, an der psychi- schen Gesundheit der Si- gnora zu zweifeln. Die ita- lienische Wirklichkeit zeigt deutlich genug, daß die Entscheidung der Signora im Gegenteil von ihrem ge- sunden Menschenverstand zeugt. Allein in den ersten drei Monaten d. J. haben die Terroristen an die 30 Personen ermordet, dar- unter 10 in der Hauptstadt. Im gleichen Zeitraum wur- den der Polizei mehr als 200 Raubüberfälle gemel- det.

MG-Garben und Sprengstoffanschläge in den Städten sind bereits für die Ita- liener etwas ganz Ge- wöhnliches.

W. IWANOWSKI

NICHT DIE DIPLOMATISCHE ART

Lissabon. US-Bot- schafter Richard Bloom- field lobte bei einem Essen mit Mitgliedern des Amerikanischen Clubs die portugiesische Regierung, weil sie „So- lidarität“ mit Washing- ton zeigt, und gab zu verstehen, daß alle ame- rikanischen Verbünde- ten die gleiche Haltung einnehmen sollten.

Den Haag. US-Bot- schafterin Geri Joseph tadelte die Niederlande, weil diese „nicht ent- schlossen genug der so- wjetischen Expansion“ entgegenträten.

Saint-Avold (Departement Moselle). Arthur Hartman, US-Botschaf- ter in Frankreich „emp-

fahl“ Paris, sich der Po- litik des Abenteuerer- tums und der Erpres- sungen anzuschließen, die Washington gegen- über dem Iran verfolgt.

Rom. Richard Gard- ner, US-Botschafter, ge- fiel es nicht, daß Italien Hubschrauber an den Iran liefern will, die Teheran bezahlt hat und schon einige Monate verlangt. Der Botschaf- ter drohte mit Repres- salien, u. a. mit einer Absage des bevorste- henden Carter-Besuchs in Italien.

Erpressung, herrischer Ton, Verhalten nicht eines Verbündeten, son- dern eher eines Statt- halters in einer Bana- nenrepublik... So kom- mentiert man in West- europa die Demarchen der US-Botschafter.

Das ist heute der Stil der US-Diplomatie, die an Größenwahn leidet.

L. MAKAREWITSCH

LENINS ANALYSE DES IMPERIALISMUS UND DIE HEUTIGE WELTLAGE

Wadim NEKRASSOW

Schon mehr als 60 Jahre dreht sich das weltpolitische Leben um das Ringen zwischen der sozialistischen und der imperialistischen Außenpolitik. Dabei geht es der UdSSR, den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft und allen friedliebenden Kräften darum, die Grundsätze der friedlichen Koexistenz zu erhärten, die Spannung abzuschwächen und die Gefahr eines neuen Weltkriegs zu bannen. Schon im November 1917 betonte Lenin: „Der Kampf für den Frieden hat begonnen. Das wird ein schwieriger und hartnäckiger Kampf sein.“ Die Geschichte hat das vollumfänglich bestätigt. Ebenso die Schlußfolgerung, daß der Imperialismus eine ständige Bedrohung für den Frieden und sozialen Fortschritt bleibt. Davon war übrigens auf dem kürzlichen Pariser Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas für Frieden und Abrüstung sowie auf einer Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten die Rede.

Als Lenin das Fundament für die sowjetische Außenpolitik legte, verlangte er, daß man sich über ihre Gegner völlig klar wird. Er schrieb, es gebe „einsichtige Vertreter der Bourgeoisie“ und „Abenteurerelemente“. Uns sei es nicht gleichgültig, „ob wir es mit jenen Vertretern des bürgerlichen Lagers zu tun haben, die zur kriegerischen Lösung der Frage neigen, oder mit jenen..., die zum Pazifismus neigen.“ In der Feindschaft zwischen den verschiedenen Kreisen der Bourgeoisie sah Lenin damals eine Friedensgarantie für den sozialistischen Staat. Eine solche Garantie sind heute vor allem die Stärke der UdSSR und der anderen Staaten mit real bestehendem Sozialismus und die Potenzen der Friedenskräfte. Aber auch die Gegensätze zwischen den Imperialisten spielen in der Weltlage eine nicht unwichtige Rolle.

Deshalb muß man bedenken, daß sich auf die jetzige Zuspitzung der Beziehungen Washingtons zu seinen Alliierten einerseits der Drang der herrschenden US-Kreise auswirkt, sich dem Verlust ihrer dominieren-

den Stellung in der kapitalistischen Welt entgegenzustemmen, andererseits der zunehmende Wunsch der kapitalistischen Länder, sich der US-Vormundschaft zu entledigen.

Aus Übersee werden sie angezogen: Vergeßt nicht, daß Westeuropa und Japan ihre Wirtschaftsmacht der Hilfe der USA verdanken, weshalb diese verlangen könnten, daß sie sich im politischen Fahrwasser Washingtons halten. Was bedeutet das? Sie sollen das Wettüben intensivieren, dem Kampf der Völker der jungen Nationalstaaten für eine bessere Zukunft entgegenwirken, die internationalen Übereinkünfte aus der Zeit der Entspannung von der Hand weisen und das sich bildende Vertrauen unter den Völkern sowie ihre Zusammenarbeit torpedieren. Das alles läßt die Absicht erkennen, die alliierten Staaten zu unterjochen, ihnen zu diktieren und nicht zuzulassen, daß die USA durch das sich zu deren Gunsten verändernde wirtschaftliche Kräfteverhältnis ihre führende Rolle in der kapitalistischen Welt verlieren.

Selbst manche weitblickenden amerikanischen Politiker stellen besorgt eine „Militarisierung des Denkens“, d. h. ein Herangehen an außenpolitische Probleme mit militärischem Maßstab, fest. Mit militärischer Macht will man das Sinken des wirtschaftlichen und politischen Einflusses aufwiegen, will man sich die Kontrolle über die Energie- und Rohstoffquellen der Entwicklungsländer sichern, im Westen das Anwachsen des Klassenkampfes aufhalten und im Zuge des Wettübens die Wirtschaft der sozialistischen Welt schwächen. Die „Militarisierung des Denkens“ ist die neueste Ausgeburt des Imperialismus im ideologischen Kampf und bei politischen Beschlußfassungen.

Diese Art von Beschlußfassung zeigt in letzter Zeit Präsident Carter. Wieder will Washington einer beliebigen Region und einem beliebigen Staat seine Regeln diktieren. Hierüber schreibt die amerikanische Forscherin Marilyn Bechtel: „Der Entspannung, der realistischen Anerkennung der Tatsache, daß kein noch so mächtiges Land im Kernzeitalter seine Sicher-

heit auf der Eskalation des Wettübens aufbauen kann, ist schwerer Abbruch getan. Von der notgedrungenen Anerkennung der prinzipiellen Gleichheit der militärischen Macht von Ost und West als grundlegenden Lebensfaktors seitens der Regierung Nixon hat Carter die Politik der USA wieder ins Gleise des Kampfes für deren Überlegenheit auf dem Gebiete der Streitkräfte und Rüstungen zurückrangiert, was zu einer Katastrophe führen kann.“

Die USA können von ihren westeuropäischen Alliierten heute allerdings keinen blinden Gehorsam mehr erwarten. Ein beredtes Beispiel dafür ist das Arbeitstreffen Leonid Breschnews mit Präsident Giscard d'Estaing, das in Washington einen Wutausbruch bewirkte. Washington mußte kräftig drücken, um zu erreichen, daß seine wichtigsten NATO-Partner auf die Stationierung der neuen Waffen in Westeuropa eingehen. Die Alliierten wollten sich nicht den Versuchen Washingtons anschließen, über die UdSSR wegen Afghanistans eine politische und wirtschaftliche Blockade zu verhängen.

Der Widerstand gegen die Versuche Washingtons, den Gang der weltpolitischen Ereignisse zum Rücklauf zu zwingen, ist der beste Beweis dafür, daß dem Imperialismus die politische Initiative entgleitet. Selbst die „New York Times“ muß zugeben: „Die Welt hat sich zu sehr verändert, als daß man das alte Schema der Ost-West-Beziehungen einführen könnte.“ Die Entspannungspolitik hat so tief Wurzel gefaßt und wird von so mächtigen Kräften unterstützt, daß die Welt alle Ursache hat, in ihr auch künftig die ausschlaggebende Tendenz der zwischenstaatlichen Beziehungen zu erblicken.

In seinem unvergänglichen Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ schrieb Lenin: „Der Kapitalismus ist zu einem Weltsystem kolonialer Unterdrückung und finanzieller Erdrosselung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll ‚fortgeschrittener‘ Länder geworden.“ Nach der Oktoberrevolution, die die Ketten des Weltkapitalismus sprengte, nach dem zweiten Weltkrieg und dem

Zusammenbruch der Kolonialreiche wurde es anders. Auf die kapitalistischen Industrieländer entfallen jetzt nur 24% des Festlandes und etwa 17% der Bevölkerung der Erde. Im letzten Jahrzehnt sind auf der Weltkarte ca. 100 unabhängige Staaten erschienen.

Doch das System der Kolonialunterdrückung besteht, wenn auch nicht mehr als Weltsystem und in neuen Formen, als unvermeidliche Begleiterscheinung des Imperialismus fort, der abhängige Länder zur Kapitalausfuhr und als Rohstoffquellen braucht. Seit 28 Jahren (1950—1978) ist z. B. der Verbrauch an primären Energiespendern (Öl, Gas, Kohle, Uran) im Westen auf das 2,7fache angewachsen, der an Metallen auf das 3fache und der an mineralisch-chemischen Rohstoffen auf das 3,6fache. Ihre wichtigen Quellen befinden sich größtenteils in Ländern, die früher Kolonialreichen „gehörten“. Lenin schrieb: „Je höher entwickelt der Kapitalismus, je stärker fühlbar der Rohstoffmangel, je schärfer ausgeprägt die Konkurrenz und die Jagd nach Rohstoffquellen in der ganzen Welt sind, desto erbitterter ist der Kampf um die Erwerbung von Kolonien.“ Die nationalen Befreiungsrevolutionen haben die Imperialisten gezwungen, unter die Kolonialpolitik in ihrer klassischen Form einen Schlußstrich zu ziehen. Unter den neuen Umständen kämpfen nicht mehr so sehr die imperialistischen Mächte miteinander — hier zeigt sich auch die von Lenin festgestellte Tendenz zur „weltweiten Einigung“ —, wie gegen die Völker, die sich politisch unabhängig gemacht haben und sich für ihre wirtschaftliche Selbständigkeit einsetzen. Von einer neuen Seite erscheint jetzt Lenins Bemerkung über die Fähigkeit des Finanzkapitals, „daß es sich sogar Staaten unterwerfen kann... die volle politische Unabhängigkeit genießen“.

Das ist der Kern des Neokolonialismus. Es gehört zum Wesen des Imperialismus, daß er die Naturkräfte der schwächer entwickelten Länder plündert und ihre Bevölkerung ausbeutet.

Nicht unerwähnt bleiben darf die äußerst ungünstige Wirkung der militaristischen Politik der imperialistischen Staaten auf die Lage in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Die USA allein verkauften oder überließen ihnen gratis zwischen 1950 und 1977 Waffen für 126 Md. Dollar. Das heißt die Atmosphäre in einzelnen Regionen auf, nötigt die Regierungen junger Nationalstaaten zu Ausgaben für

Waffen und behindert ernstlich die Bekämpfung von Hunger, Elend, Analphabetentum und Seuchen.

Carters Sicherheitsberater Brzezinski war in einem Interview für „U.S. News & World Report“ ziemlich offen. Er sagte: „Die USA sehen sich zwei grundsätzlich wichtigen Problemen gegenüber: erstens der Herausforderung an unsere geostrategische Stellung in der Welt, zweitens der Herausforderung an unsere Beziehungen zu jenen zwei Dritteln der Welt, die in den letzten beiden Jahrzehnten plötzlich politisch erwacht sind.“ Er meinte die Versuche, Wandlungen — auch soziale — in verschiedenen Ländern zu vereiteln, weil sie den Monopolkreisen der USA nicht passen. Diesen Sinn hat der in Washington erfundene „Krisenbogen“, der die Staaten Südasiens, des Mittleren und Nahen Ostens sowie Ostafrikas angeblich umspannt. Das ist auch der Sinn der Aufforderungen, den Tätigkeitsbereich der NATO auf die Entwicklungsländer, auf den Raum des Persischen Golfs und des Indik auszudehnen oder, wie sich der „Washington Star“ ausdrückt, „die nichtkommunistische Welt zusammenzuschweißen, um die jetzt neuerkannte Gefahr abzuwehren“.

Die heutige Wirklichkeit bestätigt unbedingt die Richtigkeit der Schlußfolgerungen Lenins, daß Kolonialismus und Aggression neokolonialistische Unterdrückung und Machtpolitik eigentlich nur zwei Seiten einer Medaille sind.

In der stickigen Atmosphäre von 1916 als in Europa die Brände des ersten Weltkriegs schwelten, konnte nur ein genialer Mensch wie Lenin die „Dämmerng der Zivilisation“ und die nahe Morgenröte ausmachen. Er formulierte die neue Definition des Imperialismus als „sterbender Kapitalismus“, und ein Jahr später schrieb er bereits in Petrograd im Vorwort zu seinem Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, daß „der Imperialismus der Vorabend der sozialistischen Revolution ist“. Die durch die Große Oktoberrevolution eröffnete Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sollte genau ein halbes Jahr nach diesen seherischen Worten beginnen.

Das Entstehen des ersten sozialistischen Staates der Welt bedeutete auch das Entstehen einer neuen Weltpolitik, die die Parolen des Sozialismus, des Friedens und der Völkerfreiheit auf ihre Fahnen schrieb. Seitdem ist für das ganze System der internationalen Beziehungen in erster Linie der Kampf der imperialistischen Mächte erst gegen So-

wjetrußland und dann gegen den Weltsozialismus, die nationalen Befreiungsrevolutionen und die Arbeiterbewegung bestimmend. Über sechs Jahrzehnte lang bezweckte die imperialistische Außenpolitik vor allem eine Einkreisung, Untergrabung und Vernichtung der sozialistischen Welt, namentlich der UdSSR. Eine Zeitlang schien man im Westen sehend geworden zu sein und erkannte an, daß Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung friedlich koexistieren können. Kaum aber entdeckte man ein neues relatives und absolutes Schrumpfen der Positionen des Imperialismus, da zogen manche Spitzenpolitiker des Westens wieder in den kalten Krieg. Sie werden nie begreifen, daß der Zerfall des Imperialismus weder durch Aktivieren der militärisch-politischen Blöcke noch durch das Wettrüsten und eine Wirtschaftsintegration der Monopole zum Stillstand gebracht werden kann. Nichts nützen wird den Herren der imperialistischen Welt auch die Lügenkampagne über die Menschenrechte und der Versuch, über die sozialistische Ländergemeinschaft eine Wirtschaftsblockade zu verhängen.

Lenin datierte die historische Übergangszeit zum Sozialismus mit der vorigen Jahrhundertwende, d. h. mit dem Zeitpunkt des Endsiegs des internationalen Finanzkapitals. Die ganze weitere Entwicklung bestätigt die Richtigkeit von Lenins Analyse des Imperialismus und die geistige Armut derjenigen bürgerlichen und revisionistischen Ideologen, die den Leninismus nur für den Anfang des 20. Jahrhunderts gelten lassen wollen und behaupten, er sei auf die Welt von heute nicht anwendbar.

In aller Welt entspinnt sich der Kampf zwischen den Kräften des sozialen Fortschritts, des Friedens, der Völkerfreiheit und Demokratie mit denen der imperialistischen Reaktion und des Militarismus, mit den Feinden der sozialen Gerechtigkeit und der nationalen Gleichberechtigung. Sein Ausgang wird durch den geschichtlichen Entwicklungsprozeß bestimmt. In dem von Leonid Breshnew erstatteten Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXV. Parteitag heißt es: „Die Kommunisten sind weit davon entfernt, einen ‚automatischen Zusammenbruch‘ des Kapitalismus zu prophezeien. Er verfügt noch über beträchtliche Reserven. Aber die Ereignisse der letzten Jahre bestätigen mit neuer Kraft, daß der Kapitalismus eine Gesellschaft ohne Zukunft ist.“

„ÜBER DEN RUBIKON“

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

Aus dem Scheitern der „humanen Mission“ zur Befreiung der amerikanischen Geiseln in Teheran hat Washington nur einen Schluß gezogen: Man müsse eine bewaffnete Aggression vorbereiten. Das geschieht denn auch im Eiltempo. In Kalifornien werden Sondertruppen gedrillt. Die USA spionieren eifrig im Iran. Zugleich sucht die US-Regierung fieberhaft nach einem Propagandaslogan zur Rechtfertigung einer möglichen bewaffneten Einmischung, um ihre Bürger und ihre Alliierten erneut zu befrühen. Die Dinge entwickeln sich genau nach dem Szenario für die mißglückte Operation.

Mit der Erstürmung der US-Botschaft in Teheran war das Delta-Team beauftragt, die 200 Mann starke Antiterrortruppe, die auf Präsident Carters Veranlassung im November 1977 aufgestellt wurde. Sie ist in Fort Bragg (Nordkarolina), dem Hauptstützpunkt der Sonderstreitkräfte für Vorkehrungen zu Invasionen, stationiert. Während das Vorgehen der Grünen Barrette in der Presse ausführlich geschildert wird, vermeidet das Delta-Team jede Publicity. Man weiß nur, daß seine Kaserne ein früheres Gefängnis ist und daß beim Drill der Nachdruck auf mannigfaltige Tötungsmethoden gelegt wird. Die beliebteste Waffe bei den „Antiterroristen“ ist dieselbe 22-mm-Pistole mit Schalldämpfer, die auch die Mafia allen anderen vorzieht. Leiter des Teams ist Oberst Charles Beckwith.

Nach dem Fiasko im Iran mußte er sich auf einer vom Pentagon veranstalteten Pressekonferenz den Reportern stellen. Bildreporter waren allerdings nicht zugelassen, die Presse brachte ein 12 Jahre altes Foto von ihm aus Vietnam, wo er bei den Grünen Barreten diente. Es ist abstoßend.

Mit den Vorbereitungen zu der Aktion wurde begonnen, gleich nachdem die Geiseln am 4. November v. J. genommen worden waren. Am 9. November beauftragte Carter Brzezinski, seinen Sicherheitsberater, gemeinsam mit Vizepräsident Mondale, Verteidigungsminister Brown und dem Leiter der Vereinigten Stabschefs Jones, militärische Operationen einschließlich einer geheimen Invasion im Iran zu planen, um die Geiseln herauszuholen. Am 20. November waren die Vorschläge fertig. Eine Variante betraf die Einnahme der Insel Khark, auf der iranisches Öl verladen wird, durch eine Landung vom Meer aus.

Gedrillt wurden die „Kommandos“ auf dem Stützpunkt der CIA in Camp Peary (Virginia). Dort wurde ein Modell der US-Botschaft in Te-

heran aufgebaut. Ferner trainierten sie in der Wüste Nevadas und auf dem Luftwaffenstützpunkt in Nellis (Arizona), wo Marineinfanterie stationiert ist. Fast 30 Sturmangriffe führten sie auf das Botschaftsmodell aus, und siebenmal spielten sie die ganze Operation erfolgreich durch. Inzwischen waren von dem Gelände der bevorstehenden Landung im Iran Luftaufnahmen gemacht und ein Fernmeldesatellit auf eine ständige Umlaufbahn über dem Indik befördert worden. Im November wurden die Hubschrauber, die bei der Operation mitwirken sollten, auf den Flugzeugträger „Nimitz“ geschickt.

Zugleich wurde eine große Kampagne zur Irreführung der amerikanischen und der Weltöffentlichkeit aufgezogen. Vertreter Washingtons bezeichneten eine gewaltsame Befreiung der Geiseln als unmöglich. Am 8. Januar erklärte Carter auf einer Pressekonferenz, eine militärische Operation werde „fast mit Sicherheit scheitern und mit dem Tod der Geiseln enden“.

Die Argumente gegen ein gewaltsames Vorgehen waren unbedingt begründet und wurden von allen nüchtern denkenden Amerikanern geteilt.

Am 27. März gab Carter der „Washington Post“ ein großes Interview. Er sagte u. a.: „Wir können politische, militärische und wirtschaftliche Maßnahmen treffen. Ich habe beschlossen, politische und wirtschaftliche anzuwenden und militärische zu unterlassen. Seitdem diese Regierung amtiert, haben wir durch Feindseligkeiten kein einziges Menschenleben verloren.“

Am 22. März, fünf Tage vor dem Interview, war der Plan für den Einfall vom Nationalen Sicherheitsrat in Camp David erörtert worden.

Carters Worte schienen durch die am 7. und 17. April angesagten wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen gegen den Iran bestätigt zu werden. Dieser Schritt und besonders die großspurige Art, mit der er ange-

kündigt wurde, rief Befremden hervor, denn inzwischen hatte der Handel zwischen den beiden Ländern so gut wie aufgehört. Der britische „Guardian“ nannte die Maßnahmen „zwecklos“ und nicht geeignet, „zu einer vernünftigen Lösung beizutragen“. Sinnvoll sind sie nur als Irreführung.

Am 8. April wurde von den westeuropäischen Alliierten der USA und von Japan ultimativ verlangt, sie sollten wie Washington Wirtschaftssanktionen ergreifen, oder „der einzige nächste Schritt würden, wie ich es sehe, militärische Aktionen der einen oder anderen Form sein“. Um das Schlimmste zu verhüten, nahmen die Europäer die Bedingungen der USA an. Sie gingen auf den Boykott ab Mitte Mai ein, als die von Washington festgesetzte Frist ablief. Wie zu erwarten war, schlug diese Nachgiebigkeit gegenüber der Erpressung, die als „Friedensbemühung“ dargestellt wurde, auf die „Friedensstifter“ selbst zurück. Washington hatte erreicht, was es wollte, es benutzte seine Partner als Schachfiguren in seinem unlauteren Spiel. In den Wochen, als man sich in den Hauptstädten Europas Illusionen machte, erreichten die Vorbereitungen zu der Operation ihr abschließendes Stadium.

Am 11. April frühmorgens verfügte Carter bei einem Arbeitsfrühstück mit Leuten vom Nationalen Sicherheitsrat dessen Einberufung zu einer „allseitigen Debatte über die iranische Situation“. Die Sitzung fand um 11 Uhr 30 statt. Der ahnungslose Staatssekretär war am Abend vorher zu einem viertägigen Erholungsaufenthalt nach Florida gefahren.

Vance war entschieden gegen alle militärischen Maßnahmen, das wußte jedermann. Mehr noch, als dessen Stellvertreter Christopher bei der Besprechung zum erstenmal von dem Operationsplan erfuhr, „gab man ihm zu verstehen, der Staatssekretär wisse bereits von dem Beschluß des Präsidenten“. Das berichtete der Kommentator Tom Wicker. Vance erfuhr erst am Montag, dem 14. April, davon. Er setzte durch, daß der Rat nochmals einberufen wird, und brachte seine Einwände vor. Die Antwort war „Totenstille“. „Carter hatte schon für die Operation Stellung genommen“, schreibt Wicker. „Jeder, der Vance hätte zustimmen wollen, hätte sich direkt gegen den Präsidenten stellen müssen. Nach der Sitzung aber gaben manche Teilnehmer zu, daß die Einwände sehr gewichtig waren. (Vance ist militärisch kein Neuling. In früheren Regierungen war er Armeeminister und stellvertretender Verteidigungsminister gewesen.)

In jenen Tagen forderte Carter

Vance auf, sich mit den Vertretern von Organisationen zu treffen, die nach Washington gekommen waren, um zu erklären, daß sie mit dem kriegerischen Kurs gegen den Iran nicht einverstanden sind. Vance lehnte ab, weil er von der bevorstehenden Operation wußte. Am 21. April reichte er dem Präsidenten schriftlich seinen Rücktritt ein. Bekanntgegeben wurde dieser erst nach der Katastrophe im Iran.

Am 24. April starteten sechs schwere C-130-Maschinen auf einem Flugplatz in Ägypten zu einem Flug rings um die arabische Halbinsel, 90 Mitglieder der „Kommandos“ und 90 Soldaten einer Absicherungs- und Unterstützungstruppe an Bord. Nach dem Auftanken auf Masira flogen sie weiter und landeten um Mitternacht (iranische Zeit) 250 Meilen südöstlich von Teheran entfernt auf einer seinerzeit von der CIA für Geheimoperationen gebauten Piste. Der provisorische Flugplatz liegt zwischen Meshed und Yezd, die durch eine Chaussee miteinander verbunden sind. Sie führt über das für die Landung ausgesuchte Gelände und ist wegen der Tageshitze in der Wüste nachts vielbefahren. Deshalb mußte der Plan gleich nach der Landung fehlschlagen. Auf einer Pressekonferenz berichtete Oberst Beckwith, der die Landung leitete:

„Wir landeten. Das Wetter war klar, die Temperatur lag zwischen

50 und 63° Fahrenheit“ (10—17°C). „Ich ging die 100 Meter bis zur Chaussee, die nördlich von mir war, und sah einen besetzten Autobus auf uns zukommen. Ich rief: ‚Jemandem muß den Bus aufhalten, um Himmels willen!‘“

Die Mitglieder der „humanen Mission“ machten nicht viel Federlesens. Durch Schüsse brachten sie den Autobus zum Halten und befahlen den Insassen auszusteigen. Es waren größtenteils Greise und Kinder, 44 Personen. Sie und der Bus wurden gründlich durchsucht. (Ein Sprecher des Pentagons erklärte, sie hätten für die Zeit der Operation außer Landes gebracht werden sollen.)

Aber lassen wir Beckwith weiter berichten:

„In diesem Augenblick sah ich wieder nach Norden und erblickte einen Tankwagen.“

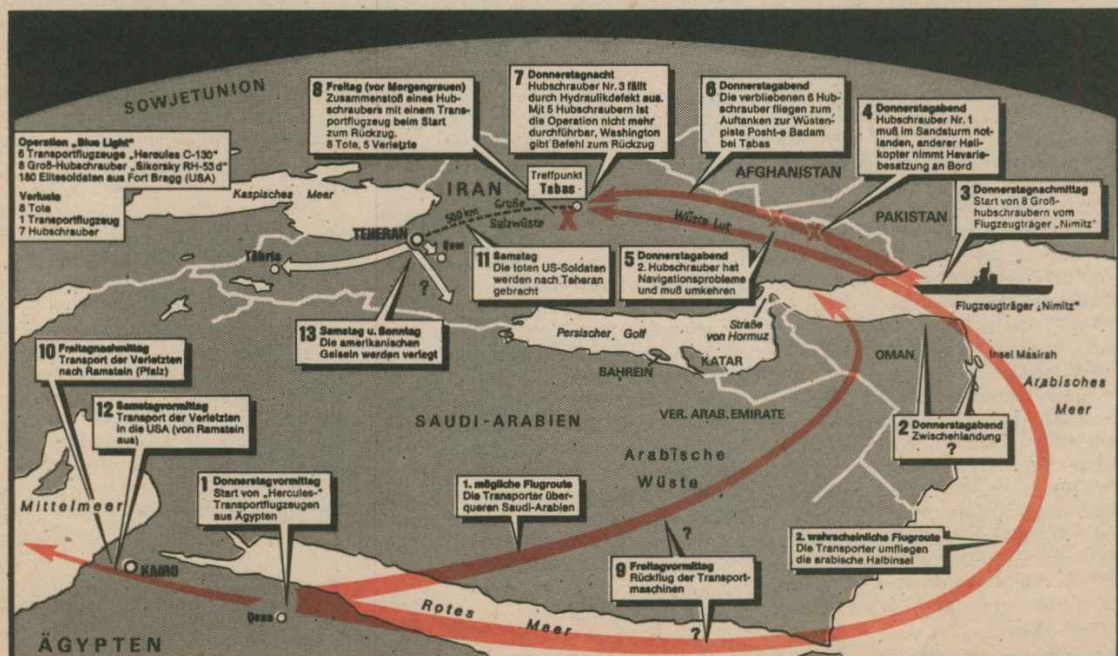
Wieder Schüsse, und der Wagen ging in Flammen auf. Der Fahrer konnte gerade noch in den Wagen umsteigen, der dahinter kam, und in der Dunkelheit verschwinden. Die Operation konnte also nicht mehr geheimgehalten werden.

Diese unvorhergesehenen „Treffen“ fanden eine halbe Stunde nach der Landung der C-130-Maschinen statt, und die Hubschrauber, die um 24 Uhr hatten landen sollen, zeigten sich nicht. Der letzte — der sechste von acht — landete erst um 1 Uhr 40.

Die Verzögerung war kein Zufall. Die Hubschrauber, die von der „Nimitz“ starteten, waren in einen starken Sandsturm geraten. Kam dieser unerwartet? Amtlichen Angaben, namentlich einem 22 Seiten langen Bericht nach, den der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs dem Kongreß zugehen ließ, könne man einen solchen Sturm nicht voraussagen. Gleich damals schrieb aber die „Washington Post“: „Stürme, dichte Bewölkung und das Aufkommen eines Staubsturms waren, wie die Regierungsmeteorologen angeben, vom Zivilwetterdienst vor Beginn der Operation zur Befreiung der Geiseln vorausgesagt worden.“ Weiter ist bekannt, daß der iranische Wetterdienst den Sturm um 15 Uhr 30 angekündigt hatte. Die Hubschrauber starteten am selben Tag in der Abenddämmerung. Der ganze Plan erwies sich von Anfang an als abenteuerlich.

Im Sturm gerieten die Hubschrauber durcheinander. Der Kommandeur mit seiner Maschine und die Geleitmaschine landeten, um abzuwarten, bis sich der Sturm legt, merkten aber bald, daß keine andere ihrem Beispiel gefolgt war. Nach 25 Minuten startete der weit zurückgebliebene Kommandeur, um die anderen einzuholen. Inzwischen waren bei einem Hubschrauber die Navigationsgeräte ausgefallen, und er machte kehrt. Die Ursache war, daß einer vom Kommando seine Jacke

UNTERNEHMEN „BLUE LIGHT“



Schema aus der „Zeit“ (BRD) vom 2.5.80

über den Ventilator der Kühlung geworfen hatte. Sie liefen sich heiß und brannten nach ein paar Stunden durch. Ein weiterer Hubschrauber mußte wegen eines Sprungs in der Tragschraube notlanden. Die Mannschaft wurde von einem anderen mitgenommen. Deshalb kamen beim Treffpunkt „Wüste 1“ nicht acht, sondern nur sechs Hubschrauber an. Die Panne eines der sechs, bei dem die Hydraulik wegen eines zerbrochenen Bolzens ausgefallen war, wurde Beckwith 20 Minuten nach der Landung gemeldet. Da laut Plan mindestens sechs Hubschrauber an der Operation teilnehmen sollten, wurde sie auf Beschluß des Präsidenten abgeblasen.

„Wenigstens ist es ohne Opfer abgegangen, und wir wurden nicht entdeckt“, sagte Carter bei diesem Beschluß. „Es hätte viel schlimmer kommen können.“

Um 18 Uhr 21 (Washingtoner Zeit) kam die Nachricht, daß das Auf-tankflugzeug bei einem Zusammenstoß mit einem Hubschrauber explodiert war. Von den Soldaten an Bord konnten 40 durch die Notluke abspringen, acht kamen um. Nun finden endlose Beratungen im Weißen Haus an.

Um 1 Uhr nachts, als die ersten Zeitungsausgaben schon in den Verkauf kamen und das Fernsehen seine Hauptprogramme schon beendet hatte, gab das Weiße Haus folgende Meldung aus: „Der Beschluß, die amerikanischen Geiseln zu befreien, wurde annulliert, nachdem acht Mitglieder der Besatzung eines US-Flugzeugs den Tod gefunden hatten... Präsident Carter hat die Verantwortung übernommen.“

In der Ausgabe der Zeitschrift „Time“, die nach den Vorfällen erschien, hieß es: „Für Carter im besonderen und für die USA im allgemeinen war der Fehlschlag in der Wüste ein militärisches, diplomatisches und politisches Fiasko.“ Aber noch ein Fiasko — ein technisches: der zerbrochene Bolzen, die überhitzte Stromspeisung und die gesprungene Tragschraube — verhängte das Gemetzel, zu dem der von Carter „humane Mission“ genannte Husarenstreich bestimmt geführt hätte. Geheimpapiere, die bei der panischen Flucht am Schauplatz zurückgelassen wurden, und Meldungen aus Teheran ergeben das Bild einer Operation, die einer großen militärischen Intervention ähnelte. Wie der iranische Präsident erklärte, gehörte die „humane Mission“ zu einem Komplott mit dem Endziel eines militärischen Einfalls und eines Staatsstreichs.

Von „Wüste 1“ sollte das Delta-Team mit den Hubschraubern zur

„Wüste 2“ Tabas fliegen. In der folgenden Nacht sollte es mit Autobussen und LKWs am Stadtrand Teherans einen unbenutzten Speicher erreichen, der früher einem amerikanischen Geschäftsmann gehört hatte. Von dort aus sollte es den letzten Vorstoß zur Botschaft machen und diese mit Hilfe früher eingeschleuster Sabotagegruppen und der Fünften Kolonne erstürmen. Wie die Presse mitteilt, wollte man, um vom Objekt der Operation abzulenken, abseits von der Botschaft eine große Explosion auslösen. Zwei C-130-Maschinen waren mit Geschützen und MGs bestückt, sie sollten das Team aus der Luft unterstützen. „Im Notfall“ sollten sich Jagdbomber von den Schiffen im Arabischen Meer einschalten. Und das alles sollte sich in den engen Straßen einer dichtbesiedelten Stadt abspielen.

„Ich beabsichtige keine militärischen Aktionen, die zum Blutvergießen führen können“, sagte Carter. Die „Newsweek“ aber schreibt: „Das Szenario sah ein eventuelles großes Blutvergießen und Opfer unter der Zivilbevölkerung vor. Der mehrstufige Plan war unverkennbar auf jede nur mögliche Unterstützung der Fünften Kolonne zugeschnitten, wenn sie loszuschlagen gewagt und Erfolg gehabt hätte. Kurz: Es handelt sich um eine militärische Intervention mit dem Beistand der Konterrevolutionäre und der Saboteure im Lande selbst. Nicht von ungefähr sind in die am Tatort zurückgelassenen Lagepläne Objekte eingezeichnet, die nicht das geringste mit der Botschaft zu tun haben, einschließlich der Residenz Khomeinis in Qum.“

Heute schweigt man möglichst über das Fiasko im Iran, aber die militärischen Vorbereitungen werden nicht verhehlt. „Der Rubikon ist überschritten“, sagte ein Pentagonbeamter. „Wenn nächstes Mal jemand auf Gewaltanwendung bestehen sollte, wird das Jasagen leichter sein.“ Laut US-Presse wird in den Häfen Kaliforniens Kriegstechnik zur Abfertigung nach dem Persischen Golf angeliefert, u. zw. für die 12 000 Ledernacken von der Eingreiftruppe. Ein Plan ist bestätigt worden, ägyptisches Territorium als Stützpunkt für militärische Operationen von 50 000 Mann US-Militär in Nah- und Mittelost zu benutzen. Zugleich sind Gruppierungen der nach den USA und nach Westeuropa geflohenen Anhänger des Schahregimes rege geworden. Man sucht sie zu einer konterrevolutionären Bewegung zusammenzufassen.

Also plant man neue Interventionen, bei denen die USA weitere Reinfälle erleben werden.

New York

Von der Geschichte getragen

Р. А. Ульяновский

ПОЛИТИЧЕСКИЕ ПОРТРЕТЫ

Издание для политической литературы

So ist es mit dem Gedächtnis nun einmal: Man hört von der nationalen Befreiungsbewegung gegen die britische Fremdherrschaft in Indien, und als erstes fallen einem Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru ein; beim Kampf gegen die Kolonialmächte in Afrika denkt man an Kwame Nkrumah, Patrice Lumumba, Amílcar Cabral, Agostinho Neto und andere. „Die Volksmassen machen Geschichte“, schreibt der bekannte sowjetische Wissenschaftler Rostislaw Uljanowski in seinem Buch „Politische Porträts von Kämpfern für die nationale Unabhängigkeit“. „Aber symbolisiert wird sie von einzelnen Persönlichkeiten.“ Tatsächlich personifizieren das politische Wirken, die Energie und der Will dieser Persönlichkeiten gleichsam den Kampf der breiten Volksmassen.

Darüber hinaus aber machen diese Männer gemeinsam mit den Volksmassen Geschichte. Oft sind sie es, die die Erfahrungen auswerten und die Lehren ziehen.

Natürlich waren nicht alle imstande, die Kampferfahrungen theoretisch zu verallgemeinern. Vielfach ließ ihnen das harte Ringen mit dem starken und heimtückischen Feind auch gar nicht die Zeit dazu. Deshalb wissen wir von den politischen Anschauungen einer Patrice Lumumba oder eines Félix Moumié nicht genug.

Manchmal ist das geistige Erbe auch wie eine Truhe voller nicht gesichteter

Р. А. Ульяновский. Политические портреты борцов за национальную независимость. М., Политиздат, 1980.

nicht analysierter Manuskripte. Zuweilen wühlen unlautere Leute darin und deshalb ist es um so wichtiger, es wissenschaftlich zu betrachten.

Das eben will Professor Uljanowski mit seinem Buch tun. Er zeichnet die Porträts von Persönlichkeiten aus verschiedenen Zeiten und Ländern, mit unterschiedlichen, manchmal tragischen Lebenswegen und Ansichten. Gemeinsam aber ist ihnen allen, daß sie eng mit dem nationalen Befreiungskampf, dem antikolonialen Kampf verbunden sind, bis zum letzten Atemzug in seinen vordersten Reihen standen, für Freiheit und Glück ihrer Völker ihr Leben gaben. Von Mahatma Gandhi, dem namhaften Führer der indischen nationalen Befreiungsbewegung, stammt der Gandhismus. Sein Mitstreiter Jawaharlal Nehru, der prominente Politiker und Friedenskämpfer, war ein überzeugter Gegner der sozialen Ungerechtigkeit. Kwame Nkrumah, der erste Präsident von der Republik Ghana, versuchte die afrikanische nationale Befreiungsbewegung philosophisch zu erfassen; Amílcar Cabral, der Begründer und Führer der Afrikanischen Partei für Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln, hat ein reiches theoretisches Erbe hinterlassen. Am Ende dieser Reihe steht das Porträt von Franz Fanon, dem algerischen Politiker und weltweit bekannten Ideologen der nationalen Befreiungsbewegung.

Wir wollen hier nicht den Inhalt des Buches im einzelnen wiedergeben. Dem Leser mag das Vergnügen bleiben, es für sich zu „entdecken“. Nur einige wesentliche Vorzüge seien genannt.

Der Autor versteht es, die Geisteshaltung jeder Persönlichkeit, und sei sie noch so eigenwillig, von marxistisch-leninistischer Warte aus richtig zu interpretieren, Fehler und Irrtümer aufzudecken und die starken Seiten der Lehre zu zeigen. Wichtig ist, daß der Autor nicht, wie es früher oft geschah, das Besondere an den theoretischen Ansichten beiseite läßt, sie nicht in Prokrustesbett von Dogmen zwingen, sondern in nationalen Traditionen, Mentalität und Kampfbedingungen eine Erklärung dafür finden will.

Deshalb erkennt man hinter den Stärken und den Schwächen derer, die in dem Buch dargestellt werden, mühelos die sozialpolitischen Kräfte, die sie repräsentieren: revolutionäre oder nationale Demokratie oder aber nationale reformistische Kreise. Gewissermaßen findet man in jedem Porträt das Image einer bestimmten Klasse oder sozialen Gruppe eines Entwicklungslandes mit allem Positiven und Negativen. Und damit sind wir bei einem weiteren Vorzug des Buches: Der Autor retuschiert seine Porträts nicht.

UdSSR — Österreich: Von Dokumenten belegt

**СССР-
АВСТРИЯ**

Документы
и материалы

Anläßlich des 35. Jahrestages der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus und des 25. Jahrestages der Unterzeichnung des Staatsvertrages über die Wiederherstellung des unabhängigen, demokratischen Österreich hat das Außenministerium der UdSSR im Verlag für politische Literatur den Sammelband „UdSSR—Österreich. 1938—1979. Dokumente und Unterlagen“ mit einem Vorwort von Andrej Gromyko herausgegeben.

Enthalten sind die Dokumente der Moskauer (1943) und der Berliner Konferenz (1945) der drei Großmächte UdSSR, USA und Großbritannien, der Außenministerratstagung in Paris (1949) und der Schriftwechsel der Regierungen der UdSSR, der USA und Großbritanniens zu Österreich, außerdem die gemeinsamen Communiqués über die Verhandlungen der offiziellen Delegationen der UdSSR und Österreichs, die Erklärungen beider Regierungen, Verträge und Dokumente des Sowjetischen Oberkommandos zur Befreiung Österreichs von den Nazis u. a. Einiges erscheint zum ersten Mal.

Der Sammelband bestätigt den konsequenten Kurs der Sowjetunion, die den Anschluß Österreichs an das faschistische Deutschland als erste entschieden verurteilte, und die Befreiungstat der Sowjetarmee.

Hilfe und Unterstützung der Sowjetarmee bei der Normalisierung des Lebens und dem Wiederaufbau des Staates nach den Grundsätzen der Moskauer Deklaration von 1943 werden deutlich.

Einige Dokumente zeigen den Anteil der UdSSR am Zustandekommen des Staatsvertrages und das Bemühen der Sowjetunion, darin vor allem die Interessen des österreichischen Volkes wahrzunehmen. Die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Republik Österreich in den letzten 25 Jahren werden ebenfalls dokumentarisch veranschaulicht.

So anziehend eine Persönlichkeit auch sein mag (und sie alle sind nicht nur bedeutende Politiker und Denker, sondern auch außergewöhnliche Menschen), der Autor wertet ihren Nachlaß kritisch. Er erliegt der Leidenschaftlichkeit, dem publizistischen Talent, der literarischen Begabung nicht, so verlockend das auch z. B. im Falle von Fanon sein mag. Uljanowski steht bewußt auf dem Standpunkt: „Persönliche Sympathien und Achtung für Fanon (und sicher denkt er dabei auch an andere. — V. S.) dürfen nicht an objektiver, kritischer Wertung seines Erbes hindern. Wir dürfen in der Geschichte niemanden nur vom ethischen Standpunkt beurteilen.“ Selbstverständlich aber darf einen der Dienst an der

Wahrheit nicht dazu bringen, herabzusetzen, was jemand getan hat, der die historische Wahrheit nicht restlos erkannt, seinen politischen Weg nicht zu Ende gegangen ist, kein wirklich wissenschaftliches Weltbild hatte, sich nicht zum Marxismus-Leninismus bekannte. Das Buch ist von dem Bewußtsein getragen: Wer Ruhmreiches getan hat, muß trotz Fehlern und Irrtümern geachtet werden.

Im großen ganzen trägt das Buch viel zum Verstehen der Vorgänge in den Entwicklungsländern bei. Hier gilt, was Petrarca sagte: „Tugend bringt Ruhm, und Bücher erhalten ihn der Nachwelt.“

V. SIDENKO

WER HAT DEN ERDÖL-TRUMPF?

Ruben ANDREASSIAN

Der Kampf auf dem Erdölmarkt der Welt ruht nicht. Obwohl auf dem kapitalistischen Markt jetzt Überschüsse an diesem Treibstoff bestehen, gehen die OPEC-Länder erneut an die Preiserhöhung. Sie beabsichtigen, die Ölgewinnung sowie die Lieferungen an die größten amerikanischen und britischen Ölmonopole einzuschränken und so das Verhältnis Nachfrage—Angebot zu eigenen Gunsten zu verändern.

Dabei war das Erdöl erst im Laufe von ganz 1979 und im vorigen Winter eine ausgesprochene Mangelware, und unter den Käufern herrschte helle Aufregung. Die Importeure machten vor keinen Ausgaben halt. Bei den Bargeschäften in Rotterdam erreichte der Preis je Barrel (159 l) 45 Dollar, was viel teurer als bei Langzeitabschlüssen war.

Indessen bestand kein Grund zur Panik. Die Gesamtförderung des Erdöls in der kapitalistischen Welt 1979 (2415 Mio t) war um 5% höher als im Vorjahr (2306 Mio t); in den OPEC-Ländern stieg sie von 1462 Mio auf 1535 Mio t, also ebenfalls um 5%. Der Verbrauch in der kapitalistischen Welt blieb dagegen auf seinem früheren Stand. In den USA sank er sogar um 2% (langsames Entwicklungstempo der kapitalistischen Wirtschaft, Sparmaßnahmen).

Woher rührte dann das neuerliche Erdölfieber? Nur von den Handlungen der imperialistischen Kräfte, vor allem der herrschenden Kreise und Ölmonopole der USA. Washington provozierte eine akute Krise in den Beziehungen zu Teheran, wodurch der iranische Erdöllexport in die USA abgebrochen wurde. Die militärischen Drohungen des Weißen Hauses an Iran beschworen die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes am Persischen Golf herauf. Die Verbraucher des Erdöls aus dieser Region — die westeuropäischen Länder und Japan — befürchteten, ihre Versorgungsquellen dort vollends zu verlieren. Auf diese Angst spekulierend, verminderten die Ölmonopole der USA und anderer Länder die regelmäßigen Öllieferungen an die Verbraucher und verkauften das Erdöl

über dritte Firmen zu überhöhten Preisen in Rotterdam.

Entrüstet setzten die OPEC-Länder die Preise ebenfalls herauf. Daraufhin kauften die importierenden Länder um die Wette, um morgen nicht noch mehr zahlen zu müssen.

Washingtons Absichten

Wie OPEC-Generalsekretär René Ortiz (Venezuela) erklärte, erreichten die Ölvorräte der kapitalistischen Länder Ende des vergangenen Winters 0,7 Md. t. Es heißt, daß diese Reserven einigen Ländern für 3—4 Monate reichen. Der Erdölmarkt wies plötzlich Überschüsse von ca. 50 Mio t (aufs Jahr umgerechnet) auf. Die Preise in Rotterdam gaben nach. Der Verkaufsmarkt wurde zum Kaufmarkt. Nun will der Westen die OPEC-Länder unter Druck setzen. Er betrachtet die Erdölvorräte als seinen Trumpf im Kampf gegen die erdöllexportierenden Entwicklungsländer.

Die herrschenden USA-Kreise wollen diesen Trumpf vor allem gegen die iranische Revolution ausspielen. Sie veranlassen ihre westlichen Partner zum wirtschaftlichen Boykott gegen Iran und reden ihnen ein, sie würden dabei nichts verlieren, hätten sie doch große Treibstoffvorräte, während der Anteil des iranischen Erdöls an ihrem Import und Verbrauch schon merklich gesunken sei.

In der Tat importierte Italien 1979 aus Iran 13% seiner gesamten Erdöleinfuhr, Japan ebenfalls 13%, die BRD 11%, Frankreich 5% und Großbritannien nur 4%. In Washington begrüßte man den Beschluß Japans, kein Erdöl mehr bei Iran zu kaufen, und schätzte das als eine politische Aktion ein, obwohl die Japaner kommerzielle Gründe anführten. Auf jeden Fall schrieb die „Washington Post“ am 24. April: „Nach Ansicht der CIA kann Iran in wenigen Wochen in die Knie gezwungen werden, wenn sich die Bündnispartner der USA zum Boykott dieses Landes bereit finden. Die vermutliche Einstellung der iranischen Öllieferungen nach West-

europa und Japan ist jetzt nur noch eine Kleinigkeit... Der Bedarf Japans und Westeuropas am iranischen Erdöl ist weit geringer als der Bedarf Irans an Nahrungsmitteln, die es auf Kredit kauft... Chomeini ist nun deshalb so verwundbar, weil die Welt eine Erdölschwemme erlebt.“

Schließlich will man in Washington auch aus den gespannten Beziehungen zwischen dem republikanischen Iran und einigen arabischen Ländern, insbesondere dem benachbarten Irak, Nutzen ziehen. Im Weißen Haus hofft man allen Ernstes auf eine Spaltung in der OPEC und auf eine Isolierung ihres Hauptgegners im Nahen und Mittleren Osten.

Taktik der OPEC

Sind diese Erdöl-Trümpfe der imperialistischen Kräfte stark genug, um das Spiel gegen die OPEC zu gewinnen? Die USA-Zeitschrift „Time“ vom 5. Mai analysierte die Konstellation auf dem Ölmarkt und zog folgenden pessimistischen Schluß: „Die reale Gefahr einer gänzlichen Einstellung der iranischen Öllieferungen besteht darin, daß dies Panik unter den importierenden Ländern auslösen und sie zu Erdölkäufen veranlassen könnte, die sie in Wirklichkeit nicht nötig haben, die aber die Preise erneut in die Höhe treiben würden.“ Das stimmt, die USA reißen die westliche Welt in eine Situation hinein, die ihren Bündnispartnern schwere wirtschaftliche Verluste bringen kann.

Trotz dem Druck Washingtons beschlossen die EG-Länder deshalb, in der zweiten Maihälfte, nur jene Kontrakte mit Iran zu annullieren, die schon nach dem 4. November 1979 (Tag der Festnahme der USA-Geiseln in Teheran) getätigt waren. Die Sanktionen betreffen praktisch nicht die Erdölkäufe, denn die Hauptverträge für 1980 wurden früher geschlossen.

Übrigens sollte man in einigen westlichen Hauptstädten nicht glauben, Iran und die ganze OPEC seien wehrlos. Um die Überschüsse auf dem Ölmarkt zu beheben und auf ihm wieder eine günstigere Position zu beziehen, beschlossen mehrere erdöllexportierende Länder, die Förderung ab II. Quartal d.J. einzuschränken. Kuweit senkte sie um 25% und auf 75 Mio t im Jahresdurchschnitt (das ist weniger, als

Großbritannien gegenwärtig fördert, Libyen um 15% und Nigeria um 10%. Venezuela sowie das Scheichtum Abu Dhabi, das zu den Vereinigten Arabischen Emiraten gehört, haben die Gewinnung ebenfalls gedrosselt. Die gesamte Reduzierung soll 75 Mio t im Jahr betragen, also größer als die Überschüsse auf dem Markt sein.

Es bewahrheitete sich auch nicht die Hoffnung Washingtons, Mexiko würde 0,2 Md. t Erdöl im Jahr gewinnen und seine Lieferungen an die USA in einem Grade steigern, der ihre Abhängigkeit vom Import aus den arabischen Ländern lockern würde. Wie der mexikanische Präsident López Portillo erklärte, plant sein Land für die nächsten Jahre eine Förderung von 125 Mio t. Der mexikanische Außenminister Castañeda sagte vor kurzem: „Es liegt in unserem Interesse, unseren Export nicht übermäßig auf einzelne Länder, vor allem nicht auf die USA, zu orientieren.“

Kuweit gab die Einschränkung nicht nur der Ölförderung, sondern auch der Lieferungen an die drei größten Ölkonzerne — Gulf Oil (USA), British Petroleum und die britisch-holländische Royal Dutch Shell — bekannt. Dieser Schritt erfolgte bald nach dem März-Besuch des französischen Präsidenten Giscard d'Estaing im Emirat. Während des Besuchs wurde ein Abkommen unterzeichnet, laut dem die französischen Gesellschaften Compagnie française des pétroles und ELF Aquitaine Erdöl nicht über die zum Internationalen Erdölkartell gehörenden genannten Konzerne, sondern unmittelbar bei der Kuweit National Petroleum kaufen werden. Auch Irak verringerte seine Öllieferungen an diese Konzerne, um die französischen Gesellschaften um so besser zu versorgen. Frankreich und Japan steigern rasch ihre selbständigen Käufe in den arabischen Ländern und drängen allmählich die Kartellmitglieder zurück. Das Beispiel Kuweits und Iraks könnte Schule machen. Gegen das Kartell und seinen USA-Kern wird also von zwei Seiten vorgegangen: sowohl von den Exporteuren als auch von den Importeuren des Erdöls aus den Reihen der Bündnispartner (alias Rivalen) der USA.

Unter diesen Umständen hinderte nicht einmal die heutige Situation auf dem Ölmarkt die OPEC-Länder daran, die Ölpreise gemäß langfristigen Abschlüssen weiterhin zu heben. Bekanntlich erhöhte diese Organisation sie 1979 wesentlich, und auf der 55. OPEC-Konferenz im Dezember erhielt jedes Mitglied das Recht, den Preis selbständig festzusetzen. Anfang Februar 1980 erhöhten alle OPEC-Länder ihre Preise abermals um 2–4 Dollar je Barrel. Es ergab sich ein Durchschnittspreis von 30 Dollar je Barrel bzw. 220 Dollar je Tonne.

Im Frühjahr zogen die Preise erneut an. Am 1. April erhöhte Iran seinen Preis auf 35 Dollar je Barrel, am 14. Mai tat das Saudi-Arabien (von 26 auf 28 Dollar), am 20. Mai folgten ihnen Libyen und Algerien, dann die übrigen OPEC-Länder. Insgesamt wurde das Erdöl um 2 Dollar teurer, und der Durchschnittspreis beträgt heute ca. 32 Dollar je Barrel bzw. 230 Dollar je Tonne; Libyen aber verkauft schon zu 37 Dollar je Barrel bzw. 280 Dollar je Tonne. Wie niedrig erscheint dagegen der Erdölpreis zu Beginn der 70er Jahre: 1,8 Dollar je Barrel des leichten saudischen Erdöls!

Die OPEC-Länder knüpfen an ihren Erdölhandel immer neue Bedingungen. Gegenwärtig sind sie es, die einseitig die Laufzeit von Abschlüssen, die Lieferungen und natürlich die Preise verändern.

Am 7. und 8. Mai fand in Taif (Saudi-Arabien) eine außerordentliche OPEC-Konferenz statt. Sie beschloß, künftig die Ölpreise jedes Quartal im Hinblick auf drei Faktoren festzusetzen: die Inflation, besonders die Verteuerung der Importwaren aus den kapitalistischen Industrieländern; die Kursschwankungen der führenden Währungen, darunter des US-Dollars; das wirtschaftliche Wachstumstempo in den Industriestaaten. Der Beschluß soll nach seiner Bestätigung auf einer OPEC-Konferenz in Kraft treten, die im November zum 20jährigen Jubiläum der Organisation in Bagdad tagen wird. Die Ölpreise sollen sich also regelmäßig fast automatisch verändern. Doch konnte in Taif eine Regelung des Niveaus der Ölgewin-

nung nicht vereinbart und auch nicht eine langfristige Strategie der OPEC-Tätigkeit ausgearbeitet und angenommen werden; das Preisniveau wurde nicht vereinheitlicht. Das zeugt davon, daß zwischen den einzelnen OPEC-Mitgliedern noch ernste Differenzen bestehen. Sie ergeben sich aus den Unterschieden im Erdöl- und Wirtschaftspotential, im politischen System und im Grad der Verbindungen zum Westen, zu den USA.

Warnungen, Aussichten

Hierzu gehört auch folgendes. Die arabischen Länder und Iran schaffen es nicht, ihre Erdölpolitik zu vereinbaren, um in Einheitsfront gegen die imperialistische Expansion aufzutreten. Während des Ölembargos über die Verbündeten Israels 1973 unterstützte das Schah-Regime im Iran die arabischen OPEC-Länder nicht, was die Wirksamkeit des Embargos wesentlich beeinträchtigte. Heute, da das neue, republikanische Iran mit den aggressiven Ausfällen und dem Druck seitens der USA konfrontiert ist, muß es, auf jeden Fall bis jetzt, allein vorgehen, und so kann Washington nicht nur die Iraner, sondern auch die Araber unter Druck setzen.

Der iranische Erdölminister Moinefar sagte zwar in einem Interview für die Teheraner Zeitschrift „Ettela'ate Haftegi“ am 24. April: „Sollte sich Carter zum Vermögen der iranischen Wasserstraßen entschließen, so wird er der ganzen Welt das Erdöl aus dieser Region nehmen. Wir haben über diese Frage mit unseren arabischen Brüdern verhandelt. Zugleich mit der Einstellung unseres Ölexportes werden auch sie alle ihre Lieferungen für die westliche Welt einstellen.“ Gesagt sei, daß die arabischen Erdölländer selbst diese Erklärung nicht kommentiert haben. Beachtenswert ist aber, daß die Konferenz in Taif die Absicht der Mitgliedsländer bestätigt hat, „den iranischen Öl-export auf den internationalen Märkten nicht auszugleichen“.

Unter allen Umständen bedeuten die militärischen Vorbereitungen der USA im Persischen Golf, das Ausspielen ihrer Trümpfe ein Spiel mit dem Feuer. Die Wirklichkeit ist jedoch viel zu ernst und gefährlich, als daß man sich solche Spiele leisten dürfte. Die Geschichte der Völker und des Friedens aufs Spiel zu setzen ist ein Verbrechen. Letzten Endes wird der Erdöl-Trumpf des Imperialismus gestochen sein. Allerdings könnte das sehr teuer zu stehen kommen. Deshalb kämpfen alle fortschrittlichen Kräfte der Welt für die Entspannung, für die Respektierung des Völkerrechts durch alle Länder und für die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf der demokratischen Grundlage der Gleichheit und des Nutzens für alle Staaten. Dieser Kampf ist ebenfalls ein Beitrag zur Sache des Friedens.



WOLLEN SIE EINEN NEUEN KRIEG?

(Offener Brief an einen ehemaligen deutschen Soldaten)

Werter Manfred!

Wenn ich mir dieser Tage die beunruhigenden Meldungen von Presse und Rundfunk durch den Kopf gehen lasse, weile ich in Gedanken bei Ihnen, einem Teilnehmer des zweiten Weltkriegs, in der Bundesrepublik Deutschland. Erkennen Sie auch, daß die NATO-Politiker und -militärs jetzt, 35 Jahre nach der Niederwerfung des faschistischen Aggressors, uns und unsere beiden Völker in einen noch schrecklicheren Krieg hineintreiben wollen?

Wir lernten uns zufällig kennen.

Anfang Juni v. J. setzten wir uns in Warna am Schwarzen Meer als Unbekannte zum Essen an einen Tisch. Wir kamen ins Gespräch, und da stellte es sich heraus, daß Sie in der Wehrmacht Hitlers gedient haben und ich in der Sowjetarmee.

Wir empfanden keine Feindseligkeit füreinander, wahrscheinlich nicht nur, weil der Krieg schon so lange zurückliegt. Das Sowjetvolk wird denen nie verzeihen, die den Krieg vom Zaun brachen und unendliches Leid über die sowjetischen Menschen brachten. Die Deutschen aber, die von Hitler auf die Schlachtbank geschickt wurden,

hatten ungefähr die gleichen Überlebenschancen wie wir.

Sie haben mir erzählt, wie großmütig sowjetische Soldaten und Offiziere zu Ihnen als Kriegsgefangenem waren. Sie haben mir ein Foto von Ihrem Enkel gezeigt. Er ist ein Schuljunge und fast ebenso alt wie meiner. Sie haben mir erzählt, daß Sie in Wuppertal wohnen, daß Sie die Stadt lieben und Techniker bei einer Firma für große Stahlrohre sind. Dankbar sprachen Sie darüber, daß die sowjetischen Rohrbestellungen in schwerer Zeit Ihnen und Ihren Kollegen Arbeit gaben.

Ich kenne Wuppertal, es ist wirklich schön, einerseits vielen Städten Europas ähnlich, anderseits einmalig wie jede. Dort ist einer der größten Söhne des deutschen Volkes, Friedrich Engels, geboren. Als wir sowjetischen Wissenschaftler im September 1978 am 16. Internationalen Kongreß für Philosophie in Düsseldorf teilnahmen, führten wir nach Wuppertal, wo einer der Begründer unserer Philosophie das Licht der Welt erblickte. Sie und ich unterhielten uns freundschaftlich, weil unsere beiden Völker die von den Faschisten gestiftete Feindschaft überwunden hatten. Wir

schieden in der Hoffnung, daß die 80er Jahre friedlich sein werden.

In Washington will man aber nach eigenem Gutdünken entscheiden, wie die Völker leben sollen. Dort stellt man Kommandos auf, die amerikanischen Befehlen in anderen Weltgegenden nachkommen sollen. Mit einer Leichtigkeit sondergleichen haben bundesdeutsche Politiker die Rolle US-Beauftragter in Europa übernommen. Diese Rolle spielten sie auf der NATO-Tagung vom Dezember 1979 und halfen dem US-Boß, den Vertretern der Regierungen Europas die Arme auszukugeln, die in ihren Ländern keine amerikanischen Kernwaffen stationieren lassen wollen.

Es sieht so aus, als hätten sich die Politiker und Militärs der BRD verpflichtet, den amerikanischen Herrschaften in Europa die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Sie müssen doch erkennen, daß, sollte in Europa ein Atomkrieg ausbrechen, keine Feuerwehr der Welt den Brand löschen könnte.

Es ist schwer zu glauben, daß sich die Bankiers und Industriellen der BRD und die ihnen hörigen Politiker damit abgefunden haben sollen, vor

INTERVIEW

IN KANADA UNVERGESSEN

Von der Vereinigung Kanada—UdSSR eingeladen, war eine Delegation des Sowjetischen Komitees der Kriegsveteranen in Kanada, geführt von einem Mitglied seines Präsidiums, Iwan KOSLOW, dem Vizepräsidenten der Freundschaftsgesellschaft UdSSR—Kanada. Unser Korrespondent Wladimir Shifomirski hat ihn über seine Eindrücke interviewt.

Was war der Hauptzweck Ihrer Reise?

Unsere Delegation war von der Vereinigung Kanada—UdSSR zu den Festlichkeiten anlässlich des 35. Jahrestags des Sieges über Hitlerdeutschland eingeladen. Wir hatten freundschaftliche Zusammenkünfte mit Leitern und Mitgliedern der Vereinigung, mit Kriegsteilnehmern. Unsere Delegation wurde in der Festversammlung in Toronto mit viel Wärme aufgenommen.

Der stellvertretende Bürgermeister von Toronto Dan Heap, der nordamerikanische Kriegsveteran General Hugh Hester und der Vorsitzende der

Vereinigung, Michael Lucas, sprachen in der Versammlung über die große Tragweite des Sieges der alliierten Mächte über Hitlerdeutschland, über die entscheidende Rolle der UdSSR bei der Niederwerfung der faschistischen Aggressoren und über die Notwendigkeit, für einen festeren Frieden zu kämpfen. In diesem Sinne ist auch die gemeinsame Erklärung unserer Delegation und der Vereinigung Kanada—UdSSR abgefaßt. Darin ist namentlich betont, daß bei der jetzigen Zuspitzung der internationalen Lage Bemühungen darum besonders wichtig sind, Dinge zu erreichen wie eine möglichst bal-

dische Ratifizierung des SALT-II-Vertrags, die Aufhebung des NATO-Beschlusses, neue amerikanische Raketen in Westeuropa zu stationieren, und die Befolgung der Beschlüsse der Abrüstungs- und der UNO-Vollversammlung. In der Erklärung heißt es: „Die Delegation des Sowjetischen Komitees der Kriegsveteranen und die der Vereinigung Kanada—UdSSR halten es für notwendig und nützlich, die Beziehungen zwischen der UdSSR und Kanada auszudehnen und zu vertiefen, darunter die Verbindungen zwischen gesellschaftlichen Organisationen sowie die kulturellen, wissenschaftlichen, sportlichen und anderen Kontakte, was der Verständigung und Freundschaft zwischen den Völkern der UdSSR und Kanadas zum Nutzen des Friedens und der Sicherheit aller Völker förderlich sein wird.“

In Kanada bestehen Vereine von Kriegsteilnehmern.

Ist Ihre Delegation mit Vertretern dieser Vereine zusammengekommen?

den Wagen der USA gespannt zu sein. Zweifellos treiben die bundesdeutschen Industriekapitäne ihr eigenes Spiel.

Haben sie denn noch immer nicht genug gespielt? Sind die traurigen Erfahrungen ihrer Vorgänger, die mit Hitlers Hilfe die Welt erobern wollten, nicht lehrreich genug?

Jetzt suchen die USA die Öffentlichkeit Europas und der Welt von der nuklearen Neuausrüstung ihrer Kräfte in Europa abzulenken. Man will Ihnen einreden, daß es sich um eine bloße Modernisierung der vorhandenen Waffen handelt.

Als Kriegsteilnehmer verstehen Sie aber genau, daß die geplante Nachrüstung keine bloße „Auffrischung“ des NATO-Rüstzeugs ist. Man will in Westeuropa rund 500 Flügelraketen — grundsätzlich neue strategische Waffen — stationieren. Sie haben 2500 km Reichweite. Jede kann eine superstarke Kernladung tragen. Fast genauso groß wird die Reichweite der neuen Pershing-2-Raketen sein.

Ich weiß nicht, ob man solche in der Nähe von Wuppertal aufstellen oder dort einen Stützpunkt für Tomahawk-Flügelraketen anlegen wird. Man wird Ihnen das auch nicht sagen und Sie nicht nach Ihrem Einverständnis dazu fragen, daß US-Militärs aus Ihrer Gegend diese tödlichen Waffen nach unseren Städten starten können. Nehmen Sie den Zirkel Ihres Enkels, stechen

Sie ihn auf der Karte in Wuppertal ein, dann sehen Sie, daß in dem Kreis, den Sie ziehen, Warna liegt, wo wir uns trafen, Moskau, wo mein Enkel wohnt, und viele andere Städte unseres Landes und anderer friedliebender Länder. Haben Sie etwa gewollt, daß mein Enkel in der Zone lebt, die von US-Geschützen aus Wuppertal getroffen werden könnte?

Als ehemaliger Soldat werden Sie leichter als andere das Spiel der US-Strategen durchschauen, die imstande sein wollen, die UdSSR zu überfallen, und als Zielscheibe für Gegenschläge Ihr Land und die anderen NATO-Länder Europas mißbrauchen möchten.

Sie wollen Ihnen einreden, die US-Raketen, die man in der BRD abschießen werde, seien „so gut wie unerreichbar“. Sie als Soldat wissen aber, daß sich für jedes Mittel ein Gegenmittel findet.

Vielleicht haben die NATO-Strategen, die solche kriminellen Pläne schmieden, die zerstörten Städte Hiroshima, Minsk, Berlin und Warschau nicht gesehen. Oder glauben sie etwa, daß ihre Städte dem Schicksal entgehen werden, das sie unseren Städten bereiten wollen? Das sind gefährliche Illusionen.

Für diese Leute sind Menschen und Städte nur mathematische Größen, taktische Einheiten, ihnen gehen Millionen Dollar über Millionen Menschen. Aber jeder Mensch, auf den sie zielen, ist ein Indivi-

duum, ein Schicksal, ein Wesen, das Freude gibt und empfängt, das niemand auslöschen darf. So denken Sie, ich, meine Freunde und ich bin sicher, auch die allermeisten Ihrer Landsleute.

Wollen Sie etwa, daß sich unsere Kinder oder Enkel in einem neuen Krieg als Feinde begegnen?

Können Sie damit einverstanden sein, daß das Spiel weitergeht, bei dem der Einsatz Ihr Leben und Ihr Land sind? Sind Ihre Landsleute nicht mehr Herren über ihr Geschick und haben es in die Hände von Abenteurern aus Übersee gelegt?

Mir tut es leid um Ihre Stadt, rings um die man Raketen aufstellen will. Es tut mir leid um die erste Schwebebahn Europas, auf die die Wuppertaler so stolz sind. Mir ist die Stadt teuer, in der Engels geboren wurde. Denen, die die tödlichen Raketen in der BRD stationieren wollen, tut es um nichts leid. Am Pult dieser Raketen werden fremde Soldaten stehen, für die Ihr Land nur eine Startrampe ist. Sie als ehemaliger Soldat müssen wissen, was man mit Ihnen und Ihrem Volk vorhat. Wollen Sie sich damit abfinden? Wollen Sie etwa einen neuen Krieg?

Prof. Dr. Wassili SCHELJAG
Konteradmiral a. D.,
Vizepräsident
der Philosophischen
Gesellschaft der UdSSR

Ehe ich das beantworte, möchte ich sagen, daß wir vor einigen Jahren freundschaftliche Verbindungen mit der größten Veteranenorganisation, der Königlich-Kanadischen Legion, aufnahmen. Vertreter der Legion waren neben Veteranendelegationen aus den anderen Ländern der Antihitlerkoalition im Jahre 1975 zu den Festlichkeiten am 30. Jahrestag des Sieges bei uns in der UdSSR. Im folgenden Jahr war eine Delegation von uns in Kanada beim Jubiläumskongreß der Legion. Ebenso wie die kanadischen Veteranen in der UdSSR wurden auch die Vertreter unseres Komitees in Kanada sehr herzlich aufgenommen.

Bei unserem diesmaligen Besuch äußerten wir natürlich den Wunsch, unsere Freunde aus der Legion wiederzusehen. Wir hatten Begegnungen mit ihnen in Ottawa. Dort unterhielten wir uns mit Leitern der Legion, darunter ihrem Generalsekretär, Jean Lamy, und mit Vertretern der Provinzgruppe Ontario. Wir diskutierten offen über die internationale Lage und über die Verbin-

dungen der beiden Organisationen. Mit größter Genugtuung kann ich sagen, daß der gemeinsame Kampf gegen den gemeinsamen Feind bei den kanadischen Veteranen unvergessen ist, daß sie wie wir der Ansicht sind, daß man energisch den Frieden schützen muß. Wir waren uns darüber einig, daß die Verbindungen zwischen den Veteranenorganisationen ausgedehnt werden müssen.

Unsere Delegation wurde vom Minister für Veteranenangelegenheiten, Daniel McDonald, empfangen. Das Gespräch war sehr freundschaftlich.

Bekanntlich sind in letzter Zeit die Entspannungsgegner in Kanada aktiver geworden. Haben Sie etwas davon gemerkt?

Tatsächlich merkt man, daß Zeitungen und Fernsehen öfter die Spannung zwischen unseren Ländern zu steigern und die Friedenspolitik der UdSSR falsch darzustellen versuchen. Einem Mitglied unserer Delegation, Admiral der Reser-

ve Semjon Sacharow, wurde die Einreise verweigert.

Vor und während der Festversammlung in Toronto wurde versucht, sie zu vereiteln. Es war ein bunter Haufen aus Zionisten, Trotzlisten und bürgerlich-ukrainischen Nationalisten, aber die Öffentlichkeit Kanadas erteilte ihnen eine gehörige Abfuhr, und sie konnten nichts ausrichten.

Das Sowjetvolk weiß genau, woher der kalte Wind weht. Doch die Dankbarkeit für das Heldentum der UdSSR im zweiten Weltkrieg ist bei den Völkern nicht auszutilgen. Seit damals hat sich das Wesen der UdSSR und ihres Volkes, hat sich das Wesen unserer Partei geändert. Ebenso wie damals kämpft die UdSSR auch jetzt gegen die Kräfte der Aggression und schützt die Zivilisation und die Freiheit.

Zum Schluß möchte ich Herrn Lucas, dem Vorsitzenden der Vereinigung Kanada—UdSSR, und allen anderen kanadischen Freunden für ihre Gastfreundschaft unserer Delegation gegenüber danken.

Gas für Stara Sagora

Andrej KRUSCHINSKI

Die erste Baufolge des südlichen Halbkreises der Gasleitung UdSSR—Bulgarien ist zu Neujahr 1980 fertig geworden und hat Stara Sagora erreicht, wo die Belegschaft eines großen Chemiekombinats schon sehr auf das Gas gewartet hatte.

Kurz vorher war ich dabei, als ein großer Abschnitt der Leitung getestet wurde. Das war im Kreise Burgas. Von einem steilen Hügel beim Dorfe Tyrnak war gut zu sehen, wie sich der dünne Silberfaden über die Felder schlingelt und sich in den Bergen am Horizont verliert.

„Das sind schon in Gräben gelegte Gasrohre“, erläuterte Natschko Petrow, der die Tests leitete, und fügte hinzu: „Bulgarische!“

Ende der 60er Jahre machte er nach einem Studium in der UdSSR seine Diplomarbeit. Das Thema war die Verlegung einer Pipeline unter der Wolga hindurch. Jetzt leitet er mit seinen 33 Jahren einen fast 100 km langen Abschnitt, zu dem eine Kompressorstation gehört.

Für den Test hatten sie sich eine der schwierigsten Stellen der Leitung ausgesucht. Da schlingelt sie sich einen steilen Berghang hinauf. Das 1,5 km lange Stück verschlossen sie zu beiden Seiten und preßten mit zwei starken Kompressoren Luft hinein. Der Druck in den Rohren war um 25% höher, als er später während des Betriebes sein wird.

Bevor ich aber die Tests schildere — darauf will ich später zurückkommen —, möchte ich erklären, warum ihnen die Bauleute mit besonderer Spannung entgegenzogen und was für technische Schwierigkeiten sie hier hatten.

Ein Irrtum der Geologen korrigiert

Im Arbeitszimmer des sowjetischen Legationsrats Grigorew hängt eine große Landkarte Bulgariens mit verschiedenfarbigen Fähnchen. Sie bedeuten die Erzminen, Fabriken und Kraftwerke, die mit technischer Hilfe der UdSSR gebaut oder mo-

dernisiert und ausgebaut werden. Es sind über 300, etwa 200 sind schon in Betrieb. Ihre Fortentwicklung hängt weitgehend von der Fertigstellung der besagten Gasleitung ab. Auf der Karte bildet sie zwei Halbkreise nördlich und südlich des Balkans, die sich an der Küste und bei Sofia berühren.

Der unmittelbare Anstoß zum Bau war ein Mißverständnis, das auf einem geologischen Irrtum beruhte.

Bei dem Flecken Tschiren in Nordwestbulgarien wurde 1960 ein Gaskondensatvorkommen erschürft und anfangs auf 10 Md. Raummeter Gas geschätzt. Sofort wurden im Ausland komplette Ausrüstungen bestellt und wurde schon Mitte der 60er Jahre in Wraza ein Kombinat für den billigsten synthetischen Ammoniak Bulgariens sowie daraus gewonnenen stickstoffhaltigen Kunstdünger in Betrieb gesetzt. Bald erwies es sich aber, daß das Vorkommen nur ein Drittel der vermuteten Größe hat. Da kam die Frage auf, ob man nicht Gas importieren sollte. Nach Verhandlungen begann zu Anfang der 70er Jahre der Bau der Gasleitung über Rumänien nach Bulgarien. Im August 1974 erreichte der nördliche Halbkreis Wraza, gerade, als das Vorkommen erschöpft war.

Laut Projekt ist die Leitung so angelegt, daß sie zur Erfüllung eines wichtigen volkswirtschaftlichen Aufgabenkomplexes Bulgariens beitragen wird.

„Der nördliche Halbkreis mit fast 500 km beliefert gut zwei Dutzend bulgarische Großbetriebe mit sowjetischem Gas“, sagt mir Grigorew. „Die bulgarischen Freunde sehen in der Pipeline mit Recht einen Beweis für die großen wirtschaftlichen Vorteile, die die sozialistische Wirtschaftsintegration bietet.“

Tatsächlich schnellte die Effektivität der Betriebe in Dewnja, Plewen und Wraza sofort hoch, als der von Osten nach Westen führende nördliche Halbkreis nacheinander diese Ortschaften erreichte. Die Selbstkosten des Ammoniaks sanken auf die Hälfte dessen, was es kostet, wenn aus Masut hergestellt. Die Metallurgie brauchte nunmehr weniger

Koks, und der Nutzeffekt der Hochöfen stieg. Die Arbeitsproduktivität in der Zement- und der Glasproduktion stieg um 10%, und die Erzeugnisse wurden besser. Auch nahm die Umweltverschmutzung wesentlich ab. So war es Anfang 1975, als die Pipeline über den Murgasch-Berg geführt und bis Sofia gelegt wurde. Dadurch nahm nicht nur die Leistung des Hüttenkombinats von Kremikowzi und anderen Betrieben zu, es wirkte sich auch günstig auf die Umwelt aus.

Aber südlich vom Balkan bestehen auch ziemlich viel Industriestädte, die an sowjetischem Naturgas interessiert sind. Die Lieferungen an Bulgarien (ebenso wie an andere RGW-Länder) können durch Beteiligung am Bau der Hauptleitung „Sojus“ auf sowjetischem Boden vergrößert werden. Das bulgarische Amt Gasstroimontash hat also mit dem Bau des zweiten Halbkreises begonnen, zu dem das Projekt vom Kiewer Institut Wnipitransgas erarbeitet worden ist. Wenn er Sofia erreicht, dann ergibt sich ein geschlossener Kreis. Er wird ganz Bulgarien umspannen und Sofia vom Norden und vom Süden her mit Gas beliefern. Die erste Baufolge dieses Halbkreises — von der Kompressorstation Brestak (bei Tolbuchin) bis Stara Sagora — mißt 219 km und ist zu einem der wichtigsten Bauobjekte des jetzt laufenden 7. bulgarischen Fünfjahrplans erklärt worden.

Beim Bau ergab sich eine ernste Schwierigkeit: Infolge der Krisenerscheinungen im Westen waren dortige Firmen außerstande, rechtzeitig Gasrohre des erforderlichen Durchmessers zu liefern. Aber wozu brauchte man eigentlich die teuren Rohre noch zu importieren, wo doch bei Septemwri ein eigenes Rohrwalzwerk eröffnet wird?

Diese Idee schien anfangs unausführbar. „Wir werden es natürlich lernen, Rohre zu machen, aber keine Gasrohre!“ Das sagten viele.

Das Walzen von Gasleitungsrohren ist in der Tat sehr kompliziert. Nicht umsonst werden sie in weniger Ländern als z. B. PKWs erzeugt.

Um zu veranschaulichen, wie es doch geschafft wurde, möchte ich eine Veranstaltung schildern, bei der ich im Sommer 1978 anwesend war. Der Hauptsaal im Haus der sowjetischen Wissenschaft und Kultur in Sofia war überfüllt. Nacheinander erhoben sich die Direktoren und BGL-Vorsitzenden bulgarischer Betriebe und die Leiter der Gruppen sowjetischer Fachkräfte, gingen zum Tisch des Präsidiums und unterschrieben einen Freundschaftsvertrag.

Er lautete: „Da es volkswirtschaftlich äußerst wichtig ist, daß die Gasleitung UdSSR—Bulgarien schnellstens zu Ende gebaut und termingemäß eröffnet wird, schließen wir bulgarischen und sowjetischen Arbeiter und Fachkräfte — Metallurgen, Rohrwalzer und Gasleitungsbauer — diesen Wettbewerbsvertrag über Zusammenarbeit und gegensei-



Hier entsteht die Gasleitung UdSSR—Bulgarien
Foto des Verfassers

tige Hilfe. Wir alle wollen erreichen, daß die erste Baufolge des südlichen Halbkreises bis zum 31. Dezember 1979 fertig wird.“

Der erste Teil des technologischen Aspekts dieses internationalen sozialistischen Wettbewerbs betraf das Hüttenwerk Kremikowzi. Ich suchte es bald danach auf. Nach dem Dreifachvertrag, wie man ihn jetzt nennt, hatte sich die Kombinati-belegschaft verpflichtet, „jeden Monat 2500 t Stahlblech Marke 10G2SAF zu erzeugen und dem Rohrwalzwerk in Septemwri zu liefern.“

Küchengeheimnisse

In der riesigen Kombinatshalle dröhnte und donnerte es. Also waren die Elektroden angeschaltet, und der Stahlguß begann.

„Hier wird der 10G2SAF gegossen“, brüllte mir jemand ins Ohr. Es war Borodulin, Held der Sozialistischen Arbeit, der die sowjetischen Fachkräfte leitet. Früher war er Direktor mehrerer großer sowjetischer Hüttenwerke. Der „Topf“ mit 100 t Fassungsvermögen brodelte ohrenbetäubend.

Der Guß dieses Stahls hat seine besonderen Feinheiten. Er wird bei sehr hoher Temperatur vorgenommen und dauert 10mal so lange wie bei gewöhnlichem Konverterstahl. Die dem Laien unverständliche Bezeichnung bedeutet, daß er sich kompliziert zusammensetzt und Mangan, Silizium, Kohlenstoff und Vanadium

enthält, was ihn besonders fest und — bei Gasrohren ist das besonders wichtig — elastisch macht. Das Rezept ist am Institut für Metallkunde und -technologie der Bulgarischen AdW unter Leitung des Kandidaten der Wissenschaften Zola Raschew entwickelt worden. Er immatrikulierte sich am Ural-Polytechnikum zu Anfang der 50er Jahre, als die VR Bulgarien noch so gut wie kein Hüttenwesen hatte. Die kleinen Betriebe gossen zusammen im Jahr nicht viel mehr Stahl als jetzt Kremikowzi allein an einem Tag.

Nicht alles ging von Anfang an glatt. Das Vorwärtskommen veranschaulichen aber zwei graphische Darstellungen im Büro Borodulins: Die Kurve des Ausschusses führt ununterbrochen abwärts, die des erstklassigen Stahls (nur solcher ist für Gasleitungsrohre brauchbar) aufwärts. Septemwri wird stockungslos mit dem erforderlichen Stahlblech beliefert.

Im Frühjahr dieses Jahres hörte ich in dem Betrieb, für den der 10G2SAF bestimmt ist, ohne zu wollen folgendes Gespräch mit an:

„Hallo! Ist dort das Wolga-Rohrwalzwerk? Hier Chassardschi aus Septemwri. Wie geht es unseren Bulgaren, die bei euch zum Praktikum sind? Arbeiten sie am Walzwerk? Verlangt von ihnen genau so viel wie von euren tüchtigen Leuten, als ob eure Planerfüllung von ihnen abhängt. Sie sollen doch was können, wenn sie wiederkommen!“

Der sowjetische Ingenieur Chassardschi, noch unlängst Leiter einer Abteilung im Wolgabetrieb, steht in Septemwri einer Gruppe sowjetischer Fachkräfte vor. Als die Behörden der BRD vor 17 Jahren der UdSSR die Rohrlieferungen für die Ölleitung „Freundschaft“ sperrten, gehörte er zu denen, die in Rekordzeit in der UdSSR die Produktion von Rohren in Gang brachten, die früher bei uns nicht erzeugt wurden.

Er führt mir in der Halle in Septemwri aufgestellte sowjetische Schweißapparate vor, die die Rohrnähte schweißen.

„Sehen Sie, die hiesigen Rohre haben Spiralnähte“, sagt er. „Solche Nähte halten besser als die geraden an den vom Westen importierten Rohren.“

Septemwri hat für Gasrohre eine mehrstufige Testanlage. Jede Naht wird mit Ultraschall abgetastet. Auf

die kleinste Blase im Metall spritzt die Anlage Farbe. Danach kommt ein Röntgentest, und nach diesem werden die Nummer des Rohr sowie die Namen des Gießers und des Güteprüfers in ein Buch eingetragen.

„Man kann nach diesen Eintragungen auch noch nach 20 Jahren sofort finden, wer an einem Defekt schuld ist, falls gottbehüte etwas passiert“, sagt Chassardschi.

Und doch sind noch so sorgfältige Laborteste etwas ganz anderes als die Tests an einem Leitungsabschnitt.

Note: „Ausgezeichnet“

Getestet wurde am Wochenende, da kann man leichter die Testzone für Feldarbeiten und Außenseiter sperren, die man keinem Risiko aussetzen darf. Ein Rohr könnte ja platzen.

Aber Stojan Stojanow, der Direktor von Gasstroimontash, und seine Kollegen waren ganz unbesorgt.

„Ich bin sicher, daß Rohre von solcher Qualität selbst in der Arktis verwendet werden könnten“, sagt Barabasch, der die Gruppe der sowjetischen Fachkräfte beim Verlegen der Rohrleitung führt. Viele Jahre leitete er das Kiewer Institut, das das Projekt für die Gasleitung UdSSR—Bulgarien herstellte.

Um in dem 1,5 km langen Leitungsstück einen Druck von 70 Atmosphären zu erzielen, wurde 48 Stunden lang Luft hineingepumpt. 12 Stunden lang prüften Spezialapparate, ob nirgends ein Leck ist. Dann die Bewertung: „Der Test ist ausgezeichnet verlaufen.“

Vorüber sind die Aufregungen wegen des 10G2SAF-Stahls, wegen der ersten Schweißnaht und wegen des Leitungstests. Das Chemiekombinat in Stara Sagora verarbeitet nicht mehr Masut, sondern Gas, wodurch die Selbstkosten des synthetischen Ammoniaks auf die Hälfte gesunken sind. Jetzt wird mit Volldampf eine wichtige Zweigstrecke der Gasleitung nach Dimitrowgrad gelegt. Dann ist der letzte Abschnitt der Hauptleitung von Stara Sagora nach Sofia (220 km) an der Reihe. Nach der Fertigstellung des südlichen Halbkreises wird Bulgarien eins der verlässigsten Gasleitungssysteme Europas haben.

Im Kreise Stara Sagora befinden sich der berühmte Schipkapaß und andere Denkmäler der Freundschaft unserer Völker. Dazu kann man jetzt auch die Gasleitung bei der alten Stadt zählen.

Tyrrnak—Septemwri—Sofia



FILMFESTIVAL TASCHKENT

Die Leinwand ist in Rechtecke eingeteilt, und auf jedem läuft ein Film. Man erfährt nicht gleich den Zusammenhang, aber dann merkt man, daß alle ein Thema von verschiedenen Seiten behandeln. Die technische Neuerung heißt Polyekran. An sie erinnert das vielgesichtige Taschkenter Festival, das von 75 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie von vielen Welt- und Landesorganisationen mit Filmen besetzt war und am 30. Mai zum Abschluß gelangte. Die behandelten Probleme und ihre Auslegung waren verschieden, ebenso das professionelle Niveau. Und doch bildeten sie eine Einheit unter der Festivaldevise „Für Frieden, sozialen Fortschritt und Freiheit der Völker!“

Taschkent, die Hauptstadt Usbekistans, hat schon zum sechsten Mal Filmleute aus Asien, Afrika und Lateinamerika gastlich aufgenommen. Die dortige Filmschau hat bereits ihre Traditionen, die sie von anderen unterscheidet. Es fehlt der obligate Wettbewerb, eine Jury und die Begleiterscheinung mancher Filmfestspiele — der Jahrmarkt der Eitelkeiten, die Hektik.

In Taschkent treffen sich als Gleichgeordnete der erfahrene Regisseur und der Anfänger, der seinen ersten Film gemacht hat. Sie diskutieren eifrig über Probleme, die beide beschäftigen. Die Gäste aus den Entwicklungsländern fühlen sich hier in einer Atmosphäre des Wohlwollens. Sie haben jede Möglichkeit, das Geleistete vorzuführen, und können sicher sein, daß die Anwesenden ihre Filme mit Freundesaugen sehen werden. Der Kubaner José Manuel González sagte: „Im Festspielsaal sind manchmal etwa 3000 Personen anwesend, und in jedem erkennt man einen Freund.“

Deshalb sind aber Diskussionen nicht ausgeschlossen. Sie gehören unbedingt zu dem Taschkenter Treffen. Beim diesjährigen Festival wurde über das Entstehen und die Entwicklung der nationalen Filmkunst und über die Perfektionierung ihrer Adepten diskutiert. Basu Bhattacharya, der Präsident des Indischen Regisseurverbandes, sagte: „Zur Lösung dieser Aufgaben trägt auch das Taschkenter Festival bei. Es ist eine Schule, ein Forum,

auf dem sich Gleichgesinnte treffen und Gespräche führen. Etwas ganz Einzigartiges. Deshalb verdienen die Traditionen unserer Taschkenter Treffen jede erdenkliche Förderung.“

In Taschkent sah man die Tragödie eines von den Kolonialisten vernichteten Dorfs von Moçambique („Mueda“, Regie: Ruy Guerra, Moçambique); Missetaten der amerikanischen Aggressoren in Vietnam („Morgenröte“, Regie:

Xuan Sen); das schwere Leben der „Gastarbeiter“ („Deutschland, ein bitteres Land“, Regie: Şarif Geren, Türkei); die Fratze des Faschismus und Rassismus („Halleluja, Gretchen!“, Regie: S. Bacca, Brasilien), Freiheitskämpfe (Wochenschau Nr. 2 von A. Jiménez, Nicaragua); den Alltag eines Landes, das eine neue Gesellschaft aufbaut („Sonabend scheint immer die Sonne“, Regie Manuel Herrera, Kuba) usw.

Alles in allem liefen in Taschkent über 200 Filme, und jeder hat bestimmt dazu beigetragen, die Ideen des Festivals zu verwirklichen. Aber nicht nur die Delegierten und Gäste werden die besten Filme zu sehen bekommen. Viele sind angekauft worden.

„Das Repertoire in unseren Kinos besteht zu einem Drittel aus sowjetischen Filmen, das will das Publikum, dessen Willen wir berücksichtigen müssen“, sagte ein Inhaber der Firma Burundi Cinema, E. Xanthopoulos. Dieser Ausspruch zeugt vom hohen Ansehen der sowjetischen Filmkunst im Ausland, namentlich in den Entwicklungsländern. Davon zeugen auch die vielen Zusammenkünfte und Vorführungen in der Moskauer Filmhochschule, an der schon über 800 junge Menschen aus dem Ausland einen Filmberuf erworben haben. Viele Absolventen haben schon einen Namen.

Im Begrüßungsschreiben von Leonid Breshnew an die Festivalteilnehmer und -gäste heißt es: „Bei der jetzigen von den Kräften des Imperialismus und der Reaktion verursachten Zuspitzung der internationalen Lage wird die Kunst, besonders die an die Massen appellierende Filmkunst, ein immer wichtigeres Mittel zur Konsolidierung der Fortschrittskräfte sowie zur Stärkung des Selbstbewußtseins der Völker und zum Schutz der Welt vor einem drohenden neuen Weltkrieg.“

Die in gutem Willen vereinten Filmemacher können viel dadurch erreichen, daß sie sich für die humanistischen Werte der Menschheit einsetzen; ihre Kunst kann den Kräften eine Abfuhr erteilen, die sich auch jetzt gegen das Streben des Menschen nach Frieden und Glück stellen.“ Das hat das Taschkenter Filmforum anschaulich gezeigt.

A. WOLODIN

Gäste aus Nicaragua unterhalten sich mit usbekischen Filmleuten

Foto: S. Sklesnjow



Zwei meiner Bekannten bezeichnen sich als Kommunisten. Der eine ist „wohl-situ-iert“, gebildet und in angesehener Position, der andere ist ein einfacher Arbeiter. Ehrlich gesagt, weiß ich nicht, was die beiden miteinander verbindet. Meiner Meinung nach kann ein Bund von Menschen, deren soziale Stellung, deren Bildung und materielle Lage so verschieden sind, nicht von Bestand sein.

Pierre Croisier, Student
Marseille, Frankreich



Es diskutiert das
Mitglied des
NZ-Redaktions-
kollegiums
Viktor
GUSTSCHIN

Ich will versuchen, geehrter Herr Croisier, Sie von der Richtigkeit eines Gedankens zu überzeugen, der auf den ersten Blick paradox erscheint. Was Ihnen eine Voraussetzung der Schwäche in dem Bund der Kommunisten zu sein scheint, bekräftigt in Wirklichkeit seine Stärke. Er ist wirklich geeignet, Menschen zu vereinen und zusammenzubringen, deren soziale Stellung, Bildung und materielle Situation unterschiedlich sind: Denn nicht diese Unterschiede an sich rufen Antagonismen und Entfremdung unter den Menschen hervor, sie trennen die Menschen nur in einer sozialen Ordnung, die die Massen im Interesse einer Handvoll Reicher und ihrer treuen Diener ausbeutet, unterjocht und erniedrigt.

Das kommunistische Ideal ist, diese unwürdigen Lebensverhältnisse zu beseitigen und eine Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit, der wirklichen Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit aufzubauen.

Den Kern der kommunistischen Bewegung bildet die Arbeiterklasse, das Proletariat. Um sie sammeln sich alle progressiven Kräfte. Das geschieht deshalb, weil das Proletariat, wie schon Marx und Engels, hingewiesen haben, „sich aber nicht selbst befreien kann ... ohne alle unmenschlichen Lebensbedingungen der ... Gesellschaft, die sich in seiner Situation zusammenfassen, aufzuheben.“

Bedenken Sie folgendes. In den vergangenen 10 Jahren ist die Zahl der Kommunisten in den nichtsozialistischen Ländern um 1,25 Mio auf 4,5 Mio angewachsen. Faktisch ist aber die Zahl

der Menschen, die mit den Kommunisten sympathisieren, sehr viel größer. Bei den Parlaments- und Gemeindewahlen haben 40 Mio Wähler für sie gestimmt, darunter „gut situierte, gebildete und solche in angesehener Position“, die vielleicht die kommunistische Überzeugung nicht teilen.

Ich bin überzeugt, daß das Leben selbst, die Sorgen, die jeder Mensch zu tragen hat, Probleme und Unsicherheit hinsichtlich seiner Zukunft und der seiner Kinder sie zu dieser Wahl veranlaßt hat. Man braucht kein marxistisches Buch gelesen zu haben und nicht am Kampf der Kommunisten teilzunehmen, aber kein aufrechter Mensch, welcher sozialen Schicht er auch angehören mag, darf sich von Fragen distanzieren, die Millionen Menschen bewegen. Wie soll man die schwere Ungerechtigkeit abschaffen, daß sich Leute an fremder Arbeit bereichern? Wie soll man die ungerechten Lebensbedingungen beseitigen, daß die einen im Überfluß schwelgen und die anderen sich kaum über Wasser halten können oder gar keine Existenzmittel haben.

Was ist zu tun, damit alle das gleiche Recht auf Arbeit, Wohnung, soziale Sicherstellung und medizinische Betreuung sowie auf Bildung haben? Wie kann schließlich der Frieden bewahrt und ein neuer Krieg verhindert werden? Alle, die das wirklich wollen, können nicht übersehen, daß allein die Kommunisten diesen Kampf konsequent und selbstlos bis zu Ende führen. Das Leben selbst, das Verständnis seiner realen Probleme und Entwicklungsperspektiven macht Arbeiter, Bauern und Intellektuelle zu Verbündeten der

Kommunisten.

Der Weg zu diesem Verständnis und zu diesem Bündnis ist nicht immer und nicht für jeden leicht und einfach. Es müssen dabei große Hindernisse überwunden werden, die noch im Leben selbst oder im Bewußtsein vieler Menschen vorhanden sind. Die Macht des Kapitals, der ihm dienende Staatsapparat, darunter Armee und Polizei, die Propaganda, die den Reichen dient, der zersetzende Einfluß der bürgerlichen Lebensweise, das alles führt zu ziemlich zählebigen Vorurteilen und weltanschaulichen Irrtümern. Manchmal gibt es sie auch bei den Kommunisten. Aber da sind sie eine vorübergehende Erscheinung.

Lenin sagte zur kommunistischen Ideologie: „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.“ Das Streben nach Wahrheit ist ein Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung. Es läßt heute die kommunistischen Ideale im Bewußtsein von Millionen Fuß fassen.

Ich möchte, geehrter Herr Croisier, daß auch Sie verstehen, daß in der gegenwärtigen Etappe die Kommunisten nicht stark sind durch soziale Homogenität, durch gleiches Bildungsniveau oder durch eine materielle Gleichstellung. Die Beseitigung der sozialen Unterschiede, die Schaffung gleicher Möglichkeiten für alle, ihre materiellen Bedürfnisse zu befriedigen, ist eine noch vor uns stehende Aufgabe. Die Kommunisten sind stark, weil sie den wahren Weg in eine bessere Zukunft kennen und dafür kämpfen. In diesem Kampf wachsen und festigen sich ihre Reihen.



In welchen Ländern Lateinamerikas gibt es noch eine Urbevölkerung?

W. LUKJANOW
Tambow

Bis zur Entdeckung dieses Kontinents durch Columbus gab es nach verschiedenen Schätzungen dort 12–20 Mio Indianer, die die Urbevölkerung dieses Kontinents ausmachen. Die Ausrottung der Ureinwohner durch die Konquistadoren und die grausame Ausbeutung führte dazu, daß in einigen Ländern wie Haiti, Dominikanische Republik, Kuba und Uruguay die Indianer ausgestorben sind.

Aber Anfang des 20. Jahrhunderts ist die indianische Bevölkerung im ganzen gewachsen. 1970 gab es nach verschiedenen Angaben 21–35 Millionen In-

dianer. Die meisten leben in Süd- und Zentralamerika. 54% der Bolivianer, über 50% der Guatemalteken und Peruaner, fast ein Drittel der Einwohner Mexikos, Paraguays und Ekuadors sind Indianer. 1,5 Mio Indianer leben im Amazonasgebiet im Inneren des Landes. In Venezuela, Honduras, Kolumbien, Nikaragua, Panama, El Salvador und Chile machen sie 1–10% der Bevölkerung aus.

Die Indianer sind in einigen Ländern Lateinamerikas der Rassendiskriminierung ausgesetzt. In anderen werden sie gewaltsam assimiliert.

PS

Auf Blamagen geeicht



Der bekannte amerikanische Komiker Bob Hope hat allen Ernstes erklärt, er sei bereit, nach dem Iran zu reisen, um bei Ayatollah Khomeini und Präsident Bani Sadr wegen einer Freilassung der Geiseln vorstellig zu werden. Leider habe ihn niemand eingeladen noch den Wunsch geäußert, sich mit ihm zu unterhalten. Aber „wenn nichts daraus wird, möchte ich die Geiseln aufheuern“. In den USA spottet man, Hope hätte mit dem Delta-Team hinübergehen sollen, dessen Versuch der Geiselnbefreiung fehlgeschlagen ist. Er habe ja seinerzeit so manchmal die US-Krieger aufgeheitert, die in Süd-vietnam geschlagen wurden, und wisse deshalb, was für Gags in solchen Fällen angebracht sind.

Sie glaubten sich im Urwald

In Mombasa, einem Badeort in Kenia, standen drei junge Damen mit nichts als Handtüchern um die Hüften vor Gericht. Es waren bundesdeutsche Touristinnen, die angenommen hatten, in Afrika könne man doch bestimmt nackt baden. In Kenia ist es aber streng verboten. Der Richter erteilte ihnen nur eine Mahnung und sagte, er lasse Gnade walten, um den Fremdenverkehr zu fördern. Dafür erteilte er aber den Polizisten eine

Rüge wegen Mißachtung des Gerichts, weil sie die drei Verhafteten in diesem Aufzug vorgeführt hatten.

Sammlerleiden-schaften

Die amerikanischen Sammler haben jetzt wegen der bevorstehenden Wahlen Hochsaison. Sie sammeln Werbeabzeichen, -plaketten sowie Knöpfe mit den Namen der wahrscheinlichen Präsidentschaftskandidaten. Eine Plakette mit der Aufschrift „Wählt Reagan“ wird mit 2–3 Dollar gehandelt, ein Abzeichen für Carter mit 5 und einer der ovalen Knöpfe mit der Aufschrift „Kennedy für bessere Zukunft“ mit 25 Dollar. Am höchsten im Preis aber stünden — so die „Business Week“ — Knöpfe von den Anzügen, die die Kandidaten im Wahlkampf tragen. Sie seien schwer zu beschaffen.

Unterrichtshilfen für Terroristen



Wenn jemand auf Mord ausgeht, kann er sich sachkundigen Rat bei der Zeitschrift „Wie man killt“ holen. Reicht das nicht, so nehme man andere Blätter hinzu, z. B. „Wie Terroristen killen“, „Zündstoffe und selbstgebastelte Munition“. Viel Nützliches liefern auch die konkurrierenden Schriften „Hinterhalte“ oder „Unkonven-

tionelle Kriegführungsmittel und -techniken“. Da wird u. a. ausführlich die Herstellung von Napalmbomben erläutert. Alle diese Schriften kann man in England am Zeitungsstand kaufen.

Seuchenherd Krankenhäuser



Auf einem Düsseldorfer Symposium, an dem über 100 Leiter bundesdeutscher Krankenhäuser teilnahmen, wurde mitgeteilt, daß zwischen 5 und 16% aller Krankenhausinsassen sich zusätzliche Krankheiten zuziehen. Das berichtete die „Frankfurter Rundschau“ und fuhr fort, daß bei der Behandlung von Wunden, Erkältungs- und anderen Krankheiten oft Infektionen entstünden. Gewöhnlich liege das daran, daß sich das Personal nicht an die Hygienevorschriften halte, ja sich oft nicht einmal die Hände wasche.

Kuriose Gardinenpredigt

Ein Häftling, der aus dem englischen Zuchthaus Wormwood Scrubs ausbrach, kam um 2 Uhr nachts zu Haus an. Die Frau empfing ihn mit folgender Gardinenpredigt: „Im Rundfunk haben sie gesagt, du bist schon vor sieben Stunden ausgerückt. Vom Zuchthaus bis hier sind es nur drei Meilen. Wo hast du so lange gesteckt?“

Bekehrung garantiert

Im Düsseldorfer „Handelsblatt“ erschien folgende Anzeige: „Ist ihr Sohn

Sozialist oder gar Kommunist? Erfolgreiche Einzelüberzeugung. Bekehrung zur Marktwirtschaft garantiert. Angebote unter...“

Wenn die Katze schläft...

Ende Mai berichteten sensationslüsterne westliche Zeitungen über den größten Bankraub Norwegens, der sich in Drammen ereignet hatte. Die Beute betrug 4,5 Mio Kronen. Die Bankräuber entkamen mit einem Polizeiwagen. An jenem Tag nahm die Hälfte aller Polizisten der Stadt an einer Konferenz darüber teil, wie man die Banken vor Raubüberfällen schützen soll.

Filmbeflissenes Medium gesucht



Die amerikanische Filmgesellschaft Warner Bros. annoncierte vor kurzem, sie suche ein Medium, „das mit Marilyn Monroe in Kontakt treten“ könne. Die Firma will einen mehrteiligen TV-Film über den Star drehen, der Selbstmord beging. Warner Bros. möchten Einzelheiten „aus erster Hand“ haben, auch wenn sie sie „aus dem Jenseits“ beziehen müßten. Sie kennen natürlich ihre Amerikaner und glauben, die mystische Geschichte wird bestimmt ziehen. Auf die Anzeige haben sich schon 1000 Spiritisten gemeldet.

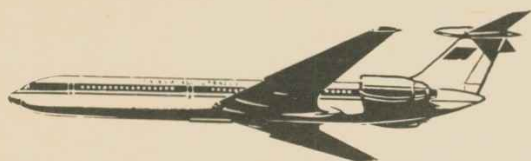
Zeichnungen:
V. Trintschenko

NEUE ZEIT

НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ



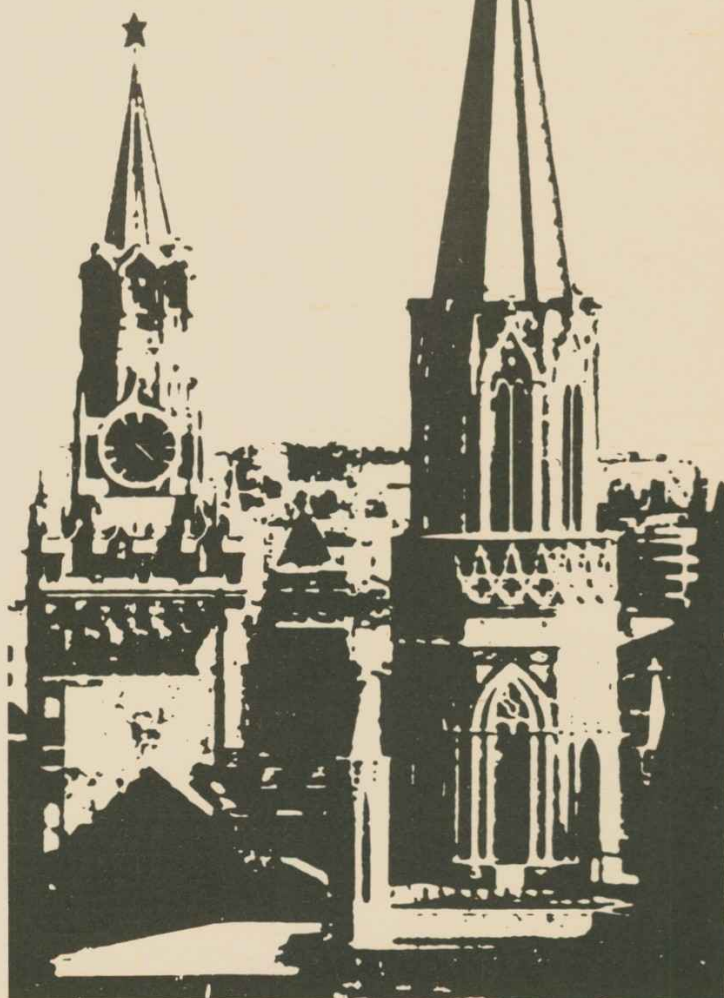
DIE NEUE AEROFLOT-ROUTE MANAGUA – MOSKAU

verbindet
ab 22. Juni 1980
die UdSSR
mit der Republik
Nikaragua

Die modernen IL 62 mit ihrem
Komfort und der traditionellen
russischen Gastfreundschaft an
Bord machen den 18 Stunden
und 45 Minuten langen
11 885-km-Flug zu einem
angenehmen Ereignis.

Mit Aeroflotmaschinen nach Moskau,
der Stadt der Olympiade '80!

Ausführliche Informationen bei jeder
Aeroflot-Vertretung



MOSKAU
ERWARTET SIE!

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines



OFFICIAL OLYMPIC CARRIER



Im Objektiv: ALGERIEN



Die Hauptstadt zieht sich 16 km am Meer hin



Die uralte Ziselierkunst ist unvergänglich



Viadukt



Im Hüttenwerk von El Hadjar, das mit Hilfe sowjetischer Fachkräfte gebaut wird

Dieser Staat im Nordwesten Afrikas hat ein Areal von 2 382 000 km² und ist damit der zweitgrößte auf dem Kontinent. Er besteht zu mehr als 80% aus Wüsten und Halbwüsten.

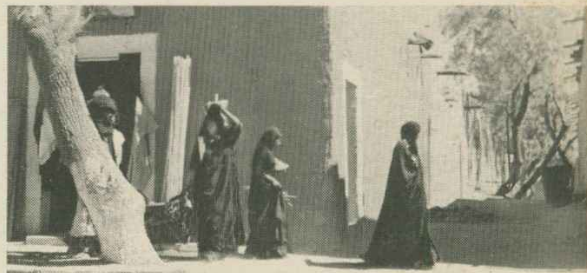
Schon in alten Zeiten war Algerien eine Brücke zwischen Europa einerseits und Nahost sowie dem tropischen Afrika anderseits. Jahrhundertlang drangen hier verschiedene Kulturen ein und ließen ihre Spuren zurück. Jetzt sieht man neben den Würfeln der Maghreb-Minarette und maurischen Arka-

den Hochhäuser. Diese Mannigfaltigkeit ist besonders für Algier, die Hauptstadt, typisch.

Im Jahre 1962 errang das algerische Volk, geführt von der FLN (Nationalen Befreiungsfront), nach blutigem Kampf mit den französischen Kolonialisten die Unabhängigkeit.

Das Land hat viel Erdöl, Naturgas, Eisenerz und Phosphate. Die ganze Mon-

Alltag der südlichen Stadt Tamanrasset



Die große Industriestadt Constantine



Stumme Zeugen der Herrschaft des alten Roms

Fotos: V. Borissow

tanindustrie, die Stromerzeugung und andere Industrien sind verstaatlicht. Modernisierungen in der Landwirtschaft tragen viel dazu bei, daß Nahrungsmittel für die mehr als 18 Millionen Landesbewohner erzeugt werden können.

In der Verfassung der DVR Algerien heißt es, das Volk habe unwiderruflich den Weg zum Sozialismus eingeschlagen.

Außenpolitisch steuert die Republik einen antiimperialistischen Kurs und hält sich an die Grundsätze der Neutralität und Nichtpaktgebundenheit. Gut entwickelt sich die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit der UdSSR.